

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm/Michael Mazohl



## Alles was rechts ist

ab Seite 8

**Interview:**  
**Opfer und TäterInnen zugleich**

Sozialanthropologin Christa Markom über  
Rassismus in Österreich

8

**Schwerpunkt:**  
**Initiativen gegen rechts**

Die Initiative FairPlay und das MKÖ  
bieten Rat und Tat

24

**Internationales:**  
**Rettungsschirm für Griechenland**

Neue und gefährliche Trends in der  
Europäischen Union

42



## Schwerpunkt:

### Contra Faschismus – wozu?

12

Der ÖGB verpflichtet sich in seinen Statuten auch 2011 noch zur Bekämpfung des Faschismus.

### Was „rechts“ ist

14

Rechte Politik reicht von radikaler Marktwirtschaft über altbekannten Faschismus bis hin zur Islamophobie.

### Aus der Mitte nach rechts

16

Rechte PolitikmacherInnen fühlen sich im Aufwind. Ist das ein „Modetrend“ oder hat das tiefere Ursachen – und wenn: welche?

### Fakten statt Hetze

18

Das „Handbuch gegen Vorurteile“ entkräftet Stammtischargumente von der Auswitzlüge bis zum Zuwanderungsunami.

### Nur ein Brandstifter

20

Der Rechtsterrorist Anders Behring Breivik hat im Juli dieses Jahres 77 Menschen getötet – Wurzeln und Hintergründe.

### Mut und Courage

22

Drei positive Beispiele von Menschen, die mit viel privatem Engagement und Zivilcourage gegen Rechts auftreten.

### Aktiv gegen rechts

24

Die Initiative FairPlay und das Mauthausenkomitee Österreich kümmern sich um junge Menschen, die politisch abdriften.

### Neue Märkte für alte Ideen

26

Mit rechtsextremer Musik, Kleidung, Propagandamaterial und fragwürdigen Antiquitäten werden Millionen Euro verdient.

### Wörter können wehtun

28

Sprache ist mächtig – sie formt Gedanken und Bilder. Das nutzen auch junge RapperInnen mit migrantischem Hintergrund.

### Fremde Nachbarn

30

Türkische bzw. islamische Einrichtungen sorgen immer wieder bei AnrainerInnen für Ängste und Vorbehalte.

### Respekt! – kein Platz für Rassismus

32

In Deutschland kooperiert die IG Metall erfolgreich mit der Initiative „Respekt! – kein Platz für Rassismus“.

**Interview:**

- „Die Mitte ist breit“ 8  
Sozialanthropologin Christa Markom hat Rassismus in Österreich und diskriminierende Sprache in Schulbüchern untersucht.

**Standards:**

- Standpunkt: Der Schoß ist fruchtbar noch ... 4  
Veranstaltung: Driften nach rechts 5  
Aus AK & Gewerkschaften 6/7  
Historie: Der Prozess 11  
Zahlen, Daten, Fakten 34  
Man kann nicht alles wissen 46  
Erklärungen aller grün-markierten Worte.

**Gesellschaftspolitik:**

- Schule im Wandel? Wie wandeln? Wohin wandeln? 40

**Aus Arbeiterkammern & Gewerkschaften:**

- Sozialpartner: Vom Konsens zum Konflikt zur Normalität 36  
Arbeiten können, Arbeit haben 38

**Wirtschaft & Arbeitsmarkt:**

- Griechenland: Rettungsschirme als Krieg gegen das Volk 42  
Die Ausgaben privater Haushalte 44

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein »Reader« entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: [www.beetag.com/downloadreader](http://www.beetag.com/downloadreader)

**Driften nach rechts ...**

Redaktion intern

„Dieses hoch gelobte Konzept der Diversität ist einfach in unserer Gesellschaft, in den Köpfen der Menschen noch nicht angekommen“, erklärt die Sozialanthropologin Christa Markom im Interview mit der „A&W“ 11/2011 zum Schwerpunktthema „Alles was rechts ist“.

Information ist ein wichtiges und mächtiges Schutzmittel vor Faschismus und dem Rechtsruck. Im „Handbuch gegen Vorurteile“ bieten Nina Horaczek und Sebastian Wiese Antworten auf Stammtischparolen (S. 18). Das schreckliche Attentat des Rechtsterroristen Anders

Behring Breivik ist uns noch allen in Erinnerung. John Evers berichtet über Wurzeln und Hintergründe (S. 20). Dass man rechte Umtriebe und Sprüche nicht einfach hinnehmen muss, beweisen drei Artikel: Über Menschen mit Zivilcourage (S. 22), zwei heimische (S. 24) und eine deutsche Initiative (S. 32).

Außerdem lesen Sie in der aktuellen „A&W“ einen Artikel von Wirtschaftsforscher Christian Reiner zu den Metall-KV-Verhandlungen und dem gewerkschaftlichen Kampfmittel Streik (S. 36), zum Ausgang der Bad Ischler Sozialpart-

nergespräche (S. 38), zu notwendigen Schulreformen (S. 40), Griechenland (S. 42) und den Ergebnissen der Konsumerhebung (S. 44).

Im Web 2.0 finden Sie uns auf Facebook, es gibt einen Produktionsblog [prodblog.arbeit-wirtschaft.at](http://prodblog.arbeit-wirtschaft.at) und natürlich unsere Homepage [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at). Dort besteht außerdem die Möglichkeit, E-Cards zu versenden. Wir freuen uns stets über Kritik und Anregung: [aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

Für das Redaktionskomitee  
Katharina Klee



Katharina Klee  
Chefredakteurin

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

## Standpunkt

# Der Schoß ist fruchtbar noch ...

**I**ch habe schon lange keinen Nazi mehr gesehen. Also keinen von denen, wie sie damals, als ich jung war, plötzlich immer öfter im Stadtbild aufgetaucht sind. Kahl geschoren mit Springerstiefeln und Bomberjacken haben sie die Veranstaltungen der Ewiggestrigen beschirmt. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch“, schreibt Bert Brecht im „Aufhaltsamen Aufstieg des Arturo Ui“. Sollte er etwa nicht recht behalten haben?

### Neuer Auftritt für alte Parolen

Er hat leider recht behalten, nur hat sich im Lauf der letzten 30 Jahre das Gesicht der Rechten nach und nach verändert – zu den alten Herren, die noch dabei waren, den Skinheads und den Akademikern und Studenten mit dem Schmiss im Gesicht, kamen neue, modischere Rechte, denen man ihre Gesinnung nicht so leicht ansah. Und auch deren Feindbilder – zum Antisemitismus und Rassismus kam mehr und mehr Anti-Islamismus – haben sich gewandelt seit Mitte der 1980er-Jahre Jörg Haider alten Parolen einen neuen Auftritt verpasst hat.

Seine Buberln waren keine Skinheads, sondern fesch gekleidet und modisch schick. Der Coverheld der FPÖ

schaffte es, seine Partei immer näher der Mitte zu platzieren und gleichzeitig den rechten, deutschnationalen Rand nicht zu verlieren, der ihn auf den Thron gehievt hatte. Er feierte mit ihnen am Ulrichsberg und erheiterte sie mit Pointen über die Ostküste. AsylwerberInnen wollte er in Kärnten keine haben. Nur zum Islam hatte er ein gespaltenes Verhältnis, er besuchte Saddam Hussein und pflegte ein freundschaftliches Verhältnis zum Sohn von el-Gaddafi, war für einen Türkei-Beitritt der EU, aber gegen den Bau von Moscheen in Kärnten.

Nachdem vor drei Jahren „die Sonne vom Himmel gefallen ist“, übernahm ein anderer die Verbreitung von Rassismen und rechter Propaganda. Heinz-Christian Strache war bereits als 15-Jähriger Mitglied einer schlagenden Schülerverbindung und hatte Kontakte zur Neonaziszene. Noch heute sieht man Skinheads am Rande seiner Veranstaltungen, bei denen er – wie auch auf seinen Plakaten – gegen MigrantInnen und Islam wettert. Eine Strategie, die ihm, wie schon Haider, durchaus Stimmen bringt. Immerhin ist die FPÖ mit 34 Sitzen die drittstärkste Partei im österreichischen Parlament.

Da kann man nicht mehr nur vom rechten Rand sprechen, das ist ein Zei-

chen dafür, dass rassistisches und rechtes Gedankengut in der Mitte angekommen ist.

Dass aber auch der rechte Terror eine stete Gefahr ist, beweist nicht nur das schreckliche Attentat des Norwegers Anders Behring Breivik im Juli dieses Jahres, sondern auch das Auffliegen der sogenannten „Braunen Armee Fraktion“ in Deutschland, die mindestens zehn Morde zu verantworten hat, wie kurz vor Drucklegung dieser Zeitung bekannt wurde. Von all dem will der deutsche Verfassungsschutz nichts geahnt haben.

### Lasst euch nicht verführen

Dass immer wieder Rassismen auf fruchtbaren Boden fallen, das bestätigt auch die Sozialanthropologin Christa Markom. Sie hat den Rassismus in Österreich untersucht und festgestellt, dass sogar antirassistische NGOs dagegen nicht ganz gefeit sind.

Es liegt wohl auch an uns selbst, unsere Sprache und unser Denken stetig neu auf Diskriminierungen zu untersuchen, und diese bei uns und anderen zu kritisieren. Zu leicht schleichen sich Vorurteile und Klischees in unser Denken und Sprechen. Um mit Brecht zu schließen: „Lasst euch nicht verführen!“

# Driften nach rechts

SchülerInnen von BRAK und SOZAK und viele Interessierte kamen am 7. November 2011 zur „Arbeit&Wirtschaft“-Diskussion in die Fachbuchhandlung.

Er freue sich ganz besonders, mit seiner Journalistenkollegin Nina Horaczek am Podium zu sitzen, betonte Hans-Henning Scharsach gleich nach Betreten der ÖGB-Fachbuchhandlung am 7. November. Zum ersten Mal treffe er sie, deren Strache-Buch ausgezeichnet sei und ihm wertvolle Anregung für sein geplantes Buch über den FPÖ-Populisten liefere, erklärte der Autor von unter anderem „Haiders Kampf“. Die Falter-Journalistin Horaczek hat mit dem Anwalt Sebastian Wiese das profunde „Handbuch gegen Vorur-

teile“ geschrieben, das druckfrisch auflage. Mit am Podium auch Willi Mernyi, Leiter des Referats für Organisation, Koordination, Service im ÖGB, Autor der Bücher „Demagogen entzaubern“, „Rechtsextrem. Symbole. Codes. Musik. Gesetze. Organisationen“ und Vertreter des Mauthausen Komitees (MKÖ). Die hochkarätigen Gäste und die engagierten Beiträge des Publikums, sorgten für einen interessanten und unterhalt-samen Abend in der ÖGB-Fachbuch-handlung in der Wiener Rathausstraße.

## BUCHTIPP

Nina Horaczek/Sebastian Wiese

### Handbuch gegen Vorurteile

Von Auschwitzlüge bis  
Zuwanderungstsunami  
Czernin Verlag, 2011, 304 Seiten, € 19,80  
ISBN 978-3-7076-0392-7

### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)



Falter-Journalistin Nina Horaczek hat sich gemeinsam mit Co-Autor Rechtsanwalt Sebastian Wiese Vorurteile von der Auschwitzlüge bis zum Zuwanderungstsunami genau angesehen.



Die besten Argumente gegen Stammtischparolen sind nach wie vor gut recherchierte Fakten – schon allein deswegen kauften viele nach der Diskussion das Handbuch gegen Vorurteile.



Mehr als einmal applaudierte das Publikum spontan – die Diskussion, moderiert von Katharina Klee, war nicht nur spannend und informativ, sondern immer wieder auch durchaus amüsant.



Interessiert lauscht der Journalist Hans-Henning Scharsach MKÖ-Vertreter Willi Mernyi, der auch von Erfahrungen bei Mauthausen-Führungen berichtet.

## IMPRESSUM

**Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:**

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw.  
Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw.  
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

**E-Mail:** sonja.adler@oegb.at

**Internet:** [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.  
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

**Redaktionskomitee:**

Arthur Ficzo (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),  
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adolf Buxbaum, Lucia  
Bauer, Nina Ehrensberger, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj,  
Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin),  
Karl Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Pia Lichtblau,  
Markus Marterbauer, Klaus Mulley, Brigitte Pellar,  
Elke Radhuber, Alexander Schneider, Georg Sever, Paul Sturm,  
Erik Türk, Christina Wieser, Josef Zuckerstätter

**Redaktionsmitglieder:**

Katharina Klee (Chefredakteurin),  
Sonja Adler (Sekretariat),  
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, John Evers,  
Astrid Fadler, Daniel Flamme, Sophia T. Fielhauer-Resei,  
Nina Horacek, Harald Kolerus, Florian Kräfner, Wilfried  
Leisch, Gabriele Müller, Ulrike Obermayr, Brigitte Pellar,  
Christian Reiner, Christian Resei, Reinhold Russinger,  
Gabriele Schmid, Lisa Seidl, Paul Sturm, Sebastian Wiese

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,  
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer  
Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,  
Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.  
E-Mail: [Renate.Wimmer@oegbverlag.at](mailto:Renate.Wimmer@oegbverlag.at),  
Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien

**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und  
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,  
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw.,  
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen  
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung  
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt  
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die  
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung  
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer  
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren  
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der  
Redaktion und mit Quellenangabe.

**GPA-djp:**

# SOS Ungarn: Kehrtwende nach rechts

## Jetzt Online-Petition unterschreiben.

Seit April 2010 regiert in unserem Nachbarland Ungarn die neu angetretene Fidesz-Regierung unter Viktor Orbán mit einer verfassungsgebenden 2/3-Mehrheit im ungarischen Parlament. In atemberaubender Geschwindigkeit wurde diese Mehrheit dafür genutzt, die politischen Spielregeln im Land zu ändern. Mit dem international viel kritisierten neuen Mediengesetz wird die Freiheit der Medien und der Meinungsäußerung empfindlich eingeschränkt. Im Eilverfahren wurden Verfassungsänderungen, zuletzt eine große Verfassungsnovelle, beschlossen. Un erwünschte KritikerInnen werden ihrer Existenzgrundlage beraubt und mundtot gemacht. Zudem plant die Regierung ein neues Arbeitsgesetz, welches nicht nur das Streikrecht weiter einschränken soll,

sondern auch arbeitsrechtliche Verschlechterungen mit sich bringen wird.

Am 24. Oktober nahm die GPA-djp diese bedenklichen und Demokratie und Meinungsfreiheit gefährdenden Entwicklungen in Ungarn genauer unter die Lupe. In einer spannenden Diskussionsveranstaltung gingen GewerkschafterInnen aus Ungarn gemeinsam mit JournalistInnen aus Österreich der Frage nach, ob Ungarn den Boden der Demokratie bereits verlassen hat. Außerdem wurde darüber diskutiert, wie wir als GewerkschafterInnen unsere KollegInnen in Ungarn konkret unterstützen können.

Online-Petition der Journalistengewerkschaft in der GPA-djp:

[www.gpa-djp.at/pressefreiheit](http://www.gpa-djp.at/pressefreiheit)

**Arbeiterkammer:**

# Kampfansage an „Gewinnschmähs“

## Jetzt Werbefahrten-Firmen melden.

Der Ausflug zum Glück entpuppt sich meist als Werbefahrt, bei dem übertriebene Produkte an die vermeintlichen Gewinner verkauft werden. Immer wieder kommen findige Unternehmen mit neuen Tricks auf den Markt. Die AK Niederösterreich hat jetzt gemeinsam mit der AK Wien, dem Konsumentenschutzministerium, den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland eine Initiative im Internet „Hände weg von Werbefahrten“ gestartet und deckt damit unseriose Firmen auf. Immer öfter ärgern sich KonsumentInnen in den AK-Konsumentenberatungen über neue Maschen bei Werbefahrten und Gewinnbenachrichtigungen. Die Unternehmen werden immer dreister. Dem muss Einhalt geboten werden, findet die AK. Unter [www.haendewegvonwerbefahrten.at](http://www.haendewegvonwerbefahrten.at) erhalten VerbraucherInnen mit wenigen Klicks Auskunft über jene Firmen, die sie besser ignorieren sollten. Jeder Eintrag enthält den Firmennamen, die Anschrift, mit welchen Tricks die Firmen arbeiten

und das Schreiben, das an die KonsumentInnen versandt wurde. KonsumentInnen können sich ebenfalls beteiligen: Wenn Sie eine Gewinnnachricht oder Einladung zu einer Werbefahrt erhalten, können Sie diese an die AK-KonsumentenschutzInnen schicken.

Tipps der AK-KonsumentenschutzInnen:

Denken Sie daran: Niemand hat etwas zu verschenken! Je toller die Gewinnversprechungen klingen, desto mehr Vorsicht ist geboten.

» Hände weg, wenn Sie eine Einladung oder Gewinnzusage von einem Unternehmen erhalten, das nur ausschließlich eine Postfachadresse angibt.

» Äußerste Vorsicht bei Gewinnzusagen von Firmen, die Sie nicht kennen. Erkundigen Sie sich über das Unternehmen.

GPA-djp:

## Mach mit!

### Auszeichnung für die beste betriebsrätliche Kommunikation.

**Rasche und von** den KollegInnen mitgetragene Lösungen sind Alltag für ArbeitnehmervertreterInnen. Sich zusammensetzen, abstimmen und argumentieren, um andere ins Boot zu holen, oder auch das Gegenüber in der Konfrontation zu überzeugen: All das bedeutet letztlich Kommunikation in sozialen Netzwerken – seien es reale Beziehungen oder virtuelle „soziale Medien“.

ÖGB und AK Wien suchen die besten Kommunikationsideen und -lösungen in kleinen, mittleren und großen Betrieben bzw. Organisationen in Wien. Die Kategorien 2011 beziehen sich auf den Status der jeweiligen Problemlö-

sung, die durch gezielte Kommunikation erreicht wurde. Entscheidend ist das Vorhandensein einer erfolgten Problemlösung oder einer Idee bzw. eines Konzeptes für eine Problemlösung mithilfe kommunikativer Maßnahmen – sei es im realen Raum oder auch unter Einbeziehung von „Social Media“.

Die Kategorien:

Lösung – „So war's“. Welches Problem hat es gegeben? Welche Kommunikationsmittel hast du eingesetzt? Was hast du erreicht, was hat sich verändert?

Idee – „So wird's“. Welches Problem möchtest du lösen? Wie kannst du darauf aufmerksam machen und welche



Kommunikationsmittel einsetzen? Was kann damit erreicht werden?

Jetzt einreichen! Einreichfrist ist der 30. November 2011. Die Abschlussveranstaltung mit Preisverleihung findet Ende Jänner 2012 statt. Alle TeilnehmerInnen werden darüber informiert und erhalten dazu eine schriftliche Einladung.

Alle Informationen unter [www.bestkom.at](http://www.bestkom.at)

Arbeiterkammer:

## Käthe-Leichter-Preis an Christa Schlager

### Heinisch-Hosek verleiht den Käthe-Leichter-Staatspreis und den Frauen-Lebenswerk-Preis 2011.

„**Käthe Leichter** hat in vielerlei Hinsicht Pionierarbeit für uns Frauen geleistet. Der nach ihr benannte Staatspreis für Frauen, Geschlechterforschung und Gleichstellung in der Arbeitswelt soll an das Wirken dieser großen Ökonomin und Sozialforscherin erinnern“, so Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek im Rahmen der feierlichen Verleihung des Käthe-Leichter-Staatspreises 2011 sowie fünf weiterer Käthe-Leichter-Preise. Zum zweiten Mal wurde außerdem der 2010 ins Leben gerufene Frauen-Lebenswerk-Preis vergeben.

Die Frauenministerin überreichte den Käthe-Leichter-Staatspreis 2011 an Christa Schlager für ihre wirtschaftswissenschaftliche Forschungsarbeit in den Bereichen Budget- und Verteilungspolitik, Gender-Budgeting und Einkommensentwicklung. „So wie Käthe Leichter hat Christa Schlager sich die ökonomischen Benachteiligungen von Frauen zum Thema gemacht und hier Pionierarbeit geleistet“, so Heinisch-Hosek. Die Preisträgerin greife die blinden Flecken im Wirtschafts- und

Sozialsystem auf. So sei etwa das Sichtbarmachen und die Anerkennung von Versorgungsarbeit eine notwendige Voraussetzung dafür, dass Frauen in ihrer gesellschaftlichen Rolle nicht einem erhöhten Armutsrisiko und sozialer Ungleichheit ausgesetzt bleiben.

Um das Sichtbarmachen weiblicher Leistungen gehe es auch beim Frauen-Lebenswerk-Preis. Die ehemalige Präsidentin der Österreichischen Nationalbank, Maria Schaumayer, sei für viele Frauen ein solches Vorbild. Sie habe sich in ihrem beeindruckenden Werdegang im männerdominierten Bankenwesen durchgesetzt. Mit der Dr.-Maria-Schaumayer-Stiftung unterstütze sie nun die Karrieren von jungen Frauen in Wirtschaft und Wissenschaft.

Die fünf weiteren Käthe-Leichter-Preise wurden von der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, dem Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend, vom Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, von der Österreichischen Nationalbank und der AK Wien gestiftet. Sie

gingen dieses Jahr an Angelika Paseka, Beate Großegger, Silvia Ulrich, Petra Unger sowie Helga Amesberger gemeinsam mit Brigitte Halbmayr.

Die Preise werden für hervorragende Leistungen um die Frauen- und Geschlechterforschung in den Bereichen Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften verliehen, wie auch für den Einsatz um die Frauenbewegung und die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit. Sie erinnern an das Leben und Wirken der Nationalökonomin Käthe Leichter (1895–1942), die als erste Frauenreferentin der Arbeiterkammer und Redakteurin der „Arbeit&Wirtschaft“ politisch und wissenschaftlich im Interesse der Frauen tätig war. Ihre sozialpolitischen Erhebungen gehören zu den wichtigsten frauenrelevanten Publikationen der Zwischenkriegszeit. 1942 wurde Käthe Leichter, die sich auch als Widerstandskämpferin für Gerechtigkeit und Menschenwürde einsetzte, in der Euthanasieanstalt Bernburg ermordet.

Weitere Infos unter:

[www.bka.gv.at/site/5558/default.aspx](http://www.bka.gv.at/site/5558/default.aspx)

# „Die Mitte ist breit“

*Sozialanthropologin Christa Markom forscht zu Rassismus in Österreich. Jetzt untersucht sie diskriminierende Formulierungen in Schulbüchern.*

## ZUR PERSON

### Christa Markom



Geboren in Amstetten 1976

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ludwig-Boltzmann-Institut für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit

Studium der Sozialanthropologie, Doktorarbeit mit dem

Titel „Anti/Rassismus als Gruppenphänomen. Eine sozialanthropologische Analyse sozialer Netzwerke in Österreich“

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Sparkling-Science-Projekt „Migrationen im Schulbuch“ am Ludwig-Boltzmann-Institut für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit

[www.migrationen-im-schulbuch.at](http://www.migrationen-im-schulbuch.at)

Lektorin am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie. [www.univie.ac.at/ksa](http://www.univie.ac.at/ksa)

Trainerin (Anti-Rassismus, Sprache & Diskriminierung, Gender & Diversity)

[homepage.univie.ac.at/christa.markom](http://homepage.univie.ac.at/christa.markom)

#### Forschungsschwerpunkte:

Migrationsforschung, Rassismustheorie, Sprache und Diskriminierung, Schulbuchforschung, Feministische Theorie

**Arbeit&Wirtschaft:** *Christa Markom, Sie befassen sich als Sozialanthropologin sehr intensiv mit Rassismus in Österreich – so haben Sie auch Schulbücher nach diskriminierenden Inhalten durchforscht. Ihre Doktorarbeit untersucht Anti/Rassismus als Gruppenphänomen. Rassismus ist rechts – alles was rechts ist, ist das Thema der aktuellen A&W. Wieso haben Sie angefangen sich mit Rassismus zu beschäftigen?*

**Christa Markom:** Ich komme aus dem ländlichen Bereich und bin innerhalb

von Österreich mehrfach übersiedelt. Ich will das jetzt nicht mit einer grenzübergreifenden Migration vergleichen, aber ich habe selbst erlebt, wie es ist „die Zuagroaste“ zu sein, einen Weg zu suchen. Ich habe das als Kind und Jugendliche immer sehr in Frage gestellt und habe Wien sehr idealisiert. Bin dann nach Wien gegangen und habe festgestellt, dass fremd-sein viele Menschen betrifft. Und dann habe ich mich mehr und mehr dafür interessiert, wie das funktioniert, was die Strukturen dahinter sind. Ich habe sehr schnell bemerkt, dass es da nicht um Einzelpersonen geht, sondern um gesellschaftliche Strukturen. Es geht auch um die soziale Praxis der einzelnen Personen, aber sehr stark um Wechselwirkungen zwischen Ideologie, Strukturen und Praxis. Die Ideologie kann man im Kopf haben, muss sie nicht leben. Viele wissen gar nicht, dass sie rassistische Ideologien im Kopf haben. Die Strukturen sind lange etabliert in Österreich und noch lange nicht weg aus den Institutionen. Die Entscheidung rassistisch zu handeln – sei es eine Sprachhandlung oder ein Übergriff – ist wieder eine andere Geschichte. Diese Übergriffe werden häufig im Bereich des Rechtsradikalismus thematisiert und erforscht. Das finde ich spannend, aber mich hat viel mehr interessiert, was ist mit der Mitte der Gesellschaft, mit den ganz normalen Leuten, also Stammtisch, Sportverein, aber auch Menschen, die in NGOs arbeiten.

Ich war in vielen NGOs und habe dort immer wieder Irritationen bemerkt. Auch wenn die Leute eine ganz klassisch antirassistische Position einnehmen,

kommen immer wieder Rassismen durch. Das hat mich interessiert.

### Und was haben Sie herausgefunden?

In Österreich gibt es stark einen kulturellen Rassismus, wie der neue Rassismus definiert wird. Der hat – so denken manche WissenschaftlerInnen – den biologischen Rassismus, bei dem Haarfarben, Hautfarben negative Eigenschaften zugeschrieben werden, abgelöst. Ich habe aber herausgefunden, dass das „Rasse“-Konzept schon noch sehr stark verankert ist. Ganz viele Menschen, vor allem außerhalb von Wien, wo sich das sogenannte politisch korrekte Sprechen nicht durchgesetzt hat, sagen: „Wie? Neger soll ich nicht sagen?“

Da ist noch immer ein starker Biologismus da, der auch in den Schulen verankert ist. Wir machen jetzt eine Analyse von Schulbüchern: „Migrationen im Schulbuch“ Ich habe mit meiner Kollegin Heidi Weinhäupl vor fünf Jahren „Die Anderen im Schulbuch“ geschrieben. Da haben wir jede Menge Sexismen, Rassismen und Antisemitismen entdeckt.

### Wie haben Sie das für Ihre Dissertation untersucht?

Als Sozialanthropologin führe ich nicht nur ein Interview, sondern beobachte über einen längeren Zeitraum, mit informellen Gesprächen, Einzelgesprächen, Gruppengesprächen, nehme am Leben der Leute teil. Ich habe zwischen 2005 und 2009 drei unterschiedliche Gruppen – Beziehungsnetze – untersucht.

**Ich glaube fest, jeder Mensch kann sich jeden Tag entschließen, nicht rassistisch zu sein. Aber ich hatte auf diesem Weg sehr viel Unterstützung und Möglichkeiten. Viele haben das nicht, sie werden jeden Tag darin bestätigt Rassist zu sein.**



Das waren Personen, die mit anderen Personen – beruflich, freundschaftlich, sexuell – enge Beziehungen hatten. Ich hatte immer eine Ausgangsperson, deren engstes Umfeld ich mir angesehen habe. Die Ausgangspersonen haben sich sehr unverblümt über Rassismus geäußert. Den Ersten habe ich in einem Wiener Lokal getroffen, wo er laut rassistisches Zeugis gegrölt hat. Sein Umfeld war ein Sportverein. Die Zweite war Kellnerin in einer Bar, da waren viele Gäste im Umfeld. Die dritte Gruppe waren Leute, die sich aus einer zivilgesellschaftlichen NGO kennen, die sich als antirassistisch definieren. Alle drei Gruppen wussten, was ich mache. Ich habe also nicht verdeckt ermittelt.

### ***Was waren die wichtigsten Erkenntnisse aus vier Jahren Beobachtung?***

Ich habe bemerkt, dass es bei allen drei Gruppen ganz ähnliche Strategien gibt, über „das Fremde“ zu sprechen. Die dritte Gruppe versuchte „politisch korrekter“ zu sein, aber auch hier gab es diese Konstruktion von wir und die anderen. In keiner Gruppe, keiner Konstruktion habe ich irgendwie die Idee erkannt, dass wir eine Gesellschaft sind, die vielfältig ist. Dieses hoch gelobte Konzept der Diversität ist einfach in unserer Gesellschaft, in den Köpfen der Menschen noch nicht angekommen. Manche in der NGO-Gruppe sahen es zwar als Ideal, wissen aber nicht, wie wir dorthin kommen könnten. Wenn man sich anschaut wie lange es Migration schon gibt, ist es traurig, dass wir noch immer nicht wissen, wie wir damit umgehen sollen.

### ***Und in all den Jahren hat sich nicht viel geändert?***

Doch, es werden neue Phänomene herangezogen, wie Terrorismus etwa. Was interessant ist, diese Leute leben z. B. im 16. Bezirk und finden einerseits den Yppenplatz mit Multikulti-Atmosphäre cool, aber wollen nicht in einer Substandardwohnung leben.

Was auch noch spannend ist – und das ist auch eine Qualität der Sozialanthropologie – die Menschen machen im Einzelinterview komplett andere Aussagen als in der Gruppe.

### ***In allen drei Gruppen?***

Ja, bei den als rassistisch wahrgenommenen Gruppen war es so, dass sie in Einzelgesprächen durchaus differenziert waren. In der Gruppe hat sich aber immer der Rassismus stärker durchgesetzt; also das Aquirieren von sozialer Anerkennung durch das laute Aussprechen.

In Österreich könnte man derzeit nichts Schlimmeres tun, als den Leuten Sprachverbote aufzuerlegen. Meinungsfreiheit und Political Correctness sind die Hauptproblematiken im Kontext mit Rassismus. Wenn sich dann eine/r in der Gruppe zu sagen traut, „dass das ein Witz ist mit den Türken, mit den Afrikanern usw.“ wird das anerkannt: „Die oder der traut sich wenigstens zu sagen, wie es ist.“

Und das ist auch der Grund, warum diese Strategie so gut funktioniert und Antirassismusbearbeitung am Individuum nicht so viel bringt. Die Gruppen ticken anders. Da könnte und müsste

man ansetzen, bei diesen Beziehungsgeflechten.

Es war sehr spannend, dass häufig Menschen aus den Gruppen in Einzelgesprächen zu mir gekommen sind und gefragt haben, wie könnte man das denn anders denken. Es gibt durchaus auch das Bedürfnis, sich das anders zu überlegen. Nicht alle fühlen sich auch wohl mit dieser feindseligen Haltung.

Sogar diejenigen, die mit ganz extremen Rassismen dahergekommen sind, haben unter vier Augen gemeint: „Ich kenne da schon den einen oder die andere. Das kann doch nicht so stimmen, überall hört man das aber immer.“ Also sie hatten durchaus Zweifel.

### ***Unter den RassistInnen waren also auch starke ZweiflerInnen? Wie weit spielen hier politische Ideologien eine Rolle? Wie weit sind sich die Menschen bewusst, dass sie rechts denken, rechts sind?***

In allen Fällen war es den Menschen wichtig, rechts und Rassismus zu differenzieren. Und das finde ich auch wichtig. Wenn ich Rassismus definiere, als Zuschreibung von negativen Eigenschaften aufgrund von Hautfarbe, Kultur, Religion u. a., dann ist das eine Ideologie, die Einzelne im Kopf haben.

In Wien wurde bewusster gesprochen: „Ich bin kein Rassist, aber ...“ oder „Ich bin ein Rassist und kann dir sagen, warum ...“ Die haben aber betont, dass sie nicht rechts sind, schon gar nicht rechtsradikal, auch politisch nicht rechts; einige von denen haben gesagt, sie gehen nicht wählen, weil sie sich

nicht vertreten fühlen. Die haben sich vor allem geärgert, dass man das alles nicht sagen darf, dass man nicht offen reden darf, dass man von allen Seiten mit Irritationen bombardiert wird, wie Zwangsverheiratung, Terrorismus, es aber nicht diskutieren darf. Das hat die Leute so geärgert, dass ein noch stärkerer Rassismus entstanden ist.

Das ist ein verhängnisvoller Kreislauf. Die Forderungen nach Political Correctness und die Veränderung von Sprache, wie sie in der Gesellschaft meiner Ansicht nach normal ist, gehen für manche einfach zu schnell. Ich habe meine Einstellung zu diesen Menschen geändert.

### ***Inwiefern?***

Wen man die Leute länger kennt, merkt man, dass es nicht nur RassistenInnen sind, sondern dass das Menschen sind, die auf den unterschiedlichen Ebenen Opfer und TäterInnen zugleich sind. Das stört mich an den meisten Rassismusforschungen. Man vergisst, dass das Personen, Subjekte sind, Menschen, die auf den unterschiedlichen Ebenen agieren.

Eine 20-Jährige, die drei negative Erfahrungen mit türkischen Jugendlichen gemacht hat, äußert sich sehr rassistisch. Das verurteile ich natürlich, weil sie extrem reduziert auf die sogenannten Fremden. Auf der anderen Seite erkenne ich auch an, dass sie Opfer einer sexuellen Diskriminierung, eines sexuellen Übergriffs ist. Ich sehe die Menschen mit der Zeit, mit ihrer Lebensgeschichte und ihren Erfahrungen – das legitimiert Rassismus nicht, erklärt aber vieles. Und es macht auch deutlich, dass diese Menschen zugänglich sind für andere Ideen und Vorstellungen. Das ist das Spannende an der Mitte der Gesellschaft.

Es ist leicht, sich hinzustellen und zu sagen: „Ich bin Anti-Rassist!“ – aber das durchzuargumentieren hat keiner geschafft. Nach fünf Stunden im Wirtshaus bringen diese Leute dieselben Argumente – „Diese Nigerianer haben wirklich nichts verloren vor unseren Schulen ...“ – in einer Verallgemeinerung, als würde vor jeder Schule ein Nigerianer stehen. Da kommen die Türkei und die Menschenrechte zur Sprache. Es fallen auch genau die gleichen

Stammtischparolen in Bezug auf Frauen. Und dann, obwohl diese Leute sich bewusst sind, dass es unterschiedlichste Motivationen gibt ein Kopftuch zu tragen, schimpfen sie los.

Damit habe ich eigentlich nicht gerechnet. Das habe ich erst am Schluss bei der Analyse erkannt.

### ***Wie kann man es besser machen, wenn man nicht rassistisch sein will? Was sagt man statt Neger?***

Ich mache relativ viele Workshops zum Thema „Political Correctness“, von Volksschulen angefangen bis zur Erwachsenenbildung. Diese Sprachpolitik, dieses Nachvollziehen, warum sich etwas verändert, dazu muss man die gesamte Geschichte des Begriffs erzählen – dann verstehen es auch die ärgsten Rassisten. Dieses Wissen wird nicht weitergegeben – es heißt nur: Das darfst du nicht sagen. Ich habe es so erlebt, dass am Land eher nachgefragt wird: „Warum nicht?“ Viele argumentieren: „Ich sehe nicht ein, dass ich, wenn ich einen Begriff verwende, gleich als Ganzes rassistisch bin.“

### ***Oft fehlen andere Worte.***

Ja, aber muss ich immer dazu sagen, welche Hautfarbe jemand hat. Wenn mich ein Kerl in der U-Bahn belästigt, muss ich dann dazu sagen, was für eine Hautfarbe der hat? Würde ich auch sagen, das war ein Weißer? Es ist ein schwieriges Thema. Da muss man ständig weiter daran arbeiten.

### ***Hat Sprache die Macht zur Veränderung?***

Sprache hat viel Macht und bietet die Möglichkeit, Dinge zu erklären. Neologismen, also Wortneuschöpfungen aber auch Wortbeschönigungen bringen viel, wenn sie erklärt werden. Ohne Erklärung kann das Gegenteil passieren und Sprache destruktiv wirken. Daher würde es sehr dringend in die Ausbildung von KindergartenpädagogInnen und Lehrenden hineingehören – ich erlebe aber in meinen Workshops gerade von dieser Seite enorme Widerstände. Schwieriger sind nur noch JournalistInnen. Dort wäre es wichtig anzusetzen.

### ***Was ist Ihr Anliegen?***

Rassismus ist absolute Selbsterhöhung, die mit Macht verbunden ist – die eigene Gesellschaft wird nicht hinterfragt, der Blick auf die anderen nach unten – hier liegt auch ein Unterschied zum Antisemitismus. Den Juden wurde ja Macht zugetraut.

Es wird im Moment viel zu wenig auf die Mehrheit geschaut, auf die Mitte der Gesellschaft, wie die auf Migration schaut. Auf die ganz normalen Menschen, die nicht die Zeit haben, sich über diese Fragen den ganzen Tag den Kopf zu zerbrechen. Denen müsste man fair gegenüber treten, um zu sehen, was sind die Haltungen, wo kommen sie her, wo werden sie reproduziert und wo kann man ansetzen. Die Mitte ist breiter als ich am Beginn meiner Forschung dachte. Ich glaube, der Blick der Mehrheit auf die Minderheiten ist essenziell. Man kann nicht nur den Rechtsruck beklagen. Das zementiert nur Grenzziehungen, die ohnehin schon da sind. Rassisten oder Nicht Rassisten? Ich glaube, da werden die vergessen, die eine zu Recht angespannte Situation erleben, in der sie nicht wissen, wie sie agieren oder denken sollen. Sie werden von allen Richtungen bombardiert mit Informationen, die sie verarbeiten sollen. Ich glaube fest, jeder Mensch kann sich jeden Tag entschließen, nicht rassistisch zu sein. Aber ich hatte auf diesem Weg sehr viel Unterstützung und Möglichkeiten. Viele haben das nicht, sie werden jeden Tag darin bestätigt Rassist zu sein.

### ***Wir danken für das Gespräch.***

***Das Interview führte Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft.***

Internet:

Aktuelles Projekt:

[www.migration-im-schulbuch.at](http://www.migration-im-schulbuch.at)

Kontakt zu Christa Markom  
als Anti-Rassismus-Trainerin:

[homepage.univie.ac.at/christa.markom](http://homepage.univie.ac.at/christa.markom)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Der Prozess

*Im Herbst 1996 berichtete die „Bildungsinfo“ von AK und ÖGB über den Kampf der Gewerkschaftsjugend gegen Rechtsextremismus im Unterricht.*

Man schrieb das Jahr 1994. Die Gewerkschaftsjugend-Mitglieder des Jahres 2011 waren noch nicht geboren oder ganz kleine Kinder. Ein Berufsschullehrer wurde wegen Verdachts auf nationalsozialistische Wiederbetätigung angezeigt, aber das Verfahren verschleppt, die massiven Proteste der ÖGJ ignoriert. 1996 kam es dann doch zum Prozess. Die „Bildungsinfo“ von AK und ÖGB, die damals auch an alle JugendvertrauensrätInnen ausgeschickt wurde, berichtete darüber:

*Und so ist es dazu gekommen. Richard R. unterrichtete Elektrotechnik an einer Wiener Berufsschule. Eigentlich kein Gegenstand für ausschweifende historische Betrachtungen. R. sieht das aber anders. „Zur Erholung und damit die Schüler danach entspannt weiterarbeiten können“, fühlte er sich bemüßigt, zwischen Trafo und Gleichstrom über Gaskammern in Dachau zu plaudern und diese – wenn die Gelegenheit schon einmal da war – auch gleich zu leugnen. ... Couragierte Schüler beschwerten sich beim Direktor über diese untragbare „Unterrichtsgestaltung“ und es kam 1994 zur Anzeige. ... Spät, und weil es sich eben nicht „vermeiden“ ließ, begann dann im Mai 1996 die Gerichtsverhandlung gegen Richard R. ...*

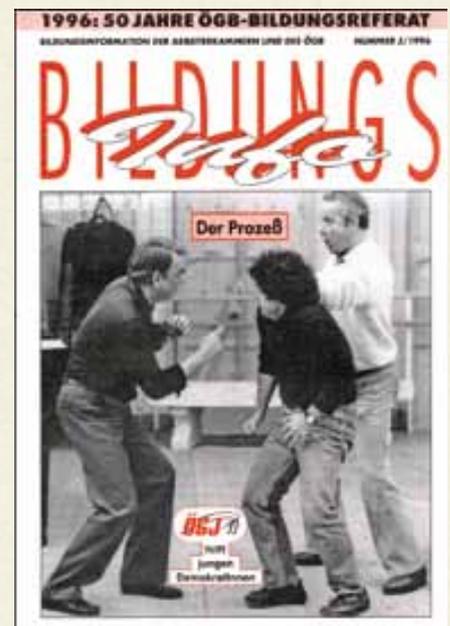
*Richter Hans Peter Januschke hielt dem angeklagten Lehrer die Stange und sprang mit den jungen Zeugen in unvorstellbarer Weise um. ... „Nichts über Auschwitz? War es also generell oder partiell? Das ist doch ein Unterschied, den man auch einem Berufsschüler erklären können müßte!“ Zu seinem besonderen „Feindbild“ erkör sich der Richter die Gewerkschaftsju-*

*gend, die ihre Aufgabe auch darin sieht, „im Rahmen ihrer Politik vom Rechtsextremismus gefährdete Jugendliche wieder auf den Boden von Demokratie und Toleranz zu führen“. Januschke zum ÖGJ-Bundessekretär als Zeugen: „Sie wollen also die Weltanschauung der Lehrlinge ändern, so es Ihnen nicht genehm ist – es ist sozusagen Ihre Funktion, sie umzupolen. Da kann man quasi sagen, dass sich die Wirtschaft der Gewerkschaft bedient, um ihr gesinnungsmäßig angenehme Arbeitnehmer zu rekrutieren.“ Kollege Mernyi ließ sich aber nicht einschüchtern: Er forderte konsequent und entschlossen den Rücktritt des Richters Januschke. Die Medien machten den Skandal zu einem öffentlichen Thema – fast alle standen in diesem Fall auf der Seite der Zeugen.*

Die Staatsanwaltschaft erklärte den Richter jetzt als befangen, er wurde ausgetauscht und der Justizminister kündigte ein Disziplinarverfahren an.

Der Lehrer Richard R. war allerdings kein Einzelfall. In der „Bildungsinfo“ heißt es weiter:

*Seit Jahren leistet die Gewerkschaftsjugend engagierte Aufklärungsarbeit und sammelt Material gegen rechte Lehrer. ... Seit dem Skandal-Prozess des Richters Januschke läutet im ÖGJ-Sekretariat fast pausenlos das Telefon. „Es ist erschreckend, wie viele Hinweise auf braune Umtriebe wir bekommen“, sagen die KollegInnen aus der ÖGJ, „wir sind aber auch begeistert, dass Schülerinnen und Schüler so viel Mut beweisen, und sich ge-*



© Bildarchiv der AK Wien (Foto) / Archiv Pellar

Um keine Angriffsfläche zu bieten, war das Titelbild zum Prozessbericht symbolisch. Es zeigte eine Probe zur AK-Aktion „Bundestheater in die Bundesländer“ mit den Schauspielern Weber, Evangelides und Czerwenka.

*gen nationalsozialistische Wiederbetätigung wehren. An ihrer Zivilcourage sollten sich viele Erwachsene ein Beispiel nehmen.“*

Für die AnruferInnen hatte die ÖGJ eine eigene Servicenummer zum Thema „Rechtes Gedankengut im Unterricht“ eingerichtet (Rufnummer 0222/534 44-320 Dw.). SchülerInnen und Lehrlinge konnten hier Informationen weitergeben und/oder benötigte Hilfe bekommen.

Zusammengestellt und kommentiert von  
Brigitte Pellar  
brigitte.pellar@aon.at

# Contra Faschismus – wozu?

*Es ist mehr als Traditionspflege, dass sich der ÖGB in seinen Statuten auch 2011 noch zur Bekämpfung des Faschismus verpflichtet.*

Autorin: **Brigitte Pellar**  
Historikerin

**D**er 17. ÖGB-Bundeskongress beschloss 2009 eine große Reform der Statuten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. In den Jahrzehnten, die seit der Wiederbegründung einer staatsunabhängigen demokratischen Gewerkschaftsbewegung vergangen waren, hatte sich vieles geändert. Die in Paragraph 3 der Statuten festgelegten Selbstverpflichtungen des ÖGB spiegelten die Veränderungen wider. So kam zum Beispiel nach dem EU-Beitritt Österreichs und angesichts von öffentlichen Angriffen auf Gewerkschaftsrechte die Verpflichtung zur „Wahrung der in der Verfassung verankerten Rechtsstaatlichkeit in einem sozialen Europa“ hinzu.

Der „unentwegte Kampf zur Hebung des Lebensstandards der ArbeitnehmerInnen Österreichs“ blieb selbstverständlich immer unverändert im Zentrum – wie auch die Sicherung des Weltfriedens. Aber noch eine andere Selbstverpflichtung gibt es seit der ÖGB-Gründung: jene, den Faschismus zu bekämpfen.<sup>1</sup>

## Einmischung notwendig

Angesichts des Inhalts von Paragraph 3 werden sich viele fragen, was das alles mit einer Gewerkschaftsbewegung zu tun hat, – natürlich mit Ausnahme der Verpflichtung zum Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen der ArbeitnehmerInnen. Und zusätzlich werden sich wohl manche auch noch fragen, warum sich der ÖGB 66 Jahre nach dem Ende

des Zweiten Weltkriegs noch immer zum Kampf gegen den Faschismus verpflichtet. Zunächst der Versuch einer Antwort auf die erste Frage: Es kann keiner Gewerkschaft der Welt, die diesen Namen verdient, gleichgültig sein, wie die Gesellschaft und der Staat um sie herum beschaffen sind – ob Frieden herrscht oder Krieg, ob GewerkschafterInnen verfolgt werden oder beim Eintreten für ArbeitnehmerInneninteressen persönlich sicher sind, ob das Recht auf Organisation erst erkämpft werden muss oder außer Frage steht, ob gute Lohnabschlüsse weggesteuert werden oder nicht und vieles mehr. Deshalb mischte sich die Gewerkschaftsbewegung von Anfang an in die Politik ein. In Österreich musste sie es 1869 tun, um erst einmal Koalitionsfreiheit durchzusetzen, das heißt die Beseitigung der Strafdrohung für Gewerkschaftsgründung und Arbeitskämpfe.

Sie mischte sich auch massiv ein, um ein demokratisches Wahlrecht zu erreichen, das 1907 wenigstens für Männer Wirklichkeit wurde. Sie begann, Kollektivverträge abzuschließen, und schuf damit eine neue Rechtsform, die über das Individualrecht für die Arbeitsbeziehungen im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch weit hinausging. In der Demokratie der Ersten Republik stellte Richard Wagner, der Leiter der Wiener Gewerkschaftsschule, 1925 überhaupt einen „Funktionswandel der Gewerkschaften“ fest: „Wenn die freien Gewerkschaften heute lange nicht mehr Vereine unter anderen Vereinen im Gesellschaftsleben sind, die irgendwelche Sonderinteressen ihrer Mitglieder vertreten, also in unserem Fall mehr Lohn

und geringere Arbeitszeit, sondern wenn sie immer größere Massen zu gemeinsamem Wirtschaftswillen zusammenschließen ..., dann wandelt sich ihre Funktion, Gruppenvertretung in den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen zu sein, zu der allgemeinen gesellschaftlichen Funktion, die Wirtschaftsverhältnisse bewusst zu beeinflussen.“<sup>2</sup> Es war also nur eine konsequente Weiterführung der Gewerkschaftsstrategien der Zeit vor dem Faschismus, die den ÖGB nach 1945 zu einem entscheidenden Faktor für den demokratischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Österreichs werden ließ.

## Auch 2011 noch wichtig

Das Stichwort „Faschismus“ führt zum Versuch einer Antwort auf die zweite Frage, warum der Kampf gegen Faschismus und Reaktion im Jahr 2011 noch immer als Selbstverpflichtung in den ÖGB-Statuten zu finden ist. Dazu vorab ein notwendiger Hinweis: Es wird nicht auf den Nationalsozialismus allein Bezug genommen, sondern auf faschistische Ideologien und Systeme generell. Es gibt leider keine Dokumentation des Diskussionsprozesses bei der Formulierung der ersten Statuten, aber man kann davon ausgehen, dass damit die Absicht ausgedrückt werden sollte, nicht nur etwaigen nationalsozialistischen Umtrieben entgegenzutreten, sondern auch jedem Ansinnen,

<sup>1</sup> Die aktuellen Statuten des ÖGB im Web: [tinyurl.com/bmhkxux](http://tinyurl.com/bmhkxux)

<sup>2</sup> Richard Wagner: Der Funktionswandel der Gewerkschaften und die freigewerkschaftliche Bildungsarbeit. In: Anton Hueber, Franz Domes (Hg.): Arbeit und Wirtschaft, VI. Jg., Heft 13 vom 1. Juli 1928, Sp. 609–614; Sp. 609–610.

**Es stimmt ja auch: Außer ein paar nostalgischen Neo-Nazis wird niemand mehr Outfit und Sprache dieser historischen Regime verwenden. Aber sind deshalb auch ihre Ideen und Ziele verschwunden?**



Elemente des austrofaschistischen **Ständestaat**-Systems, das 1934 bis 1938 geherrscht hatte, wiederzubeleben. Auf jeden Fall wurden die Statuten von den VertreterInnen der ehemaligen christlichen Gewerkschaften im überparteilichen ÖGB mitgetragen, obwohl diese trotz Gegnerschaft zu den faschistischen Heimwehren in das Regime eingebunden gewesen waren. 1945 wusste ja niemand wirklich, wie es weitergehen würde, und der Ständestaat war es gewesen, der 1934 alle eigenständigen, staats- und unternehmensunabhängigen Gewerkschaften verboten hatte. Wie tief und lang diese historischen Ereignisse nachwirken, zeigt übrigens die aktuelle politische Diskussion um die längst überfällige Aufhebung der Strafurteile gegen GegnerInnen der austrofaschistischen Diktatur.

## Diese Ära ist nicht vorbei

Trotzdem vertreten viele Menschen, darunter auch etliche HistorikerInnen, den Standpunkt, die Ära des Faschismus sei endgültig vorbei, man solle die Vergangenheit Vergangenheit sein lassen und Nationalsozialismus, italienischen Faschismus, Austrofaschismus, das spanische **Franco-Regime**, den kroatischen Faschismus und all die anderen Spielarten nicht anders behandeln wie zum

Beispiel die Regierungszeit von Kaiser Franz Joseph. Es stimmt ja auch: Außer ein paar nostalgischen Neo-Nazis wird niemand mehr Outfit und Sprache dieser historischen Regime verwenden. Aber sind deshalb auch ihre Ideen und Ziele verschwunden? Die Antwort darauf wird unterschiedlich ausfallen, je nachdem, wie und durch wen Faschismus definiert ist.

Der US-amerikanische Historiker Stanley G. Payne kam in seinem 1995 erschienenen Standardwerk „A History of Fascism“<sup>3</sup> zu dem Ergebnis, dass zwar „der spezifische historische Faschismus niemals wiedererschaffen werden kann. Jedoch wäre es möglich, dass wir am Ende des 20. Jahrhunderts Zeugen eines Aufstiegs neuer und teilweise ähnlicher Formen von autoritärem Nationalismus, insbesondere in Osteuropa, Afrika und Asien, werden“. Der deutsche Historiker Andreas Umland stimmt dem zu, hält aber die Definition als „autoritärer Nationalismus“ für zu harmlos. Er verlangt: „Faschismus sollte als eine spezielle Form von Rechtsextremismus konzipiert werden, wie unter anderem die ... häufigen Allianzen zwischen faschistischen und anderen antidemokratischen rechten Gruppierungen und deren gelegentliche Verschmelzung zu indizieren scheinen.“<sup>4</sup>

Staatsunabhängige eigenständige Gewerkschaften, deren Handlungsspielraum untrennbar mit einem demokratischen Umfeld verbunden ist, gehörten zumindest in Europa zu den Angriffszielen des Faschismus und wurden zerschlagen, wo dieser an die Macht kam. Nicht zuletzt auch, weil es echten Ge-

werkschaften egal ist, welchen „Migrationshintergrund“ ihre Mitglieder haben, – sie sind die Organisation der auf abhängige Arbeit angewiesenen Menschen, unabhängig davon, woher sie kommen. Das widerspricht der rassistischen Ideologie, die alle alten und neuen Formen des Rechtsextremismus miteinander verbindet.

## Lebensbegleitendes Lernen

Die meisten Menschen, die heute in Österreich leben, können keine Erinnerung an die Ereignisse vor 80, 70, 60 Jahren haben. Das ist normal. Damit sie aber trotzdem zur Erkenntnis fähig sind, wo faschistische und sonstige rechtsextreme „Problemlösungen“ den demokratischen Weg bedrohen, muss das Gedächtnis an die reale Herrschaft des Faschismus zu einem öffentlichen Kulturgut werden. **Oskar Negt**, der deutsche Wissenschaftler, der immer wieder auch der österreichischen Gewerkschaftsbewegung kritische Nachdenkanstöße gibt, betont aus diesem Grund in vielen seiner Referate: „Nur die demokratische Gesellschaftsordnung ist angewiesen auf lebensbegleitendes Lernen.“<sup>5</sup>

Internet:

ÖGB-Statuten  
[tinyurl.com/bmhkxus](http://tinyurl.com/bmhkxus)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[aon.912491000@aon.at](mailto:aon.912491000@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

<sup>3</sup> Stanley G. Payne: A History of Fascism, 1914–1945. XIV + 613 S., The University of Wisconsin Press, Madison 1995.

<sup>4</sup> [www.neue-politische-literatur.de](http://www.neue-politische-literatur.de); Fachbereich 2 der TU Darmstadt > Neue Politische Literatur > Archiv > Online-Rezensionen > e-npl Stanley G. Payne; DL 23. 10. 2011.

<sup>5</sup> Oskar Negt: Politische Bildung und Demokratie – ein Plädoyer für Bildung als Antwort auf die Katastrophe. In: AK Oberösterreich (Hg.): 50 Jahre Bildungshaus AK-Jägermayrhof, Linz 2009, S. 52–67; S. 52.

# Was „rechts“ ist

*Rechte Politik hat viele Gesichter und reicht von radikaler Marktwirtschaft über altbekannten Faschismus bis hin zur Islamophobie.*

Autor: Harald Kolerus  
Freier Journalist

**W**orüber sprechen wir eigentlich, wenn wir uns mit rechter Gesinnung befassen? Die historische Herkunft der politischen Begriffe rechts und links lässt sich einfach erfassen: In Kontinentaleuropa reicht die Tradition dieser Bezeichnungen bis ins späte 18. Jahrhundert, in die Zeit der Französischen Revolution, zurück. „In den verschiedenen parlamentarischen Organen der Revolutionszeit saßen die konservativeren Kräfte vom vorsitzführenden Präsidenten aus gesehen rechts, die fortschrittlicheren links“, so die Erklärung auf der Homepage des heimischen Parlaments.

## Macht des Marktes

Im Laufe der Jahrhunderte verfestigte sich die genannte politische Rechts-links-Terminologie, wofür steht dieses Schema aber heute in der politischen Praxis? Dazu der Politologe Peter Filzmaier, Professor an der Donau-Universität Krems: „Linke Parteien sind **egalitär** und staatsinterventionistisch, rechte Parteien **libertär** – nicht liberal – und marktwirtschaftlich orientiert.“ Der Gegensatz lässt sich anhand der Parteienposition zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik und des Widerspruchs von sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit bzw. individueller Freiheit verdeutlichen. Rechte Parteien vertrauen auf das Konzept des freien Wettbewerbs bzw. der freien Marktwirtschaft – auf eine „invisible hand“ als regulativ – und lehnen eine zentralistische

Einflussnahme des Staates weitgehend ab. Dagegen betonen linke Parteien die Notwendigkeit staatlicher Regelungen, um gleiche Chancen für alle zu schaffen.

Ein anderes Kriterium ist die Positionierung zu Sicherheitsthemen, wo „law and order“ als kollektive Kontrolle rechts einzustufen ist, die höhere Einschätzung individueller Freiheitsrechte jedoch als links (siehe z. B. das Thema Datenschutz). „Man kann also durchaus wirtschaftspolitisch rechts und sozialpolitisch links sein, wie es das Liberale Forum (LIF) war“, analysiert Filzmaier.

Das LIF fristet bekanntlich seit Jahren ein politisches Schattendasein, ganz im Gegenteil zur rechtspopulistischen FPÖ. Angesichts der starken FPÖ stellt sich natürlich die Frage, ob Österreich besonders weit rechts steht. Auf Bundesebene gab es tatsächlich bisher noch nie eine rot-grüne Mehrheit, jedoch eine schwarz-blaue. Wenn man also SPÖ und Grüne als mitte-links sowie ÖVP und FPÖ als mitte-rechts einstuft – was natürlich vereinfachend ist, jedoch anhand der Geschichte der Sozial- und Christdemokratie zulässig – so gibt es tendenziell eine leichte Rechtsorientierung.

Wie weit rechts stehen nun Österreichs Parteien, wird „rechts sein“ in der politischen Kommunikation bewusst eingesetzt? Sprich: Ist es salonfähig rechte Gesinnung zuzugeben? Dazu Filzmaier: „Das BZÖ definiert sich als rechtliberal, mittlere bzw. größere Parteien werden sich jedoch auf keiner Seite fix positionieren bzw. das nur ungern tun, da eine Mehrheit der Wähler ja in der Mitte zu finden ist.“ Das gilt allerdings nicht nur für ÖVP und FPÖ rechts die-

## BUCHTIPP

Norberto Bobbio  
**Rechts und Links**  
Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung  
Wagenbach Verlag, 2006,  
93 Seiten, € 10,20,  
ISBN 978-3-8031-2311-4



**Bestellung:**  
ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

ser Mitte, sondern auch SPÖ und Grüne wollen sich nicht pauschalierend als „Linke“ bezeichnen. Das tun allenfalls Teilorganisationen vom Bauernbund bis zu roten und grünen Studierendenorganisationen. Sie sprechen jedoch eine homogenere Zielgruppe an.

## Rechts von der Mitte

Filzmaier meint weiters, dass die österreichische Bevölkerung selbst im Querschnitt leicht rechts der Mitte steht. Diese Einschätzung wird von einer aktuellen Umfrage untermauert: In der repräsentativen Studie erkundigte sich das Meinungsforschungsinstitut IMAS bei den Befragten, wo sie sich selbst politisch sehen. Eine solche Ermittlung ist laut IMAS zumindest in Deutschland ein wenig mit dem Geruch eines Tabus behaftet. „Niemand in Deutschland, der noch bei Trost ist, bezeichnet sich selbst als rechts“, schrieb der prominente Spiegel-Redakteur Jan Fleischhauer in seinem Bestseller



Rechtsextremismus versteht sich als „natürliche“ bzw. „biologische“ Ideologie, alles Abgelehnte wird als „widernatürlich“ diffamiert, was sich sehr deutlich im Nationalsozialismus und Faschismus widerspiegelt.

„Unter Linken“. Rechts sei nicht die andere Seite des Meinungsspektrums, sondern ein Verdammungsurteil. Unabhängig davon, ob die deutsche Szene der österreichischen gleicht oder nicht, steht für IMAS fest, dass die Bevölkerung hierzulande keine Scheu hat, sich als zumindest knapp rechts der Mitte zu beschreiben: Der Skalenwert liegt bei 50,2. Wobei 50 die genau ausgeglichene Position im Rechts-links-Schema repräsentiert (0 = ganz links und 100 = ganz rechts). Die ÖsterreicherInnen positionieren sich im politischen Spektrum etwas rechts vom Scheitelpunkt.

Es stellt sich aber auch die interessante Frage, wie weit links oder rechts die einzelnen Parteien von den ÖsterreicherInnen eigentlich empfunden werden. Um Aufschluss darüber zu erhalten, hat IMAS einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung gebeten, die politischen Positionen anhand der erwähnten Skala einzustufen. Aus den Antworten errechnet sich für die SPÖ ein durchschnittlicher Skalenwert von 42,2. Erheblich weiter links (bei 29,2) empfindet man jedoch die Grünen. Die ÖVP wird von der Bevölkerung bei der Position 53,9, das BZÖ bei 68,7, die FPÖ hingegen bei 73,0 positioniert. Ob eine der Parteien als rechtsextrem eingeschätzt wird, darüber gibt die Umfrage keinen Aufschluss. Wobei sich wiederum die Frage stellt, was Rechtsextremismus bedeutet?

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes greift hier auf die Definition des Klagenfurter Univ.-Doz. Dr. Willibald Holzer zurück: Rechtsextreme Ideologie wird von Holzer als Phänomen aus einem Bündel von

Einzelansagen, die in erster Linie durch die Berufung auf das Prinzip der Natur/Natürlichkeit verklammert werden, beschrieben. Natur, verstanden als vorgegebene Konstante, entzieht sich jeglicher Kritik, ein derartiger Begründungszusammenhang kann nicht infrage gestellt werden. Über dieses Prinzip der Natur wird die Ideologie der Ungleichheit in die rechtsextreme Weltanschauung eingeführt. Rechtsextremismus versteht sich als „natürliche“ bzw. „biologische“ Ideologie, alles Abgelehnte wird als „widernatürlich“ diffamiert, was sich sehr deutlich im Nationalsozialismus und Faschismus widerspiegelt.

In enger Verbindung mit diesen Konzepten wird verschiedensten Gruppen die Sündenbockfunktion zugeschrieben. Das kann AusländerInnen ebenso betreffen wie sprachliche oder religiöse Minderheiten (vergleiche [www.doew.at](http://www.doew.at)). Diesen Gruppen wird Verantwortung für gesellschaftliche und ökonomische Missstände zugeschoben, sie werden der Kriminalität und anderer unerwünschter Verhaltensweisen bezichtigt und erfüllen eine Entlastungs- und Integrationsfunktion nach innen, indem Ängste und Ärger auf die Feindgruppe abgelenkt werden.

### Angst vor dem Islam

In Österreich hat offensichtlich der Islam diese Sündenbockfunktion übernommen. Eine wiederum vom IMAS (2010) durchgeführte Studie bestätigt das große Unbehagen der ÖsterreicherInnen gegenüber dem Islam. Die Kluft zwischen der islamischen und der westlichen Lebens-

welt in der einheimischen Bevölkerung gilt demnach als groß: 71 Prozent der ÖsterreicherInnen erklären, dass sich die unterschiedlichen Vorstellungen von Demokratie, Freiheit und Toleranz auf beiden Seiten nicht miteinander vereinen lassen. Lediglich elf Prozent glauben an eine Annäherung zwischen einem westlich-christlichen und einem islamischen Gesellschaftsverständnis. Die Islam-Skepsis der ÖsterreicherInnen wird nun wiederum leider von rechtspopulistischen Parteien missbraucht: Slogans wie „Islam statt Dham“, das Video-Spiel „Moschee Baba“ oder das Anti-Islam-Comic der FPÖ im Wiener Wahlkampf sprechen hier eine nur allzu deutliche Sprache.

Übrigens glaubt immerhin ein Drittel der AnhängerInnen der Grünen an eine Vereinbarkeit der westlichen und orientalischen Lebenswelten. Bei der SPÖ sind 15 Prozent, bei der ÖVP vier und bei der FPÖ drei Prozent der WählerInnen dieser Meinung. Daraus lässt sich ableiten: Je rechter die politische Einstellung, desto größer die Inakzeptanz gegenüber anderen Kulturen, Religionen und Lebensweisen.

Internet:

Mehr Infos unter:

[www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/PARLA](http://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/PARLA)  
[www.doew.at](http://www.doew.at)  
[www.imas.at](http://www.imas.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[haraldkolerus@yahoo.com](mailto:haraldkolerus@yahoo.com)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Aus der Mitte nach rechts

*Rechte PolitikmacherInnen fühlen sich im Aufwind. Ist das ein „Modetrend“ oder hat das tiefere Ursachen – und wenn: welche?*

**Autor: Wilfried Leisch**

*Freier Journalist und Publizist in Wien*

**D**ass etwa der verstorbene Kärntner Landeshauptmann (LH) Jörg Haider (FPÖ bzw. BZÖ), sein Nachfolger als LH Gerhard Dörfler (dzt. FPK), sein Nachfolger als FPÖ-Parteichef H. C. Strache, der Kärntner Vize-LH und Kärntner (BZÖ)FPK-Chef Uwe Scheuch, oder der aus der Riege des Bundes-BZÖ in den Medien als „Dobermann“ bezeichnete Ex-FPÖler Ewald Stadler, oder der dritte FPÖ-Nationalratspräsident Martin Graf für rechte oder gar rechtsextreme Politik stehen, dafür braucht man nicht erst das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) zu bemühen.<sup>1</sup> Laut Statistik des Innenministeriums stiegen zudem rechtsextreme Straftaten im vergangenen Jahr um 28 Prozent auf 580 an.<sup>2</sup> Die Dunkelziffer dürfte viel höher sein. Viele rechte Straftaten werden von Polizei und Justiz als „dumme Bubenstreiche“ verharmlost, gewalttätige Nazis in der Statistik z. B. bloß als „Fußballrowdies“ vermerkt.

## Was rechte Politik ausmacht

Was macht rechte Politik aus? Als „Paintball spielen“ verharmloste Waffenübungen im Wald, ein als „Drei-Krügerl-Bestellung“ verharmloster rechter Reckengruß, Parlamentsmitarbeiter, die rechtes Propagandamaterial im Internet bestellen usw. wie diverse Medien sensationslüstern „aufdecken“? Nein, das sind Indizien, sie verdecken aber, was rechte Politik bedeutet, woher sie kommt, was sie nährt und wohin sie zu führen imstande ist. Unter

der politischen Rechten werden in der Wissenschaft konservative oder reaktionäre, d. h. rückwärtsgewandte Haltungen, Positionen und Strömungen in der Gesellschaft bzw. im politischen Spektrum verstanden. Diese reichen von gesellschaftspolitisch konservativen Haltungen über „rechtspopulistische“ Positionen bis hin zum offen antidemokratischen, unterdrückerischen und offen Gewalt gegen Menschen rechtfertigenden und einsetzenden Rechtsextremismus. Ihre äußersten Extreme: Faschismus, z. B. im Nationalsozialismus oder Austrofaschismus – mit der offenen, massenhaften Ermordung von Menschen. Gemeinsamer Nenner: Ablehnung einer aktiv emanzipatorischen Gesellschaft(-sveränderung)<sup>3</sup>

Haben die Rechten anti-emanzipatorische Politik offen auf ihre Fahnen geheftet? Offene Rechte ja. Rechte im Nadelstreif (BZÖ) oder auch im Sport- und Freizeitoutfit (FPÖ) noch nicht, sie geben sich gar „heimatsozial“ oder „volksnah“. Betreiben und befördern umgekehrt die „Nicht-Rechten“, also etwa die anderen im Parlament vertretenen Parteien wie ÖVP, SPÖ oder Grüne, eine echte, aktive emanzipatorische Politik? Kaum. Und: Gibt es eine „chinesische Mauer“ zwischen rechter und nicht-rechter Politik? Nein. Rechtes Gedankengut und Handeln im Sinne von nicht-emanzipatorischer Politik ist bis weit in die sogenannte Mitte des (partei-)politischen Spektrums, sowohl des rechten und rechtskonservativen (FPÖ, FPK, BZÖ) bzw. des konservativen (ÖVP) als auch des sozialdemokratischen (SPÖ), seit Jahren angesiedelt. Galoppierend wurde dieser „Trend“ durch den Neoliberalis-

mus mit seiner ungehemmten Liberalisierung und Privatisierung, d. h. der immer zügelloseren Gewinnmaximierung auf allen Ebenen. Eine „Politik der Sachzwänge“ hat dies befördert. Alle Regierungs- und Oppositionsparteien haben diese Politik mehr oder weniger vertreten. Für die Masse der Bevölkerungen ist das negativ: Hunger, Not und Tod in der Dritten Welt, immer mehr prekäre Arbeitsformen, Einkommenseinbußen, Arbeitslosigkeit oder zunehmende Altersarmut in den Industriestaaten.<sup>4</sup>

## Massiver Sozialabbau

Obwohl die heimische Gesellschaft reich ist wie nie zuvor, wird bei den arbeitenden Menschen massiv Sozialabbau betrieben. Was hat ÖVP-Vizekanzler Spindelegger mit Arbeitslosen und PensionistInnen vor? Er begrüßt den Vorschlag, ab 2013 Arbeitslosen- und Krankenstandszeiten nicht mehr auf die Pension anzurechnen. Gegen Erbschafts- oder Vermögenssteuern ist er vehement,<sup>5</sup> obwohl vermögensbezogene Steuern nur 1,4 Prozent des Steuervolumens ausmachen.<sup>6</sup> Sehr christlich-sozial.

Dass mit billigen Arbeitskräften aus dem Ausland in Österreich Lohndumping betrieben wird, wird durch eine „Ausländerpolitik“, die MigrantInnen z. B. für Kriminalität und Inlandsarbeitslosigkeit verantwortlich macht, absicht-

<sup>1</sup> [www.doew.at](http://www.doew.at)

<sup>2</sup> [oesv1.orf.at/stories/505590](http://oesv1.orf.at/stories/505590)

<sup>3</sup> vgl.: [de.wikipedia.org/wiki/Rechte\\_Politik](http://de.wikipedia.org/wiki/Rechte_Politik)

<sup>4</sup> [www.armutskonferenz.at](http://www.armutskonferenz.at)

<sup>5</sup> ORF-Presserstunde, 18. 9. 2011: [www.youtube.com/watch?v=b0hy--IEITs](http://www.youtube.com/watch?v=b0hy--IEITs)

<sup>6</sup> Wahre LeistungsträgerInnen, [www.oegb.at](http://www.oegb.at)

**Was macht rechte Politik aus? Als „Paintball spielen“ verharmloste Waffenübungen im Wald, ein als „Drei-Krügerl-Bestellung“ verharmloster rechter Reckengruß, Parlamentsmitarbeiter, die rechtes Propagandamaterial im Internet bestellen usw. wie diverse Medien sensationslüstern „aufdecken“?**



lich überdeckt: Zugunsten der Wirtschaft, die ihr billiges und williges „Ausländerkontingent“ immer bekam und gleichzeitig Produktionen ins billige Ausland verlagerte. Zudem ritterten die InnenministerInnen der letzten 20 Jahre mit den Rechten um die Wette, unter dem Vorwand der (v. a. islamischen) Terrorismusbekämpfung mit Rasterfahndung, Lauschangriff, Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung usw., die Freiheitsrechte der Bevölkerung massiv einzuschränken.

### „Sozialschmarotzer“

Die arbeitenden Menschen werden seit Haiders Zeiten als „Sozialschmarotzer“, die in der „sozialen Hängematte“ liegen, (Ex-Finanzminister Josef Pröll) diffamiert. Das System der Finanz- und Börsenspekulation, der Banker und Bosse mit dem 10-, 20- bis 100-fachen Jahreseinkommen eines Normalverdieners, die also nie im Leben so viel arbeiten können wie sie verdienen, die wirklich „arbeitslose“ Einkommen lukrieren, denen wird von der Politik aller Farben der Hof gemacht, und deren Untaten und Pfründe werden kaum angetastet. Im Gegenteil: So hat Finanzministerin Fekter die Reichen und Vermögenden gegen Kritik in Schutz genommen. Vielleicht auch deswegen, weil „die Politik“ oft mit diesen Kreisen verfilzt ist, wie die diversen Korruptionsfälle zeigen. „Es hat viele Gauner in die Politik

gespült“, so LH Erwin Pröll populistisch markig.<sup>7</sup> Richtig. Dass unter seinem Segen das Land Niederösterreich (ebenso wie andere) mit Steuergeldern spekuliert hat, ähnlich wie Haider und Co. in Kärnten, hat er wohl vergessen. So eine Politik der Etablierten, die gleichzeitig gegen rechts redet, ebnet den waschechten Rechten und ihren Hintermännern den Weg.

Die Ursache ist, dass die kapitalistische oder neudeutsch die neoliberale Logik als der Weisheit letzter Schluss hingestellt wird. Das heißt, dem Profitmachen wird alles, also auch jedes menschliche Bedürfnis (Beispiel Ryanair: Reduktion von Bord-WCs von zwei auf eins oder gar deren Abschaffung ...) untergeordnet. Alles ist erlaubt, was Profit bringt, bis hin zu Mord, Totschlag und Krieg, z. B. im Namen von humanitärer Hilfe, wie dies etwa **Jean Ziegler** analysiert: „Der Westen missbraucht die Menschenrechte zumeist zu Herrschaftszwecken“,<sup>8</sup> „Obama führt zwei Kriege zugleich ... und bekommt den Friedensnobelpreis.“<sup>9</sup> Ganz „demokratisch“ in die Bresche für die Banken und Konzerne sprang auch EU-Kommissar Barroso vergangenes Jahr, als er den streikenden ArbeiterInnen in Südeuropa ankündigte, dass Spanien, Portugal und Griechenland „Militärdiktaturen“ drohen und „als Demokratien, wie wir sie kennen, verschwinden, wenn die Sparpakete nicht umgesetzt werden.“<sup>10</sup> Das offizielle politische und wirtschaftliche Establishment weist vehement von sich, auch nur irgendetwas mit rechter Politik zu tun zu haben. Ist die kapitalistische Profitlogik aber Richtschnur der Politik, richtet sich diese letztlich gegen die Menschen und

ist damit „rechts“. Egal ob dies als christlich-sozial, sozial-demokratisch oder heimat-sozial beschönt wird, am Ende steht für die Betroffenen: Entsolidarisierung (jeder soll selbst schauen, wo er bleibt, wer „fleißig“ ist, wird es schon schaffen ...), Sozial- und Demokratieabbau, Hetze gegen den Nächsten, Rechtfertigung von Gewaltanwendung, Krieg.

### Zu Schuldigen gestempelt

Den Etablierten wie den – oft noch nicht – an den Futterschüsseln sitzenden Rechten ist gemeinsam: von den wirklichen Verursachern für Not und Leid in der Bevölkerung lenken beide ab. Die Etablierten knebeln uns mit der Propaganda, dass wir, die ganze Bevölkerung, mit den Verursachern der Krise, den Banken und Konzernen, in einem Boot sitzen und daher den Gürtel enger schnallen müssen. Die Rechten lenken mit ihrer Propaganda ganz von den Verursachern ab, indem sie Teile der Bevölkerung zu Schuldigen stempeln, z. B. die Arbeitslosen, die MigrantInnen, die FrühpensionistInnen, die Gewerkschaften, die zu viel verlangen usw.

Internet:

Mehr Infos unter:  
[www.doew.at](http://www.doew.at)  
[www.demagogenenzaubern.at](http://www.demagogenenzaubern.at)  
[www.argedaten.at](http://www.argedaten.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an den Autor  
[w.leisch@aon.at](mailto:w.leisch@aon.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

<sup>7</sup> Heute, 11. 10. 2011

<sup>8</sup> ORF, 30. 6. 2011, [oe1.orf.at/artikel/280381](http://oe1.orf.at/artikel/280381)

<sup>9</sup> Jean Ziegler: Der Hass auf den Westen. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren. Goldmann, 2011

<sup>10</sup> Daily Mail, 15. 6. 2010

# Fakten statt Hetze

*Das „Handbuch gegen Vorurteile“ entkräftet Stammtischargumente von der Auschwitzlüge bis zum Zuwanderungssunami.*

**AutorInnen:**

**Nina Horaczek und Sebastian Wiese**

*Journalistin beim „Falter“ und Rechtsanwalt*

**A**usländerInnen nehmen uns die Arbeitsplätze weg und zerstören den Sozialstaat. Krimineller als ÖsterreicherInnen sind sie sowieso. Diese Behauptungen hat fast jeder schon einmal gehört oder gelesen – am Stammtisch, in PolitikerInnenreden und Wahlkampfveranstaltungen, auf den Leserbriefseiten kleinformatiger Zeitungen oder in diversen Internet-Foren. Andere Botschaften hört und liest man dort nie: Dass AusländerInnen in Österreich beispielsweise keineswegs ungebildet, sondern viel häufiger Doktoren oder Magister sind als „einheimische“ ÖsterreicherInnen. Oder dass sie in den österreichischen Sozialstaat mehr einzahlen, als sie an Geldleistungen beziehen. Mit diesen und ähnlichen Themen beschäftigt sich das „Handbuch gegen Vorurteile“, das diesen November im Czernin-Verlag erscheint. Die beiden AutorInnen Nina Horaczek, Politikredakteurin der Stadtzeitung Falter, und der Rechtsanwalt Sebastian Wiese überprüfen anhand offizieller Statistiken und wissenschaftlicher Studien den Wahrheitsgehalt von Mythen, die am Stammtisch ebenso blühen wie im Plenarsaal des Parlaments.

## Wer nimmt uns Arbeitsplätze weg?

Das „Handbuch gegen Vorurteile“ möchte einen Beitrag zur Versachlichung der abdriftenden politischen Debatte in Österreich leisten: Fakten statt Hetze lautet das Motto. Das Handbuch beschäftigt

sich neben Vorurteilen gegen AusländerInnen auch mit Mythen über AsylwerberInnen, die EU, den Islam und mit Geschichtsverharmlosungen zum Nationalsozialismus. Denn in vielen Fällen gründen Vorurteile auf allzu simple Rechnungen. So seien zum Beispiel dreimal mehr AusländerInnen als InländerInnen in Österreich arbeitslos gemeldet. Würde der Staat die AusländerInnen des Landes verweisen, hätten automatisch alle ÖsterreicherInnen Arbeit, behaupten manche PopulistInnen.

Was sie dabei übersehen: Selbst wenn AusländerInnen dem Jobprofil einer Stellenausschreibung voll entsprechen, können sie einem/r arbeitslos gemeldeten ÖsterreicherIn keinen Job wegnehmen. Dafür sorgt das „Ersatzkraftverfahren“, das InländerInnen bevorzugt: Bevor das Arbeitsmarktservice AusländerInnen eine Stelle anbieten darf, muss es diesen Arbeitsplatz qualifizierten, arbeitslos gemeldeten ÖsterreicherInnen anbieten. Nur wenn ein/e ÖsterreicherIn ablehnt, kann ein/e arbeitslose AusländerIn vermittelt werden. ÖsterreicherInnen den Job „wegschnappen“ können höchstens EU-BürgerInnen. Im Gegenzug sind allerdings österreichische Arbeitsuchende, die in Berlin, Paris oder Madrid einen Job suchen, den dortigen StaatsbürgerInnen ebenfalls gleichgestellt. Falsch ist übrigens auch die Behauptung, dass es keine Arbeitsplätze gebe, weil schon alle Jobs von AusländerInnen besetzt sind. Im Jahr 2010 gab es bei uns durchschnittlich 69.100 offene Stellen – trotz AusländerInnen in Österreich.

Österreich hat ArbeitsmigrantInnen auch nicht angeworben, damit diese den ÖsterreicherInnen die Arbeitsplätze weg-

## BUCHTIPP

Nina Horaczek/  
Sebastian Wiese  
**Handbuch gegen Vorurteile**  
Von Auschwitzlüge bis  
Zuwanderungssunami  
Czernin Verlag, 2011,  
304 Seiten, € 19,80,  
ISBN 978-3-7076-0392-7



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

nehmen. Sie füllten bloß Lücken in jenen Bereichen, aus denen sich heimische Arbeitskräfte verabschiedet hatten. Bis heute hat sich daran wenig geändert: ErntehelferInnen zum Beispiel verdienen brutto sechs Euro pro Stunde. Landwirte berichten, dass sie keine ÖsterreicherInnen finden würden, die für diesen Stundenlohn einen derart anstrengenden Job verrichten würden. Ohne ausländische Arbeitskräfte wäre die Ernte auf Österreichs Feldern zu marktfähigen Preisen nicht möglich. Trotzdem hält sich hartnäckig der Glaube, dass AusländerInnen Schuld an der Arbeitslosigkeit tragen. Einer von der Kronen Zeitung zitierten Studie folgend, glauben 47 Prozent der ÖsterreicherInnen, dass ihnen AusländerInnen die Arbeitsplätze wegnehmen würden. Das zeigt: Auf überprüfbaren Fakten basierende Aufklärung tut not.

Ähnlich ist die Lage bei der Ausländerkriminalität. Immer wieder hört man selbst von grundsätzlich weltoffenen Personen, dass die höhere Kriminalitätsrate



**AusländerInnen nehmen uns die Arbeitsplätze weg und zerstören den Sozialstaat. Krimineller als ÖsterreicherInnen sind sie sowieso. Diese Behauptungen hat fast jeder schon einmal gehört oder gelesen – am Stammtisch, in PolitikerInnenreden und Wahlkampfveranstaltungen, auf den Leserbriefseiten kleinformatiger Zeitungen oder in diversen Internet-Foren.**

unter MigrantInnen ein Faktum sei, das sich statistisch belegen lasse. Immerhin wären in den vergangenen Jahren etwa 30 Prozent aller strafgerichtlich Verurteilten keine ÖsterreicherInnen gewesen: Der Anteil an AusländerInnen ist also dreimal höher als der Anteil von AusländerInnen an der österreichischen Wohnbevölkerung. Sind in Österreich lebende AusländerInnen damit dreimal krimineller als ÖsterreicherInnen? Wer die Kriminalitätsstatistik so interpretiert, interpretiert sie falsch. Denn diese Interpretation ignoriert mehrere Verzerrungsfaktoren, die sich alle zulasten der AusländerInnen auswirken.

### **Sind AusländerInnen krimineller?**

Zunächst differenziert die Statistik nicht zwischen TouristInnen, durchreisenden AusländerInnen und jenen, die zwar keinen österreichischen Pass haben, sich aber legal bei uns niedergelassen haben. Die beiden erstgenannten Gruppen fließen zwar in die Kriminalitätsstatistik ein, nicht aber in den Anteil der AusländerInnen an der österreichischen Wohnbevölkerung. Schon wenn man diesen Umstand berücksichtigt, gleicht sich die Kriminalitätsrate von ÖsterreicherInnen und in Österreich lebenden AusländerInnen an. Denn etwa zwei Drittel der verurteilten AusländerInnen hielten sich nur kurzfristig in Österreich auf. Auch müssen bei der Kriminalitätsbelastung soziale Faktoren berücksichtigt werden. Wo Armut herrscht, steigt die Wahrscheinlichkeit, mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Auch ÖsterreicherInnen weisen unter schlechterer sozialer Absicherung eine höhere Kriminalitätsra-

te auf. Selbst in Vollzeit beschäftigte MigrantInnen verdienen durchschnittlich nur 84 Prozent des Jahreslohnes von ÖsterreicherInnen, sind also auch häufiger ärmer als ein/e DurchschnittsösterreicherIn. Das wirkt bei einem direkten Vergleich der Kriminalitätsraten verzerrend zulasten der AusländerInnen.

Schließlich muss, wer solche Zahlen objektiv analysieren will, auch die soziodemografische Struktur des Samples betrachten: Die ausländische Bevölkerung ist statistisch gesehen nicht nur um einiges jünger als die DurchschnittsösterreicherInnen, sie weist auch einen höheren Männeranteil auf. 23 Prozent der AusländerInnen, die in Österreich leben, aber nur 17 Prozent der ÖsterreicherInnen sind zwischen 20 und 40 Jahre alt. Zahlreiche Studien haben nachgewiesen, dass die Gruppe der Männer zwischen 20 und 40 besonders häufig mit dem Gesetz in Konflikt kommt – und das ganz unabhängig davon, welchen Pass diese jungen Männer besitzen. Auch hier wirkt die grobe Statistik also zum Nachteil der AusländerInnen.

Berücksichtigt man alle Faktoren, gleicht sich die Kriminalitätsrate von in Österreich lebenden AusländerInnen an jene der InländerInnen an. Die Behauptung, dass AusländerInnen dreimal krimineller als ÖsterreicherInnen seien, ist also falsch – auch wenn die statistischen Rohdaten auf den ersten Blick einen anderen Eindruck vermitteln.

Insgesamt überprüft das „Handbuch gegen Vorurteile“ detailliert über fünfzig Behauptungen und Mythen von „Auschwitzlüge“ bis „Zuwanderungstsunami“ anhand zahlreicher seriöser Quellen auf

ihren Wahrheitsgehalt. So erfährt man beispielsweise, dass die AkademikerInnenquote unter AusländerInnen um sechs Prozentpunkte höher ist als unter „echten“ ÖsterreicherInnen. Oder dass in Österreich lebende Türkinnen im Durchschnitt 2,43 Kinder gebären, heimische Bäuerinnen aber im Schnitt auf 2,5 Kinder kommen. Und auch, dass im Jahr 2008 ÖsterreicherInnen 89,3 Prozent aller Sozialbeiträge zahlten und 93,8 Prozent der monetären Sozialleistungen bezogen, während AusländerInnen aus Drittstaaten außerhalb der EU (also die „klassischen GastarbeiterInnen“) zwar das Sozialsystem zu sechs Prozent finanzierten, aber nur 3,7 Prozent der Geldleistungen daraus erhielten. Wer sich nicht mit Parolen zufrieden geben will, findet im „Handbuch gegen Vorurteile“ Zahlen und Fakten zu nahezu jedem Detail der laufenden Ausländerdebatte. Die Lektüre dieses Handbuchs versetzt die LeserInnen in die Lage, künftig nicht beklemmt schweigen zu müssen, sondern aktiv und faktenunterstützt plump dahergesagten Vorurteilen entgegenzutreten und diese entkräften zu können.

---

Internet:

Mehr Infos im GPA-djp-Blog:  
[tinyurl.com/d9jppgr](http://tinyurl.com/d9jppgr)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die AutorInnen  
[horaczek@falter.at](mailto:horaczek@falter.at)  
[office@ra-wiese.at](mailto:office@ra-wiese.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Nur ein Brandstifter?

*Der Rechtsterrorist Anders Behring Breivik hat im Juli dieses Jahres 77 Menschen getötet – Wurzeln und Hintergründe.*

**Autor: John Evers**

*Historiker und Erwachsenenbildner*

**D**er Angriff galt nicht nur uns. Es war auch ein Angriff auf die Demokratie und die Offenheit. Utøya wird weiterhin die Insel der Arbeiterjugend und ein Ort für alle Demokraten sein. „Kurz nach den Anschlägen von Oslo und auf der Insel Utøya drückte Eskil Pedersen, Vorsitzender der sozialdemokratischen Jugendorganisation AUF, so eine in Norwegen weitverbreitete Stimmung aus. Der Rechtsterrorist Anders Behring Breivik hatte im Juli 2011 nicht weniger als 77 Menschen getötet. 69 Personen davon, größtenteils Jugendliche, richtete er auf der Ferieninsel Utøya regelrecht hin. Weitere acht Personen kamen durch eine Bombe in Oslo ums Leben. Die AUF hatte die Insel 1950 von den Gewerkschaften geschenkt bekommen. Sie galt seit langer Zeit als Symbol für Werte wie Sozialismus, Internationalismus und Solidarität.

## Breiviks politischer Hintergrund

Die Sicherheitsbehörden gaben sich angesichts des Massakers völlig überrascht. „Dies ist ein einsamer Wolf, der unter alle unsere Radarsysteme schlüpfen konnte“, erklärte die Leiterin des norwegischen Geheimdienstes Janne Kristiansen. Ein Bericht des Sicherheitsdienstes der norwegischen Polizei sah demgegenüber bereits 2010 eine verstärkte Aktivität rechtsextremer Gruppen. Trotzdem lautete die Prognose: keine erhöhte Gefahr. Weitere Recherchen ergaben aber, dass Breivik nicht nur seine Taten bereits seit zehn Jahren plante. Er war auch von 1999 bis 2006

Mitglied der rechten Fortschrittspartei. Zentrale Themen der bei Wahlen bis zu 22 Prozent starken Partei: Eine strikte Asyl- und Einwanderungspolitik und Kampagnen gegen „die Linke“, die vor allem mit der politischen Elite, konkret den regierenden Sozialdemokraten gleichgesetzt wird. In seinem Bekenntnis benannte Breivik – analog zu den Themen der Fortschrittspartei – den Kampf gegen „Kulturmarxismus“ und gegen die „islamische Besiedelung“ als Hauptmotive für die Tat. Seine spätere Distanz der Partei gegenüber begründete er nicht ideologisch, sondern vor allem methodisch. Diese Kraft sei ihm insgesamt zu gemäßigt.

## Kontext des Terrors

Selbst norwegische Kommentare, welche eine Mitverantwortung der Fortschrittspartei ablehnen, wie jener des Parteienforschers Jo Saglie, räumen ein, dass es zumindest immer wieder einzelne PolitikerInnen gab, „die der Hass-Argumentation von Rechtsextremisten sehr nahe kamen“. Genau darin sehen aktive GegnerInnen der Fortschrittspartei den entscheidenden Kontext. Der Täter habe schließlich vor allem aus Hass auf alles Linke gehandelt, erklärte etwa der Vorsitzende der linken Roten Jugend Norwegens (RU) Iver Aastebøl zu den Attentaten. Gerade auch in den skandinavischen Ländern existieren, wie im übrigen Europa, inzwischen etablierte Rechtsparteien. Diese unterscheiden sich zwar in ihren Ursprüngen und im Außenauftreten. Sie haben grundsätzlich aber ähnliche Feindbilder und Themen, Losungen und „Lösungen“. Darüber hinaus gibt es zumindest in Schweden seit Jahren eine

## INFO & NEWS

### Auszug aus Wikipedia:

Unter dem Pseudonym Andrew Berwick stellte Breivik einen über 1.500-seitigen Text mit dem Titel 2083: A European Declaration of Independence (2083: Eine Europäische Unabhängigkeitserklärung) zusammen, und versandte ihn kurz vor den Anschlägen an 1.003 E-Mail-Empfänger. In der auf Englisch verfassten Schrift, deren Titelseite das Kreuz des **Templerordens** zeigt, ist von einer Bedrohung Europas durch „Multikulturalisten, Kulturmarxisten [...] und kapitalistische Globalisten“ zu lesen. Den Begriff Kulturmarxismus, den er oft synonym für den Multikulturalismus verwendet, stellt er dabei drei sogenannten „Hassideologien“ an die Seite, die zu bekämpfen seien: den Nationalsozialismus („anti-jüdisch“), den Kommunismus („anti-individuell“) und den Islam. Der Titel des Pamphlets bezieht sich auf die **Schlacht am Kahlenberg** 1683 und die amerikanische Unabhängigkeitserklärung.

extrem militante Szene. „Es ist augenscheinlich die Tat eines einzelnen Mannes, aber die Tat hätte auch ohne Kontext nicht funktioniert – diesen Kontext gibt es in allen westeuropäischen Ländern“, bringt es der norwegische Politikwissenschaftler Knut Heidar auf den Punkt. Dass gerade Österreich keine Ausnahme darstellt, unterstreicht demgegenüber Breivik selbst. Der Attentäter verlinkte sein Schreiben u. a. mit Texten von Elisabeth Sabaditsch-Wolff, die früher Islam-Seminare im FPÖ-Bildungsinstitut geleitet hatte. Ebenso hat



Nur wenige Tage nach dem Attentat veröffentlichte der österreichische Verfassungsschutz seinen jährlichen Bericht. Für 2010 gibt dieser an, dass von 1.411 erfassten Anzeigen nicht weniger als 1.040 klar dem rechten Lager zuzuordnen sind.

sich Breivik mehrfach positiv auf die FPÖ (und das BZÖ) bezogen.

### Distanzierung nur unter Krämpfen

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DOEW) hat die Reaktionen aus diesem etablierten Rechtsextremismus auf das Morden ausführlich dokumentiert. So hielten nicht nur Mario Borghesio, **LegaNord**-Abgeordneter zum Europaparlament, oder der französische Regionalpolitiker Jacques Coutela von der Front National Breiviks Ideen für gut bzw. Breivik selbst sogar für eine „Ikone“ im Kampf gegen eine „muslimische Invasion“. Auch in Österreich ließ der Kommentar des FPÖ-Abgeordneten Königshofer über einen kritischen Journalisten und dessen Meinung zum Attentat aufhorchen: „Unfassbar, von diesem ‚feinen Herrn‘ hat man noch nie etwas von der islamistischen Gefahr gehört, obwohl diese in Europa schon tausendmal öfter zugeschlagen hat.“ Ähnlich wie die Führungen der anderen großen Rechtsparteien, war allerdings auch die FPÖ-Spitze schnell um möglichst große Distanz zu Breiviks Tat und den relativierenden Stimmen aus den eigenen Reihen bemüht. Werner Königshofer wurde aus der FPÖ ausgeschlossen. Vom dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf abwärts waren allerdings auch die innerparteilichen Unmutsäußerungen über diese Form der Distanzierung unüberhörbar. Nur wenige Tage nach dem Attentat veröffentlichte der österreichische Verfassungsschutz seinen Jahresbericht. Für 2010 gibt dieser an, dass von 1.411 erfassten Anzeigen (580 Tathandlungen) nicht weniger als 1.040 klar dem rechten

Lager zuzuordnen sind. Besonders erschreckend: Die seit Jahren steigende Anzahl, wie auch der hohe Anteil an rechten Taten bei denen Gewalt im Spiel ist (weit mehr als ein Drittel). Allerdings: Beziehungen der FPÖ zur rechtsradikalen Szene – wie sie sogar der deutsche Verfassungsschutz aufgegriffen hat – fehlen im österreichischen Bericht. Peter Gridling, Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, erklärt dies ganz einfach damit, dass die FPÖ eine demokratisch gewählte Partei sei. Selbst für den bereits erwähnten Werner Königshofer, dessen Verbindungen zur militanten „Alpen-Donau.info“ 2011 von einem Wiener Gericht bestätigt wurden, negiert die Behörde Zusammenhänge beharrlich. Innenministerin Mikl-Leitner erblickt zudem weiter in islamistisch motivierten Straftaten das wesentliche Gefahrenpotenzial. Im Bericht ihrer Behörde wird für solche Straftaten allerdings nur ein verschwindend geringer Umfang angegeben.

### Diskussion hat erst begonnen

In Norwegen ist demgegenüber eine breite und zum Teil ganz andere Diskussion ausgebrochen. Nicht zuletzt angesichts der Versäumnisse des Sicherheitsapparates hat sich die offizielle Politik jeder polemischen Debatte über neue Polizeigesetze enthalten. Genau darin sehen viele Kommentare übrigens auch einen wesentlichen Grund für die Geschlossenheit, welche Bevölkerung und Politik zumindest nach dem Attentat ausstrahlte. Ebenso unübersehbar ist allerdings auch die Frage nach den Bruchlinien in der als wohlhabend und sozial geltenden norwegischen Gesell-

schaft als ein möglicher Nährboden des Terrors. Dass weder die Verbrechen Breiviks noch die bisherige Stärke der Fortschrittspartei auf die Existenz von knapp drei Prozent EinwohnerInnen mit muslimischem Hintergrund zurückzuführen sind, scheint dabei auf der Hand zu liegen. Vielmehr gibt es auch in Norwegen Diskussionen um Verteilungsfragen und den Abbau sozialer Leistungen. Konsensbeschlüsse, welche (Regierungs-)Parteien und Gewerkschaften hier z. B. über eine Rentenreform erwirkt haben, entsprechen keineswegs immer der Stimmung in der Gesellschaft bzw. rissen und reißen bisher unbekannte Gräben auf. Selbst bei den jetzt knapp nach dem Attentat durchgeführten Kommunalwahlen drückte die Enthaltung von einem Drittel der Wahlberechtigten eine weiter bestehende Skepsis gegenüber der etablierten Politik aus. Gleichzeitig hat Breiviks Tat tatsächlich viele Menschen wachgerüttelt; allerdings nicht so wie der Attentäter es beabsichtigte. Das aktive politische Engagement ist vor allem vonseiten der Jugendlichen in den vergangenen Wochen und Monaten deutlich gestiegen. Während die rechte Fortschrittspartei eine deutliche Wahlschlappe hinnehmen musste, verzeichnen linke und gewerkschaftliche Organisationen, insbesondere der Jugendverband AUF, eine regelrechte Welle von Neubertreten.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[johnevers@gmx.net](mailto:johnevers@gmx.net)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Mut und Courage

*Drei positive Beispiele von Menschen, die mit viel privatem Engagement und Zivilcourage gegen Rechts auftreten.*

**AutorInnen:**

Sophia-Therese Fielhauer-Resei und Christian Resei  
Freie JournalistInnen

**D**er Klagenfurter Ingeborg-Bachmann-Preis 2011 hat die Situation entscheidend verändert. Bis zum Erscheinen des Romans „Der Engel des Vergessens“ von Maja Haderlap wussten nur wenige KärntnerInnen, dass es den Peršmanhof überhaupt gibt. Dieses Museum, in der Nähe des Südkärntner Ortes Eisenkappel/Železna Kapla gelegen, ist den Kärntner Slowenen gewidmet. Als PartisanInnen leisteten viele während des Zweiten Weltkrieges Widerstand, aus reiner Willkür wurden slowenische Familien enteignet und ausgesiedelt, mussten als Knechte im deutschen Reich arbeiten.

## Gedenken am Peršmanhof

Am Peršmanhof, einem Ort, der als Partisanenstützpunkt galt, fand noch am 25. April 1945 ein Massaker statt. Die Bauernfamilie, die den Hof betrieb, wurde von NS-Einheiten erschossen, elf Tote waren zu beklagen. Das Peršmanhof-Museum passt so gar nicht in das Bild des offiziellen Kärntens: Es gibt keine Werbung und erst seit kurzer Zeit zeugt auch ein kleiner Wegweiser in Bad Eisenkappel von der Existenz der Gedenkstätte. Adresse und Öffnungszeiten: Koprein-Petzen/Podpeca 3, 9135 Bad Eisenkappel/Železna Kapla; Anfang Mai bis Ende Oktober, Freitag bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr.  
[www.persman.at](http://www.persman.at) oder [www.erinnern.at](http://www.erinnern.at)

Die Oberösterreicherin Gudrun Blohberger zog aus Liebe nach Kärnten und lebte dort acht Jahre lang, bevor sie

vom Peršmanhof erfuhr. Heute betreut die 40-jährige Pädagogin und Wissenschaftlerin das Museum. Die Ausstellung dokumentiert u. a. den Anschluss Österreichs, den Widerstand der Kärntner PartisanInnen und das Massaker am Peršmanhof. Daneben werden Veranstaltungen organisiert und die Vernetzung mit anderen Gedenkinitiativen betrieben. „Immer mehr Schulen und Gruppen kommen zum Peršmanhof“, erzählt Blohberger. Allerdings stammen diese BesucherInnen etwa aus Wien, der Steiermark oder Oberösterreich – aus Bad Eisenkappel hat noch niemand vorbeigeschaut.

Die Arbeit am Peršmanhof ist großteils ehrenamtlich. Gudrun Blohberger engagierte sich auch für weitere Projekte, etwa für einen Jugendaustausch zwischen SchülerInnen aus Moringen in Deutschland und der zweisprachigen Handelsakademie Klagenfurt. In Moringen, einer Kleinstadt in Niedersachsen, wurden drei Konzentrationslager betrieben; ab 1941 selbst ein Jugendkonzentrationslager, in das auch Jugendliche aus Südkärnten deportiert und zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden. In diesem – von der EU geförderten – Projekt konnten Jugendliche ein Jahr lang über dieses Themengebiet forschen.

Dementsprechend positioniert, sind auch die Rechten auf Gudrun Blohberger aufmerksam geworden. „Ich bekomme regelmäßig Briefe von einem alten Herren, der mir mitteilt, dass ich unbelehrbar sei und mich für die falsche Seite einsetzen würde.“ Auf der inzwischen verbotenen Neonazi-Homepage „Alpen-Donau.info“ wurde Blohberger als „Partisanenliebchen“ und „Partisa-

## BUCHTIPP

Arbeitskreis gegen den  
Kärntner Konsens (Hg.)

**Friede, Freude,  
deutscher Eintopf**

Rechte Mythen,  
NS-Verharmlosung und  
antifaschistischer Protest  
Mandelbaum, 2011, 280 Seiten, € 19,90,  
ISBN 978-3-854-76601-8



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

nennostalgikerin“ mit Foto vorgestellt. „Es hat lange gedauert, bis von der Justiz dagegen etwas unternommen wurde“, ärgert sich die Pädagogin und Wissenschaftlerin. Auch die zweisprachigen Ortstafeln haben das Leben in Kärnten nicht erleichtert. „Ich fand die Diskussionen über die zwei Sprachen immer sehr irritierend. Es war nichts davon zu bemerken, dass es selbstverständlich und bereichernd ist, zwei Sprachen und Kulturen in einem Land zu haben“, sagt die „Zugraste“.

Nur 56 Kilometer weiter liegt Karnburg am Fuße des Ulrichsbergs. „Als wir das erste Jahr am Ulrichsberg waren, haben wir vor allem recherchiert“, erzählt Josefine Broz, Pressesprecherin des Arbeitskreises gegen den Kärntner Konsens ([www.u-berg.at](http://www.u-berg.at) und [www.u-berg.at/texte/tafeln.htm](http://www.u-berg.at/texte/tafeln.htm)). Am Ulrichsberg, einem Hügel zwischen Klagenfurt und St. Veit, wird seit 1958 das Ulrichsbergtreffen veranstaltet. Eine einschlägig bekannte



„Doch zu 98 Prozent sind es Zeilen in einem großflächigen Graffiti, das ansonsten keine politische Aussage hat. Diese kleinen Schmierereien werden nicht gemeldet, die werden schnell hingeschrieben, wenn jemandem an der Bushaltestelle fad ist.“

Zusammenkunft von jungen und alten Rechten, Burschenschaftlern, noch lebenden Wehrmachtssoldaten und SSlern. Das Treffen findet meist im Oktober statt, der Höhepunkt ist die Feier auf dem Ulrichsberg. Dort befindet sich in einer verfallenen Kirche der „Ehrenhain“: Neben mehreren Gedenktafeln finden sich dort auch Erinnerungen an die Waffen-SS-Kameradschaft IV oder andere „internationale“ SS-(Kollaborations-)Verbände. „Wir haben nur einmal diese Tafeln fotografiert und recherchiert, welche Verbände das überhaupt sind“, berichtet Broz. Auffallend: Auch drei Tafeln des österreichischen Bundesheeres sind darunter.

Broz: „Das Besondere an diesem Treffen ist ja auch, dass es so wohlwollend in der Bevölkerung eingebunden ist.“ Bei der Organisation helfen Feuerwehr und Rettung, vom Klagenfurter Hauptbahnhof fahren Shuttle-Busse direkt zum Ulrichsberg. Alte Veteranen und Recken, die nicht mehr gehen konnten, wurden vom Bundesheer auf den Berg geführt. Prominente Redner stellten die ehemaligen Soldaten als Vorbild dar, nicht nur Jörg Haider war einer von ihnen. Sogar Josef Klaus hielt 1967 als aktiver Bundeskanzler die Festrede!

Seit 2005 finden als Gegenveranstaltung Demonstrationen in Klagenfurt oder Krumpendorf statt, wo es meistens im Rahmen des Ulrichsbergtreffens geschlossene Veranstaltungen gibt, „wo es richtig zur Sache geht“ – Haiders Rede, in der er die Kameradschaft IV als Vorbild bezeichnete, wurde in einem solchen Rahmen gehalten. Eine Störaktion: Der traditionelle Marsch auf den Ulrichsberg

begann 2007 erstmals mit erheblicher Verspätung, weil der Weg blockiert war. Deshalb wurde 2008 entsprechend reagiert: Die Polizei bildete einen Kessel um die DemonstrantInnen, damit sie nicht stören konnten. „Wir konnten trotzdem etwas erreichen. Als wir aufdeckten, dass der Veranstalter mit Nazidevotionalien handelte, zog das Bundesheer seine Unterstützung zurück.“ Im Jahr 2009 wurde die Feier offiziell abgesagt, in kleinerem Rahmen geht sie aber unvermindert weiter. Die Neonazis Gottfried Küssel (in U-Haft) und Hans Jörg Schimanek junior waren 2010 vor Ort. „Inzwischen ist es Militärangehörigen verboten, mit Uniform bei dieser Veranstaltung aufzutreten, doch der Verstoß wird nicht gerade hart bestraft.“ Ein Militärangehöriger musste eine Verwaltungsstrafe von 250 Euro bezahlen – kaum eine Summe, die vor Wiederholung scheuen lässt.

### Gegen rechte Schmierereien

Alexander Baumann ist Wiener Baumeister mit Courage. Neben traditioneller Bau- und Reparaturarbeit bietet Baumann ein ganz besonderes Service: 2007 gründete er die Beschmierungsambulanz. „Die Idee entstand bei einer Fahrt zu meinen Eltern nach Niederösterreich. Auf einem Stromverteilerkasten waren rassistische Schmierereien.“ Einen Monat später waren sie immer noch da. Baumann, engagierter Mediator, überlegte eine Kooperation. „Ich kannte ZARA aus den Medien und habe ein Mail an den Verein geschrieben.“ (Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit, [www.zara.or.at](http://www.zara.or.at)). Auf seiner Homepage [www.der-bau-mann.com](http://www.der-bau-mann.com) wirbt

der Baumeister: „Ihre Hauswand ist durch eine rassistische Beschmierung beschädigt und Sie wollen ein klares Zeichen gegen Rassismus setzen? Nehmen Sie doch die ‚Beschmierungsambulanz‘ in Anspruch.“ Baumanns Service ist kostenlos, es genügt, das Antragsformular auszufüllen. Nachdem Printmedien und TV im März 2007 über die Beschmierungsambulanz berichtet hatten, wurden bis 2008 rassistische Schmierereien gemeldet, und Alexander Baumann und Helfer konnten zur Tat schreiten. „Mittlerweile ist das Ganze eingeschlafen. Gott sei Dank gibt es offenbar keinen Markt dafür.“ Was nicht bedeutet, dass Baumann keine rassistischen Bosheiten an Wänden mehr ausmacht: „Doch zu 98 Prozent sind es Zeilen in einem großflächigen Graffiti, das ansonsten keine politische Aussage hat. Diese kleinen Schmierereien werden nicht gemeldet, die werden schnell hingeschrieben, wenn jemandem an der Bushaltestelle fad ist.“ Freilich kann Baumann auch nicht einfach zu einer Hausfassade gehen, sie übermalen oder mit Lösungsmitteln säubern – das bedarf der Zustimmung der HausbesitzerInnen, die es erst ausfindig zu machen gilt. Den Rechercheaufwand nimmt er gerne auf sich, wenn sich die Leute nur melden. Bei Gebäuden der Stadt wird die Gemeinde selbst aktiv, ebenso wie die Wiener Linien in ihrem Bereich.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die AutorInnen  
[sophia.fielhauer@chello.at](mailto:sophia.fielhauer@chello.at)  
[resei@gmx.de](mailto:resei@gmx.de)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Aktiv gegen rechts

*Die Initiative FairPlay und das Mauthausenkomitee Österreich kümmern sich mit Rat und Tat vor allem um junge Menschen, die politisch abdriften.*

Autorin: Astrid Fadler  
Freie Journalistin

**N**eben Aufklärungskampagnen und politischer Bildung ist die individuelle Betreuung von Auffälligen und Straffälligen ein wichtiger Faktor im Kampf gegen Rassismus, Nationalismus und rechte Ideen.

Die Zahl rechtsextrem motivierter Tathandlungen steigt seit Jahren kontinuierlich. 2010 gab es laut aktuellem Sicherheitsbericht des Innenministeriums 580 entsprechende Anzeigen, um 28 Prozent mehr als im Jahr davor (453). Polizei und Verfassungsschutz gehen weiterhin von einer relativ großen Dunkelziffer aus, führen den Anstieg der gemeldeten Delikte aber nicht zuletzt auch darauf zurück, dass die allgemeine Sensibilität für dieses Thema gestiegen ist.

Laut, aggressiv, mit Springerstiefeln, Bomberjacke und kahl geschoren – das Bild vom typischen Rechtsradikalen stimmt so nicht mehr. Mehr als 80 Prozent der Tatverdächtigen gehören keiner einschlägigen Szene an. Was geblieben ist: Rechtsextreme Straftäter sind nach wie vor männlich, nur rund fünf Prozent der 2010 angezeigten Personen waren Frauen.

## Vorübergehende Phase?

Im Verfassungsschutzbericht 2011 wird daher Rechtsextremismus auch als überwiegend männliche Adoleszenzerscheinung bezeichnet, die von den meisten irgendwann wieder überwunden wird. Übrig bleibt ein harter Kern von Unver-

besserlichen. Hier gäbe es einen Generationenwechsel, bei den einschlägigen Treffen waren 2010 erstmals mehr junge Männer zu sehen.

## Keine Programme für Aussteiger

Harald Embacher, heute Bewährungshelfer bei NEUSTART (Verein für Bewährungshilfe, Konfliktregelung, soziale Arbeit) arbeitete fünf Jahre lang als Streetworker mit Skinheads und Hooligans. Er legt Wert auf die Differenzierung zwischen rechtsorientiert und rechtsextrem: „Viele meiner Klienten sind rechtsorientiert, aber an den harten Kern, dort, wo es ums Arische geht, kommt man als Sozialarbeiter nicht heran.“ Spezielle Programme für Personen, die aus der Neonazi-Szene aussteigen wollen, gibt es in Österreich nicht.

Sein Kollege Jürgen Kaiser hatte mit einschlägig Vorbestraften bisher noch nicht zu tun. „Aber extrem rechtes Gedankengut, Rassismus etc. kommen bei unseren Klienten häufig vor, meist stellt sich das aber erst im Laufe der Betreuungsarbeit heraus.“ Die Motive, sich der rechten Szene anzuschließen, sind sehr unterschiedlich. „Aus meiner Sicht“, so Kaiser, „ist es wichtig zu verstehen, warum jemand diese Haltung an den Tag legt oder sich gar einer rechten Gruppierung anschließt. Absurderweise gibt es häufig Klienten mit Migrationshintergrund, die Politiker wählen, die einen (rechts-)radikalen Ansatz in der Migrationsfrage vertreten. Sie haben Angst, dass ihnen das, was sie sich erarbeitet haben, wegge-

## INFO & NEWS

### Rechte Ideen – transnational

In der rechten Szene sind sowohl Jugendliche als auch Erwachsene sehr mobil. Man trifft sich nicht selten bei Veranstaltungen außerhalb Österreichs, dort, wo nicht so viel verboten ist. Nach wie vor stehen österreichische Rechte in regem Austausch mit deutschen Gesinnungsgenossen. Aber entsprechendes Gedankengut kommt auch aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens oder aus der Türkei. Zum Teil gelten die entsprechenden Symbole und Logos (z. B. der **Grauen Wölfe** oder der **Ustascha**) unter den jungen Leuten der MigrantInnencommunity als cool. Viele sind in Österreich aufgewachsen, in der Schule haben sie vor allem österreichische Geschichte gelernt, über die Geschichte der Heimatländer ihrer Eltern erfahren sie in der Schule kaum etwas. Die TrägerInnen von Schmuckstücken (oder Tattoos) mit den Symbolen nationalistischer/rechter Organisationen wissen daher nicht immer genau, welche Statements sie damit eigentlich abgeben.

nommen wird. Sie erhöhen sich dadurch, dass es einen noch Schwächeren gibt, vor dem man sich schützen muss. Sie sind ja quasi schon die, die dazugehören.“

Wie man mit rechtsorientierten Jugendlichen am besten umgeht? Zuhören, akzeptieren, nichts dramatisieren, positive Alternativen aufzeigen. Sobald man auf die rechten Provokationen eingeht, macht ihnen das Ganze nur noch mehr Spaß.



**Fußballplätze und Eishockeystadien sind zwar weniger gefährlich als viele Medien uns glauben machen wollen, aber so mancher kommt (auch) dort mit rechten Sprüchen und Ideen in Kontakt.**

Fußballplätze und Eishockeystadien sind zwar weniger gefährlich als viele Medien uns glauben machen wollen, aber so mancher kommt (auch) dort mit rechten Sprüchen und Ideen in Kontakt. Erhöhte Gewaltbereitschaft ist eines der offensichtlichen Probleme: Militante Fußballfans verabreden sich in der sogenannten dritten Halbzeit außerhalb eines Stadions zum gegenseitigen Verprügeln. Dass Hooligans immer rechtsorientiert sind, ist ein Vorurteil. Der Ansatz der hier eingesetzten BetreuerInnen ist ebenfalls, individuell auf die Klienten einzugehen und an den Ursachen für erhöhte Gewaltbereitschaft und die Attraktivität rechter Ideen zu arbeiten.

### Initiative FairPlay

„Die Initiative FairPlay. Viele Farben. Ein Spiel.“ wurde 1997 im Rahmen des EU-Jahres gegen Rassismus mit Unterstützung der Europäischen Kommission und des BKA-Sport gestartet. FairPlay führt seitdem mit Verbänden, Vereinen, Fanclubs, MigrantInnen- und Jugendorganisationen Aktivitäten gegen Diskriminierung im österreichischen Fußball und Sport durch. Außerdem ist FairPlay auch im Schulbereich aktiv. Markus Pinter: „Zahlen dazu, wie verbreitet rechtes Gedankengut unter Fußballfans ist, gibt es nicht. Und von außen erkennbar sind Rechtsextreme nicht eindeutig. Auffällig werden ja zuerst nur die, die betrunken sind, andere anpöbeln oder gewalttätig werden. Es kann aber durchaus sein, dass gerade die Unauffälligen in der rechtsextremen Szene eine Rolle

spielen.“ Bereits Ende der 1970er-Jahre gab es in Österreich gezielte Fanarbeit mit StreetworkerInnen, derzeit gibt es keine speziellen Projekte mit Fans aller Altersstufen. StreetworkerInnen sind zwar nach wie vor bei jedem Heimspiel in den Fansektoren beider Wiener Vereine unterwegs, sie sind aber nur für die Altersgruppe 14 bis 25 zuständig. Von einer umfassenden sozialpädagogischen Fußballfanarbeit kann aber nicht mehr die Rede sein. Derzeit startet nur in Innsbruck ein Fanbetreuungsprojekt, ansonsten sollen FanbetreuerInnen der Klubs und szenekundige Beamte/Beamtinnen (SKB) des Innenministeriums Ausschreitungen verhindern.

### Einstiegsdroge Musik

Rechte Sager kommen nicht nur von (Möchtegern-)PolitikerInnen, sondern werden mittlerweile in allen Musikstilen von Hard Rock bis Hip-Hop verbreitet – ganz einfach übers Internet. Dort kann man auch die entsprechende Kleidung bestellen oder in Netzwerken mit Gleichgesinnten kommunizieren. „Die Kleidung wird cooler – modische Accessoires und Mainstream-Produkte versus Schlägeroutfits. Mit jugendkulturellen Codes auf der Kleidung, deren Bedeutung in der Regel nur in der Szene bekannt ist, outet man sich szeneeintern“, so die MKÖ-MitarbeiterInnen Christa Bauer und Willi Mernyi in ihrem Buch „Rechtsextrem“. Es ist also nicht immer einfach zu erkennen, wer zur rechtsextremen Szene gehört. Und auch nicht, wer hauptsächlich provozieren möchte und – angesichts entsprechender Wahlpla-

kate und PolitikerInnen-Statements – Rassismus & Co. einfach cool findet.

Seit 1997 kämpft das von ÖGB, Bischofskonferenz und Israelitischer Kultusgemeinde gegründete Mauthausenkomitee Österreich (MKÖ) gegen Wiederbetätigung, rechtsextremes Gedankengut und Rassismus. Ein wichtiger Bestandteil sind die Zivilcourage-Trainings, seit April 2010 wurden in rund 400 Workshops in ganz Österreich 6.000 Jugendliche trainiert. Die Zivilcourage-Trainings sind kostenlos und werden direkt vor Ort in den Räumlichkeiten von Schulen oder Bildungseinrichtungen durchgeführt. Ein Training dauert vier Stunden, Zielgruppe sind SchülerInnen und Lehrlinge ab der 10. Schulstufe.

**Außerdem bietet das MKÖ unter der Hotline 0810 500 190 die Möglichkeit, individuelle Fragen zu rechtsextremen Symbolen, einschlägiger Musik usw. zu klären. Für Probleme wie „Mein Kind/Freund/Schüler trifft sich mit Rechtsradikalen, was kann ich tun?“ gibt es eine Kooperation mit Rat auf Draht (147 – rund um die Uhr, kostenlos und österreichweit).**

Internet:

Mauthausen-Komitee Österreich  
[www.mkoe.at](http://www.mkoe.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[afadler@aon.at](mailto:afadler@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Neue Märkte für alte Ideen

*Mit rechtsextremer Musik, Kleidung, Propagandamaterial und fragwürdigen Antiquitäten werden Millionen Euro verdient.*

**Autor: John Evers**

*Erwachsenenbildner und Historiker*

**T**atort Wien-Opernpassage: In einer Geschäftsauslage wird eine Taschenbuchausgabe von Hitlers „Mein Kampf“ angeboten. Nach Protesten verschwindet das Buch zwar. Wenig später findet sich aber eine gebundene Version von Hitlers Werk im Schaufenster. Ein handgeschriebener Zettel preist das Buch sogar „mit Widmung“ des Autors für 150 Euro an. Willi Mernyi, Vorsitzender des „Mauthausen-Komitee Österreich“ (MKÖ), sieht in der Aktion des Geschäftsinhabers Harald Mayer eine gezielte Provokation. Der Fall wurde daher zur Anzeige gebracht. Szenenwechsel: Ausgerechnet im oberösterreichischen Braunau, dem Geburtsort von Adolf Hitler, befindet sich einer der zwei österreichischen Thor-Steinar-Läden. Diese rechte Bekleidungsmarke gilt mit ihren Aufdrucken und Symbolen als wichtiges Erkennungsmerkmal im einschlägigen Milieu. Robert Eiter, Sprecher des Oberösterreichischen Netzwerks gegen Rassismus und Rechtsextremismus, beschreibt den Laden als wichtigen Bezugspunkt für die rechte Szene in seinem Bundesland.

## Entwicklungen am rechten Markt

Andreas Peham vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DOEW) analysiert vor dem Hintergrund derartiger Erscheinungen das Geschehen am rechten Markt differenziert: „(Neo-)Nazistica und sonstige ‚rechte

Ware‘ werden vor allem über neonazistische Internet-Versandfirmen vertrieben. Das Angebot richtet sich vor allem an Jugendliche und umfasst Musik, Modeaccessoires, (historische) Publikationen, Fahnen, Abzeichen und Videos. Neben dem Versandwesen gibt es noch Flohmärkte, Geschäfte und Buchhandlungen, wo Einschlägiges – oft unter dem Ladentisch und in der Regel aus Profitstreben – zum Verkauf angeboten wird.“ Da sich vieles im Graubereich abspielt erscheint die Einschätzung der Marktentwicklung zwar nicht einfach, auf der Hand zu liegen scheint eine Verlagerung und Professionalisierung – analog zu allgemeinen Entwicklungen in der (jugendlichen) rechtsextremen Szene. Mernyi vom MKÖ dazu: „Wie groß der Markt genau ist, können wir natürlich nicht abschätzen. Aber was klar ist, es gibt diesen Markt und er wird jedes Jahr professioneller, die Marken auch ‚cooler‘. Sie bedienen sich nicht des rechtsextremen/Skinhead-Schlägerimages, sondern coole Hochqualitätsrechtsextremistenkleidung hat dieses ersetzt.“ Ganz ähnlich schätzt auch Andreas Peham diese Situation ein: „Zum Umfang bzw. Volumen verkaufter ‚rechter Ware‘ in Österreich liegen keine konkreten Zahlen vor. Es ist aber davon auszugehen, dass gerade bei einschlägigen Angeboten aus den Bereichen Musik und Mode über die gefestigte neonazistische Szene hinaus eine größere Anzahl von (vor allem männlichen) Jugendlichen angesprochen wird.“

Dass die Ausbreitung und Veränderung des rechten Marktes im Kontext einer zuweilen bedrohlichen Entwicklung stattfindet, betont auch Robert

## BUCHTIPP

Christa Bauer,  
Willi Mernyi  
**Rechtsextrem**  
Symbole, Codes,  
Musik, Gesetze.



ÖGB-Verlag, 2010,  
74 Seiten, € 19,80  
ISBN 978-3-7035-1433-3

### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

Eiter. Die Anzahl rechtsextremer Vorfälle sei schließlich ebenfalls in den letzten fünf Jahren drastisch angestiegen: „Unserer Wahrnehmung nach ist Oberösterreich hier leider eine Hochburg.“ Einige Städte wie Wels oder Ried und nun auch Braunau stellen seit vielen Jahren Brennpunkte von Szeneaktivitäten dar. Auch die geografische Nähe zu Gruppen und Aktivitäten aus Deutschland dürfte hier eine Rolle spielen. Für diese deutsche Szene konstatiert das „Netz-gegen-Nazis.de“ jedenfalls, dass „geschäftstüchtige Neonazis“ inzwischen Millionenbeträge durch den Verkauf von rechtsextremer Musik, Kleidung und Propaganda-Material verdienen. (Allein für Thor Steinar kursieren bereits ältere Zahlen mit Jahresumsätzen zwischen 1,2 und 1,8 Mio. Euro.) Als zentrales Problem für Oberösterreich sieht Eiter jedenfalls, dass es von politischer Seite oft wenig Sensibilität für derartige Fragen gäbe. Insbeson-

**Tatort Wien-Opernpassage: In einer Geschäftsauslage wird eine Taschenbuchausgabe von Hitlers „Mein Kampf“ angeboten. Nach Protesten verschwindet das Buch zwar. Wenig später findet sich aber eine gebundene Version von Hitlers Werk im Schaufenster. Ein handgeschriebener Zettel preist das Buch sogar „mit Widmung“ des Autors für 150 Euro an.**



dere der Landespolitik fehle es aktuell (auch) in der Causa „rechter Handel“ an einer Gegenstrategie.

### Gegenstrategie 1: Sensibilisierung

Harald Mayer, der Verkäufer von „Mein Kampf“ in der Wiener Opernpassage, rechtfertigt sein Handeln in der Öffentlichkeit nicht untypisch: Die Leute würden derartiges eben „gern“ kaufen. Die Ablehnung dieser Art der „Gewerbefreiheit“ nehmen Organisationen wie das MKÖ als eine ihrer zentralen Verantwortungen wahr. Das Repertoire der Gegenmaßnahmen reicht hier im Regelfall vom freundlichen Gespräch über die Öffentlichmachung bis zur – wie in Mayers Fall – Anzeige. Vielfach war man mit dieser Sensibilisierungsarbeit bereits erfolgreich. Andreas Peham beschreibt hier grundsätzlich auch eine zentrale Funktion von Gewerkschaften: „Da der Rechtsextremismus im Kern die konformistische und legitimierende Verarbeitung von sozialer Ungleichheit darstellt und gleichzeitig in sozialdemagogischer Manier von sich behauptet, die Interessen der (inländischen) unselbstständig Beschäftigten („kleinen Leute“) zu vertreten, sind die Gewerkschaften gefordert – nicht zuletzt aufgrund der antisozialen und antigewerkschaftlichen Agenda der extremen Rechten. In der gewerkschaftlichen (Bildungs-) Arbeit sollte dem verstärkt Rechnung getragen werden.“ Martin Müller, Betriebsratsvorsitzender des Vereins Wiener Jugendzentren, stimmt dem in seinem eigenen gewerkschaftlichen Verständnis nicht nur grundsätzlich zu. Er weist darüber hinaus auch noch auf einen weiteren in-

teressanten Aspekt im praktischen Umgang mit rechten Markenartikeln hin: „Jugendliche sind für derartiges Gedankengut umso empfänglicher, je weniger Chancen sie in der Gesellschaft finden. Es ist wichtig, die Symbole und Codes zu kennen und zu erkennen, um entsprechend reagieren zu können. Das beschränkt sich nicht nur auf Nazi-Symbolik. Es gibt auch Rechtsradikale mit kroatiscem, türkischem oder serbischem Hintergrund. Nationalismus und Rassismus ist keine Frage der Herkunft.“

### Gegenstrategie 2: Mobilisierung

Im Umgang mit Phänomenen wie den Thor-Steinar-Läden handelt es sich in der Regel um eine direkte Konfrontation mit einer gut organisierten Szene. Dieser Konflikt besitzt somit eine andere Dimension als die Auseinandersetzung mit einigen Flohmarktständern und Antiquitätenhändlern, die sich (ebenfalls) auf die Gewerbefreiheit berufen. Konkret hat seit der Existenz des rechten Ladens in Braunau die rechte Szene immer wieder dazu aufgerufen, gegen die örtlichen AntifaschistInnen mit Gewalt vorzugehen. Angesichts solcher Gefahren beinhaltet die antifaschistische Konfliktkultur in vielen europäischen Staaten daher schon längst selbst das Mittel der aktiven Blockade rechtsextremer Aktivitäten. 2010 ließ sich mit Wolfgang Thierse sogar ein deutscher Parlamentsvizepräsident im Rahmen einer solchen Protestform von der Exekutive abtransportieren. Dass im Zentrum solcher antifaschistischer Aktivitäten auch der Kampf gegen die Versuche der rechtsextremen Szene steht, ihre

Designerläden strategisch zu positionieren, zeigt ebenfalls ein Blick über die Grenze. Immer wieder wurde weniger als 200 km von Braunau entfernt zur Blockade eines entsprechenden Shops in Nürnberg aufgerufen. Vonseiten der Gewerkschaft ver.di wird in diesem Zusammenhang zumindest von der zeitweiligen Schließung des Ladens berichtet. Auch in Braunau hat die Eröffnung des Thor-Steinar-Ladens zu einer breiten Welle der Gegenmobilisierung geführt. Das hier sehr aktive Bündnis „Braunau gegen rechts“ umfasst zahlreiche Personen und Gruppen, gerade auch aus dem gewerkschaftlichen Bereich. Wie breit die Ablehnung gegenüber dem Laden in Braunau ist, zeigen nicht zuletzt die Versuche der Stadtpolitik, die Hauseigentümerin bei der vorzeitigen Beendigung des Mietverhältnisses mit dem Pächter Thoralf Meinel zu unterstützen. Allerdings: Diese Ansätze blieben ebenso erfolglos wie – im Gegensatz zu vergleichbaren Fällen in Deutschland – der Gang vor das Gericht. Im November 2009 wurde sogar ein zweiter Thor-Steinar-Laden in Schwaz/Tirol eröffnet. Zivilcourage und aktive Protestformen könnten also auch hier (weiter) gefragt sein.

Internet:

Link zum Buch des MKÖ:  
[www.rechtsextrem.at](http://www.rechtsextrem.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[johnnevers@gmx.net](mailto:johnnevers@gmx.net)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Wörter können wehtun

*Sprache ist mächtig – sie formt Gedanken und Bilder. Das wissen und nutzen auch junge RapperInnen mit migrantischem Hintergrund.*

Autorin: Lisa Seidl  
Freie Journalistin

**N**egerkuss, Zigeunerschnitzel, Schwarzarbeit – manche Wörter sind eindeutig, manche weniger offensichtlich mit der Diskriminierung einer Minderheit verbunden. Aber wie wichtig ist die antirassistische Sprachkritik für Menschen, die mit Sprache arbeiten, selbst MigrantInnen sind oder gegen Rassismus auftreten? Wie weit darf ein/e KünstlerIn gehen, und was ist zu viel? Wenn Sprache aber auch hilft, mit Themen wie Rassismus, Sexismus oder Homophobie satirisch umzugehen, wie es besonders in textorientierter **Rap-Musik** der Fall ist, ist dann alles erlaubt, was „Spaß“ macht?

## Zu hart für den Index

Massimo ist Rapper in Berlin und in der Live-Produktion der Berliner Hip-Hop-Formation K.I.Z. tätig. Er selbst und die Band nehmen kein Blatt vor den Mund. So kann es sogar passieren, dass K.I.Z. immer wieder für Erklärungsnot bei der BPJM, der Deutschen Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, sorgt. Um nicht auf den Index zu kommen, muss hier bewiesen werden, dass die vermeintlich sexistischen, rassistischen oder homophoben Äußerungen ironisch gemeint sind.

Auch für Massimo gibt es kaum Tabus. Denn Lachen entkräftet die harten Aussagen und schafft es, ernste Themen in ein anderes Licht zu rücken und auf die Realität aufmerksam zu machen.

„Das Augenzwinkern kann man heraus-hören!“, meint der Deutsche mit dem ägyptischen Vater. Seinen schwarzen Freund Tarek von K.I.Z. mit „Neger“ anzusprechen würde ihm jedoch nie einfallen. „Jemanden persönlich anzugreifen“ wäre für ihn die Grenze der sprachlichen Freiheit, allgemeine Aussagen dürfen auch schon mal den **Major-Labels** nicht gefallen. Denn künstlerische Freiheit muss es doch geben. Auch wenn besonders in der amerikanischen, aber auch in der deutschen Hip-Hop-Szene in manchen Kreisen das „N-Wort“ gang und gebe ist, treten doch auch einige dagegen auf. Aber selbst das harmloser klingende „Farbiger“ kann Diskussionen hervorrufen. Sprachkritisch betrachtet könnte man argumentieren, dass „Weiße“ doch auch „Farbe“ hätten.

## „Straight outta Kärnten“

Dass die Truppe um K.I.Z. rechtes Gedankengut verbreite, klingt sowieso absurd, sieht man das politische Engagement von Mitgliedern der Band. Nico und Maxim kandidierten schon für die Wahl der Bundesversammlung in Berlin für Die PARTEI des „Politclowns“ **Martin Sonneborns**. Regelmäßig sieht man auch auf ihren Konzerten Anti-Faschismus-Flaggen der Fans gehisst. Mit ihrem kritischen Jörg-Haider-Trauerlied „Straight outta Kärnten“ zeigen sie, dass K.I.Z. auch für österreichische Politik ein offenes Ohr haben. Auch homophob ist die Band keinesfalls. Im Hip-Hop ist das Thema ein Tabu, aber mit einem Männerkuss in „Geld essen“ geht die Band

provozierend mit der Diskriminierung um. „Das Wort Schwuchtel wird gebraucht, ist aber keinesfalls sexuell diskriminierend gemeint!“, so Massimo. Genau so wie die Tatsache, dass im Management der Band ein sehr ausgeglichenes Frauen- und Männerverhältnis herrscht, ein gutes Argument gegen vermeintlich sexistische Aussagen ist.

## „Machen Integration!“

Sprache kann auf viele Arten Vorurteile ausdrücken. Nicht nur rassistische Wörter oder Redewendungen können Ausdruck von Alltagsrassismus sein. Auch das vorschnelle Du-Wort oder grammatikalisch falsche Sätze zeigen Betroffenen, welche sprachliche Kompetenz und welchen Platz in der sozialen Hierarchie sein/ihr Gegenüber annimmt. Für die deutschsprachige Meisterin im **Poetry-Slam**, Yasmo, liegt die sprachliche Diskriminierung in der Grammatik. Ihr Papa, in den 90ern aus Tunesien nach Wien gekommen und Unternehmer, spaßt oft ironisch „Machen Integration!“ über die absurden Ausdrucksweisen gegenüber MigrantInnen. Warum manchen Menschen unterstellt wird, die deutsche Sprache nicht zu beherrschen, weil sie anders aussehen, versteht die 21-Jährige nicht. Selbst wenn es so ist, sollte man ihnen mit richtigen Sätzen die Möglichkeit geben, die Sprache zu erlernen.

Die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen, sei in Österreich oft gar nicht so gegeben, erzählt Yasmo. Sprachkurse geben nicht die dauerhafte Begleitung beim Erlernen, wie es sein

sollte, und knallharte Selbstdisziplin muss man dabei schon mitbringen, um zum gewünschten Erfolg zu gelangen. Denn viele Fremdsprachler würden sich, trotz abgeschlossenem staatlichem Deutschkurs, auf die Grundlagen des Deutschen beschränken. Was nicht am Engagement der Beteiligten läge, sondern an der Kürze der Kurse. So habe Yasmos Cousin, vor fünf Jahren aus Tunesien nach Deutschland gekommen, eine viel umfassendere Deutschausbildung genossen als ihre Stiefmutter in Österreich.

### Unterschiede sind da und gut so

Die Rapperin und Poetin möchte die Realität auch nicht schönreden: „Unterschiede sind da und sind toll und gut so“, und man sollte auch darüber sprechen. Generell sind daher für Yasmo kaum Redewendungen oder Wörter tabu, auch wenn sie diskriminierend wirken, jedoch muss man zu der Aussage stehen können, meint Yasmo.

Der Inhalt der Aussage und der Kontext sind immer noch am wichtigsten, die Kompetenz der Hörerschaft Satire zu erkennen, wird in der Szene vorausgesetzt. Manche Menschen leben jedoch „ohne Selbstbildung mit ihrer Kronzeitung glücklich“, und das ist schade, denn „manche Ideologien hätten mit nur ein bisschen Reflexion gar nicht überzeugen können“.

Yasmo wird von ihrem Publikum verstanden, man weiß, wie sie es meint und reduziert sie nicht auf einzelne aus dem Zusammenhang gerissene Aussagen. Feminismus beginnt auch nicht in überkorrekter Sprache, sondern in der Realität. Wenn sie „Bitch“ sagt, können beide Geschlechter gemeint sein, „Männer und Frauen sind bei mir 100 Prozent gleichberechtigt“.

Kid Pex macht österreichisch-kroatischen Rap. Er erklärt, dass „Tschusch“, das urwienische Wort für Kroaten, Serben und Bosnier, gar keinen bösen Ursprung hat. Denn Čuješ (Hörst du mich?) kommt vom klassischen Gastarbeiter des ehemaligen Jugoslawiens, von der Baustelle, und wird noch immer jeden Tag verwendet. Es wird nicht verschwinden, und ohne es zu glorifizieren, möchte Kid Pex dieses vermeintlich ab-

fällige Wort annehmen und „feiern“. Denn „der Tschusch hat's geschafft“, kann er stolz sagen.

Mit „Gastarbeiterlife“ war der „Tschuschenspitter“ schon auf Platz 54 der österreichischen Long-Player-Charts. In anderen Kunstformen hätte er vielleicht nicht den Mut zu dieser Ironie. Hip-Hop ist doch sehr offen und ehrlich, meint er. Vielleicht ist die lange Tradition des „Dissens“, des verbalen Beschimpfens des Konkurrenten, im Hip-Hop eine sprachliche Möglichkeit und ein Anlass, über den Ursprung der Wörter und deren Interpretation nachzudenken.

Unterschiedliche Methoden des „Songschreibens“ bringen aber jeden/jede der drei RapperInnen zu einem Schluss: Der Inhalt der Aussage ist entscheidend, und das muss man vertreten können. Wenn aber Textzeilen aus dem Biotop des Hip-Hop ins kommerzielle Scheinwerferlicht treten, kann auch ein verzerrtes Bild entstehen.

### Balkan-Konzerte und „Ich bin Wien“

Medienecho hat der „Tschusch“ Kid Pex durch seine Provokation auf jeden Fall bekommen. Obwohl es oft auf den „Aufhänger“ beschränkt blieb und „Ernstes nicht wahrgenommen worden ist“, lässt sich Kid Pex nicht entmutigen. Vielleicht will er deshalb nach dem Erfolg seines Songs mehr Konzerte am Balkan geben. Obwohl, ein Gastspiel beim nächsten SPÖ-Wien-Sampler „Ich bin Wien“ gibts dann doch noch.

Internet:

Yasmo auf myspace:

[www.myspace.com/yasmomc](http://www.myspace.com/yasmomc)

K.I.Z.:

[www.k-i-z.com](http://www.k-i-z.com)

Kid Pex auf myspace:

[www.myspace.com/kidpex](http://www.myspace.com/kidpex)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin

[h0701971@wu.ac.at](mailto:h0701971@wu.ac.at)

oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



**Negerkuss, Zigeunerschnitzel, Schwarzarbeit**  
– manche Wörter sind eindeutig, manche  
weniger offensichtlich mit der Diskriminierung  
einer Minderheit verbunden.

# Fremde Nachbarn

*Türkische bzw. islamische Einrichtungen sorgen immer wieder bei AnrainerInnen für Ängste und Vorbehalte.*

Autorin: Astrid Fadler  
Freie Journalistin

**W**ir schreiben den Oktober 2009: Eine Gruppe von KleingärtnerInnen aus Wiener Neustadt hat beschlossen, den Kampf gegen ein geplantes islamisch-türkisches Zentrum in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft aufzunehmen. Sie nennen sich fortan die Gartengallier, den (SP-)Bürgermeister nur noch Imperatorix und finden bald MitstreiterInnen unter den GemeindepolitikerInnen.

Die Website der Gartengallier ist äußerst umfangreich; laufend informieren Scheiberix, Schülerix & Co. Interessierte über den Stand der mittlerweile begonnenen Bauarbeiten. Lieferwägen und BaustellenbesucherInnen werden fotografiert etc. Auf den ersten Blick erscheint manches vielleicht sogar ganz witzig, doch man braucht angesichts der gallischen Rundumschläge gegen die Stadtregierung, die Grünen, die SPÖ, die EU und viele mehr kein außergewöhnliches psychologisches Einfühlungsvermögen, um zu vermuten, dass die Chancen für ein Aufeinanderzugehen, für gute Nachbarschaft hier äußerst gering sind.

## Der Kampf geht weiter

Ein Mediationsverfahren wurde ohne konkretes Ergebnis beendet. Ende 2010 wurde die Baugenehmigung – mit einigen freiwilligen Änderungen seitens des türkischen Vereins Havas – erteilt. Die Gartengallier bleiben weiter wachsam, bei den nächsten Gemeinderatswahlen

möchten sie für den Gemeinderat kandidieren.

Ein ähnlich großes islamisch-türkisches Kulturzentrum (mit Einkaufsladen, Schulungs- und Gebetsräumen plus Kindergarten) wird demnächst in Wien-Floridsdorf entstehen. Die AktivistInnen der dortigen Bürgerinitiative Rappgasse/Umgebung haben sich Anfang 2010 zusammengeschlossen. BI-Sprecherin Leopoldine Weidinger: „Das Zentrum, zu dem etwa an Freitagen mehrere Hundert Menschen kamen, wurde ursprünglich ohne Genehmigung, ohne jegliche Information der AnrainerInnen in einer alten Fabrikshalle eröffnet. Erst nach unseren massiven Protesten und mit Unterstützung der Volksanwaltschaft wurde es schließlich geschlossen.“ Mittlerweile gibt es eine Baugenehmigung, der Eingang zum Zentrum wurde von der nur 200 Meter langen Rappgasse in die Koloniestraße verlegt. Die AktivistInnen der BI Rappgasse sind gespannt, was die Zukunft bringen wird. „Ich habe nichts gegen Religion, gegen Vielfalt oder Multikulti, ich bin selbst viel gereist“, so die BI-Sprecherin, die sich nicht ins rechte Eck drängen lassen will. „Wir legen Wert auf Zusammenarbeit und Kommunikation. Und wir hoffen, dass sich die Besucher des Zentrums an die Gesetze halten werden.“

## Moschee ade

Im Jänner dieses Jahres haben sich die Bürgerinitiativen Rappgasse/Umgebung, Dammstraße (unter [www.moschee-ade.at](http://www.moschee-ade.at) im Netz), Troststraße/Muhrengasse und

die Gartengallier aus Wiener Neustadt zum Dachverband „Bewegung Pro Österreich“ zusammengeschlossen. In der Dammstraße in Wien-Brigittenau kämpft die BI gegen den Ausbau einer Moschee des islamisch-türkischen Vereins ATIB. Vor allem durch das geplante Veranstaltungszentrum werden bis zu 1.500 BesucherInnen pro Tag erwartet. Die BI, unter anderem unterstützt von Ex-FPÖ-Politiker Hans-Jörg Schimanek, wirft den BezirkspolitikerInnen Wortbruch vor, da diese sich schon in den 1990er-Jahren gegen die Errichtung derartiger Großprojekte in verbautem Gebiet ausgesprochen haben sollen.

## Gleiche Argumente und Ängste

Ganz ähnliche Vorbehalte, Probleme und Auseinandersetzungen gibt es in ganz Österreich (und in vielen anderen Ländern) sobald bekannt wird, dass irgendwo ein islamisches Kulturzentrum oder eine Moschee entstehen soll. Die Argumente und Ängste sind fast überall die gleichen: Ruhe- und Lebensstörung (die südländische Lebensart finden die meisten EuropäerInnen eben nur im Urlaub charmant – sofern sie nicht direkt unter dem eigenen Hotelzimmer stattfindet), Parkplatznot etc.

Man argumentiert auch damit, dass es der Integration nicht gerade dienlich ist, wenn sich türkische MitbürgerInnen ihre eigenen Rückzugsorte schaffen, ja sogar eigene Kindergärten und Schulen bauen. Umgekehrt könnte man natürlich auch die Frage stellen, warum das Bedürfnis nach einem Rückzugsort bei vielen Moslems/Türken/-innen so groß zu sein scheint. Wären sie im Beisl ums

Eck tatsächlich willkommen? Manche Gründe für Ängste und Vorbehalte gegenüber vielen türkischen/islamischen Einrichtungen sind vermutlich viel diffuser. Die Tatsache, dass der Islam nicht nur eine Religion ist, sondern auch ein Gesellschafts- und Politikmodell, also so gut wie alle Lebensbereiche erfasst, ist so manchen nicht geheuer. Neben Begriffen wie Scharia, Zwangsheirat oder Dschihad wurde sogar das schon seit vielen Jahrzehnten in Österreich heimische Kopftuch zum Reizwort. „Weil Europa im globalen Vergleich wohlhabend ist, zugleich aber demografisch vergeist und überdies durch die Verdrängung seines christlichen Erbes in eine schwere Identitätskrise geraten ist, fürchtet es jene Nachbarn, die im Kontrast dazu leben, also wirtschaftlich ärmer sind, demografisch jung und sich ihres islamischen Erbes höchst bewusst“, so der Islamexperte und Theologe Stephan Baier auf der Veranstaltung „Das Unbehagen mit der Religion“ im vergangenen Juni. Ängste gäbe es auf beiden Seiten, denn schließlich dominiere der Westen seit zweihundert Jahren die islamische Welt und nicht umgekehrt.

Zurück in die Niederungen der lokalen Politik: Dass PolitikerInnen geplante Kulturzentren bzw. deren Ausbau manchmal möglichst lange verschweigen, auf Anfragen von AnrainerInnen erst nach Monaten reagieren, fördert weder das gegenseitige Verständnis noch die Deeskalation.

## Religion und Politik

Mit rund 90.000 Mitgliedern kann man den türkisch-islamischen Kulturverein ATIB wohl als Big Player der türkischen Community bezeichnen. Er ist derzeit Bauherr mehrerer Projekte in Österreich (z. B. Dammstraße, Rappgasse, Kufstein). Die Initiative Liberaler Muslime in Österreich (ILMÖ) etwa steht dem rührigen Verein kritisch gegenüber, da dessen Vorsitzender Seyfi Bozkuş auch beim staatlichen türkischen Amt für religiöse Angelegenheiten (der höchsten islamischen Autorität der Türkei) ... und in der türkischen Botschaft in Wien als Diplomat (Botschaftsrat) angestellt ist. Dadurch vermische er staatliche und religiöse Aufgaben, was gegen den in der

österreichischen Bundesverfassung festgelegten Grundsatz der Trennung von Staat und Religion verstoße.

## Seit 1912 Islam anerkannt

Laut Islamischer Glaubensgemeinschaft (IGGiÖ) gibt es in Österreich insgesamt 190 Moscheen, betrieben werden die meisten von den beiden großen Vereinen ATIB und AIF (Islamische Föderation Österreich). Moscheen mit Minaretten gibt es nur wenige, meist wird während der Planungsphase mit der örtlichen Bevölkerung lange um die Höhe der Minarette gefeilscht.

1912 wurde der Islam als Religion anerkannt und den Muslimen Selbstbestimmung zugesichert. Seit 1983 wird in Österreich Islamunterricht für alle muslimischen SchülerInnen durch die IGGiÖ abgehalten, in den letzten zehn Jahren entstanden auch islamische Kindergärten und Schulen, die nach dem österreichischen Lehrplan unterrichten und zusätzlichen Religionsunterricht auf freiwilliger Basis anbieten. Derzeit gibt es im gesamten Bundesgebiet vier Volksschulen, zwei Hauptschulen, ein Gymnasium sowie eine berufsorientierte islamische Fachschule für soziale Bildung. Insgesamt leben mehr als 500.000 Muslime in Österreich, die weitaus größte Gruppe davon hat türkische Wurzeln.

Im Übrigen hat die IGGiÖ Ende 2010 mit der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes (nach einer Beschwerde der **Aleviten**), dass es in Österreich mehrere islamische Religions- bzw. Bekenntnisgemeinschaften geben darf, ihren bisherigen Alleinvertretungsanspruch für die österreichischen Muslime verloren.

Internet:

Zentralrat der Ex-Muslime  
in Österreich:  
[www.exmuslime.at](http://www.exmuslime.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[afadler@aon.at](mailto:afadler@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



Es muss nicht immer gleich eine Moschee inklusive Minarett und Muezzin geplant sein, um bei den AnrainerInnen für schlaflose Nächte zu sorgen. Auch architektonisch unauffällige islamische Kulturzentren stoßen auf massive Widerstände.

# Respekt! – kein Platz für Rassismus

*In Deutschland kooperiert die IG Metall erfolgreich mit dieser Initiative.*

**Autorin: Ulrike Obermayr**

*Bereichsleiterin der gewerkschaftlichen  
Bildungsarbeit beim Vorstand der IG Metall*

**D**ie Initiative „Respekt! – kein Platz für Rassismus“ wird von der IG Metall seit März 2011 unterstützt. Die Initiative hat in kurzer Zeit eine relativ hohe Aufmerksamkeit erzielt. Sie behandelt das Thema Respekt und Rassismus im Alltag. Mithilfe der IG Metall wird das Thema mit großer Resonanz in die betriebliche Öffentlichkeit getragen. Die Diskussionen auf diversen Veranstaltungen zeigen: Das Thema „Respekt“ trifft einen Nerv. Es gibt das Bedürfnis, über Anerkennung und Respekt im betrieblichen und gesellschaftlichen Alltag zu diskutieren.

## Start am grünen Rasen

Der Bereich der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit hat die Initiative mit seinem Vorstandsmitglied Bertin Eichler vorangetrieben. Er hat sich dafür stark gemacht, dass wir die Kooperation eingehen und gestalten konnten: „Nirgendwo sonst kommen im täglichen Leben so viele Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Kultur zusammen, wie in der Arbeitswelt. Wir wollen einen respektvollen Umgang auf allen Hierarchiestufen – sowohl bei den MitarbeiterInnen untereinander als auch von Vorgesetzten gegenüber ihren MitarbeiterInnen und natürlich auch gegenüber ihren Leistungen.“ Die Frankfurter Initiative „Respekt! – kein Platz für Rassismus“<sup>1</sup> hat ihre Wurzeln im Sport. Mit der ur-

sprünglichen Botschaft „Kein Platz für Rassismus“ ging es zunächst darum, bei den Fußball-Fans für mehr Respekt auf dem grünen Rasen zu werben. Rassistische Pöbeleien oder schwulenfeindliche Sprüche sind oft Alltag in den Fußballstadien. Nachdem das Respekt-Schild in vielen Fußballstadien öffentlichkeitswirksam aufgehängt wurde, ist die Idee 2009 weiter entwickelt worden, und aus dem Gebot wurde eine Botschaft „Respekt!“. Viele MitstreiterInnen und BotschafterInnen aus Sport und Kultur, wie zum Beispiel Jürgen Klopp, Trainer von Borussia Dortmund, und Schauspieler Peter Lohmeyer, der ZDF-Sportjournalist Thomas Wark, der Comedian Bülent Ceylan, unterstützen seitdem mit vielen anderen Prominenten tatkräftig die Initiative. Neue Schirmherrin ist die ehemalige Fußballnationalspielerin Sandra Minnert. Sie ist Nachfolgerin von Steffi Jones, die weiterhin engagierte Botschafterin bleibt. Die Aktion hat eigene Leitlinien und wird über verschiedene Kanäle verbreitet. Empfehlenswert ist ein Blick auf die Internetseite [www.respekt.tv](http://www.respekt.tv). Augenfällig ist das Metallschild, das mit einfachen Worten zum Denken und Handeln aufrufen soll. Ziel ist es, das Schild in vielen Betrieben, Schulen, Sportvereinen und anderen öffentlichen Einrichtungen anzubringen.

Über 450.000 Menschen haben seit März 2011 an Veranstaltungen der IG Metall teilgenommen, bei denen die Initiative vorgestellt, Schilder angebracht oder Diskussionen zum Thema

<sup>1</sup> Initiator der Initiative ist Lothar Rudolf, Geschäftsführer der gemeinnützigen GmbH Respekt, gelernter Schriftsetzer und Inhaber einer Medienagentur in Frankfurt.

## BUCHTIPP

Ulrike Obermayr, Bertin Eichler  
und Lothar Rudolf (Hg.)

### Respekt

100 Frauen –  
100 Geschichten  
Bund-Verlag, 2011,  
240 Seiten, € 41,10,  
ISBN 978-3-766-36140-0



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

geführt wurden. Bei Veranstaltungen wie Betriebsversammlungen, Sommerfesten, Fußballturnieren, JugendvertreterInnen-Versammlungen, Delegiertenversammlungen etc. wurde die Initiative aufgegriffen, um das Thema Ungleichheit im Betrieb an unterschiedlichen Punkten aufzuzeigen. Hier ging es um Themen wie die Übernahme nach der Ausbildung, die Situation der LeiharbeiterInnen, Karrierechancen von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Die „Respekt!“-Initiative verstehen wir als Kommunikationsplattform für die Diskussion dieser Themen von struktureller Ungleichheit und Diskriminierung im Betrieb.

## Einladung zur Beteiligung

Die große Resonanz ist aus meiner Sicht darauf zurückzuführen, dass das Konzept einfach und gestaltungsoffen ist. Alle Interessierten sind eingeladen sich zu beteiligen, es gibt keine Vorgaben. Es wurden

Augenfällig ist das Metallschild, das mit einfachen Worten zum Denken und Handeln aufrufen soll. Ziel ist es, das Schild an vielen Betrieben, Schulen, Sportvereinen und anderen öffentlichen Einrichtungen anzubringen.

Download: [tinyurl.com/c326md6](http://tinyurl.com/c326md6)



Filme gedreht, Kreativworkshops zum Thema organisiert und vieles mehr. VW Braunschweig hat mit 1.000 KollegInnen im Rahmen einer Betriebsversammlung eine imposante Aktion gemacht. Es gab viele KollegInnen, die eigeninitiativ ihre Kontakte zu Sportvereinen aktiviert haben, um gemeinsame Veranstaltungen zu organisieren. Es gibt seit vielen Jahren die verschiedensten gewerkschaftlichen Initiativen, wie zum Beispiel „Die Gelbe Hand“, das Netzwerk für Demokratie und Courage, die Kulturmittler bei Thyssen-Krupp oder der Anti-Rassistische Arbeitskreis der IG-Metall-Jugend, die sich aktiv mit Ausgrenzung und der Bekämpfung von rechtsradikalen Tendenzen beschäftigen und sensibilisieren wollen. Ihre Arbeit verdient Respekt und mehr Aufmerksamkeit. Dazu will die Initiative beitragen. Auch die Arbeitgeberseite hat in den meisten Fällen sehr positiv auf die Initiative reagiert, denn sie hat auch Interesse an einem guten Betriebsklima.

### Erfrischende Initiative

Die Strategie, mit anderen etwas gemeinsam zu machen, die normalerweise nicht so viel mit Gewerkschaften zu tun haben, ist erfrischend und vitalisierend. Der Wertekanon der Gewerkschaften setzt sich nicht erst seit dieser Initiative mit den Themen Gerechtigkeit, Respekt und Anerkennung auseinander. Aber das bringt nur begrenzt Nutzen, wenn unser Image immer noch altbacken und unattraktiv ist. Durch die Zusammenarbeit mit SportlerInnen, KünstlerInnen, SchauspielerInnen und aktiven Menschen aus anderen Lebenswelten haben

wir uns die Chance eröffnet, andere an unserer gewerkschaftlichen Kultur zu beteiligen. Wesentlich ist auch, dass die „Respekt!“-Initiatoren um Lothar Rudolf großen Wert darauf legen, dass das Ganze auch Spaß machen darf, witzig und frech sein kann. Neben dem erfrischenden Rap von Irie Révoltés gibt es jetzt einen zweiten Song zur Initiative von der Frankfurter Bluessängerin Kaye-Ree. Stellvertretend hervorheben möchte ich eine Respekt-Anzeige in der Frankfurter Rundschau (22. 9. 2011) mit den Betriebsratsvorsitzenden Uwe Hück von Porsche und Bernd Osterloh von VW. Dazu gibt es auch ein Video, das seine Wirkung nicht verfehlt.

Dass wir als IG Metall auch bunt, vielfältig und auch weiblich sind, beweist der im Rahmen der Kooperation gerade veröffentlichte zweite Band „Respekt! 100 Frauen – 100 Geschichten“. In diesem Buch kommen neben vielen spannenden, bekannten und unbekanntenen Frauen auch 30 Kolleginnen aus dem Organisationsbereich der IG Metall zu Wort. Hier zeigt sich deutlich, wie vielschichtig und persönlich der Zugang zum eigenen Wertesystem verankert ist.

Für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist es eine dankbare Herausforderung mit Bildungsangeboten die Respekt-Initiative zu unterfüttern, um für Nachhaltigkeit zu sorgen. Unsere Position war von Anfang an, dass es mit einer Schildanbringung nicht getan ist. Die Aktion ist ein Anlass, um auf schwierige Themen im Betrieb zu schauen und sie dann auch zu bearbeiten. Hier arbeiten wir eng mit dem Ressort Migration und

der Betriebspolitik zusammen. Ziel sind u. a. Betriebsvereinbarungen zum partnerschaftlichen Verhalten oder gegen Diskriminierung im Betrieb. Unsere Bildungsangebote beinhalten Argumentationstrainings gegen rechts, die Sensibilisierung für Ungleichheiten im Betrieb und in der Gesellschaft, und wir fördern die Entwicklung interkultureller Kompetenzen. Darüber hinaus haben wir für betriebliche MultiplikatorInnen Workshops organisiert, um sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Kurz und gut, für uns geht die eigentliche Arbeit jetzt erst richtig los! Wichtig ist uns dabei, interessierte Mitglieder, Vertrauensleute, BetriebsrätInnen und JugendvertreterInnen zu erreichen!

### Fazit und Ausblick

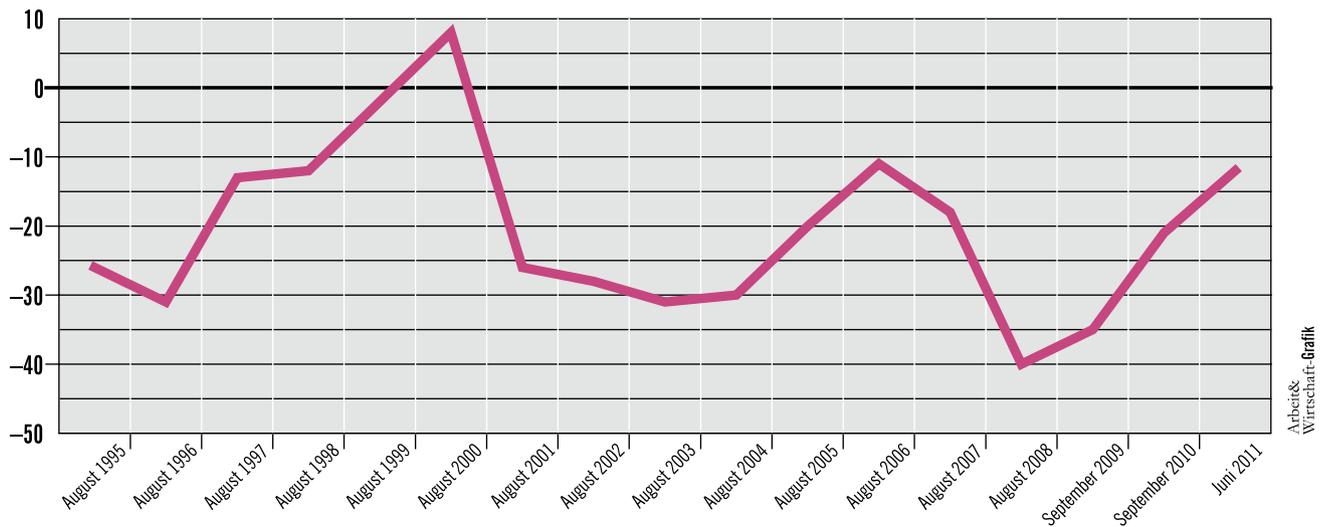
Wir machen weiter, bringen Schilder an, gehen auf betriebliche Veranstaltungen und arbeiten in Bildungsveranstaltungen an den Anliegen der Beschäftigten. Für nächstes Jahr sind wieder einige Highlights geplant, u. a. ein bundesweiter Wettbewerb, der sich an die junge Generation und ihr Verhältnis zum Thema Respekt richtet. Die Initiative „Respekt! – kein Platz für Rassismus“ leistet einen wertvollen kulturellen Beitrag für eine bessere Arbeitswelt!

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[ulrike.obermayr@igmetall.de](mailto:ulrike.obermayr@igmetall.de)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

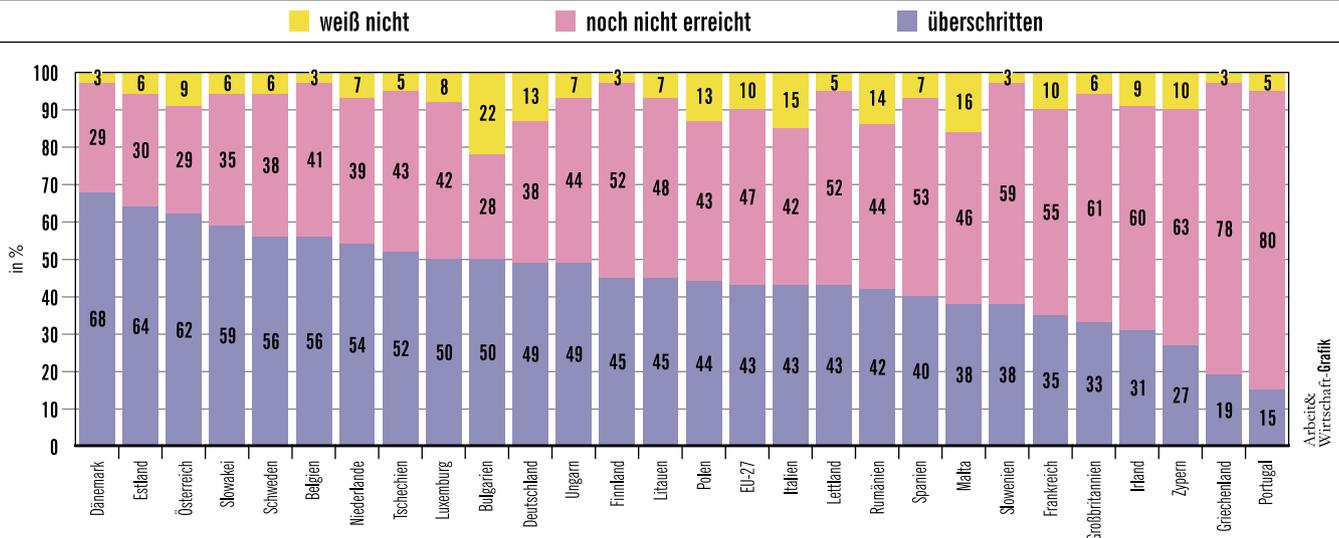
# Zahlen, Daten, Fakten

## Arbeitsmarkt – Wie ist Ihre Erwartung für die nächsten 12 Monate?



Quelle: Eurobarometer, Umfrage Juni 2011. Trend

## Haben die (negativen) Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt bereits erreicht oder überschritten?



Quelle: Eurobarometer, Umfrage Mai 2011

<b>Wie ist die finanzielle Situation Ihres Haushalts, wie hat sie sich entwickelt?</b>					
	Index der aktuellen Situation <sup>1</sup>	im Vergleich zu vor 5 Jahren		Erwartungen für die nächsten 12 Monate	
		besser/schlechter <sup>2</sup>	gleich	besser/schlechter <sup>2</sup>	gleich
<b>EU-27</b>	1,5	-17	45 %	+1	60 %
<b>Dänemark</b>	5,0	+34	32 %	+21	60 %
<b>Schweden</b>	4,7	+13	50 %	+18	73 %
<b>Niederlande</b>	4,6	+19	53 %	+16	69 %
<b>Luxemburg</b>	4,2	+6	44 %	+5	65 %
<b>Finnland</b>	4,0	+15	52 %	+8	72 %
<b>Irland</b>	3,3	+6	51 %	+11	67 %
<b>Vereinigtes Königreich</b>	3,0	+4	49 %	+9	65 %
<b>Belgien</b>	2,6	-8	44 %	+3	56 %
<b>Zypern</b>	2,5	-3	54 %	+2	71 %
<b>Malta</b>	1,8	-5	42 %	+13	61 %
<b>Deutschland</b>	1,5	-5	34 %	+23	50 %
<b>Österreich</b>	1,5	-19	58 %	+5	62 %
<b>Frankreich</b>	1,1	-29	47 %	+8	67 %
<b>Slowenien</b>	0,9	-36	43 %	-18	61 %
<b>Spanien</b>	0,8	-37	38 %	-12	58 %
<b>Tschechische Republik</b>	0,8	-29	44 %	-20	57 %
<b>Italien</b>	0,5	-27	51 %	-13	61 %
<b>Polen</b>	0,4	-23	37 %	-9	53 %
<b>Slowakei</b>	0,2	-34	39 %	-20	58 %
<b>Estland</b>	0,1	-19	38 %	-30	54 %
<b>Lettland</b>	-0,4	-43	30 %	+11	57 %
<b>Litauen</b>	-0,9	-52	36 %	-36	48 %
<b>Portugal</b>	-1,0	-45	29 %	+1	61 %
<b>Griechenland</b>	-2,1	-73	21 %	-58	33 %
<b>Ungarn</b>	-2,1	-55	29 %	-14	43 %
<b>Bulgarien</b>	-2,3	-50	35 %	+3	55 %
<b>Rumänien</b>	-2,5	-55	31 %	-24	50 %

Quelle: Eurobarometer, Umfrage Juni 2011. <sup>1</sup> Der Index der aktuellen Situation bewegt sich auf einer Skala von -10/+10. <sup>2</sup> Der besser/schlechter-Index bewegt sich auf einer Skala von -100/+100.

# Sozialpartner: Vom Konsens zum Konflikt zur Normalität

*Eine ökonomische Analyse der Metaller-KV-Verhandlungen.*

**Autor: Christian Reiner**  
Wirtschaftsforscher in Wien

**D**ie diesjährige Lohnverhandlungsrunde in der Metallindustrie für ca. 165.000 Beschäftigte hat in der medialen Öffentlichkeit zu einer teilweisen Neubeurteilung der österreichischen Sozialpartnerschaft geführt. Die offenbar relativ rasch nach Verhandlungsbeginn getroffene Streikentscheidung der Gewerkschaft sorgte für eine Diskussion über das mögliche Ende eines bislang konfliktarmen Zusammenwirkens von Gewerkschaftsbund und Wirtschaftskammer. Hintergrund dieser Ereignisse ist ein komplexes Gemenge aus ökonomischer Realität und politökonomischer Inszenierung.

## Bilaterales Monopol

Die Struktur von Kollektivvertragsverhandlungen entspricht der Theorie der Verhandlung nach einem sogenannten bilateralen Monopol: Keine der beiden Seiten hat einen alternativen Verhandlungs- und Vertragspartner, man ist also aufeinander angewiesen. Die Aufteilung der Verhandlungsmacht auf die beiden Akteursgruppen ist gemäß makroökonomischen Arbeitsmarktmodellen über die Arbeitslosenquote zunächst einmal realwirtschaftlich fundiert.

Darüber hinaus spielen aber politökonomische Zusammenhänge eine wichtige Rolle. Trotz **diametraler** Interessenunterschiede bei der Frage nach der Verteilung der Ressourcen (Geld, Zeit und Verfügungsmacht) sind die Verhandlungsstrategien durchaus äh-

lich: Wer schafft es besser, die eigenen Interessen als im Sinne des Gemeinwohls darzustellen? Dabei argumentieren die Unternehmen angebotsseitig (preisliche Wettbewerbsfähigkeit halten oder erhöhen) und die ArbeitnehmerInnen nachfrageseitig (Kaufkraft halten oder erhöhen). Beide Argumente sind zusammen richtig und isoliert jeweils falsch. Trotzdem liegt die Lösung auch nicht einfach in der Mitte, sondern ist dynamischen Veränderungen unterworfen.

Die zunehmende Offenheit der österreichischen Volkswirtschaft infolge des Europäischen Binnenmarktes sowie der Ostöffnung verschob den Kompromiss zugunsten der Unternehmen. Diese können nunmehr niedrigen Löhnen und daraus folgender mangelnder Inlandsnachfrage mittels steigenden Exporten begegnen und hohen Löhnen mit Produktions- oder gar Betriebsverlagerung antworten. Entsprechende Exit-Optionen fehlen auf ArbeitnehmerInnenseite, vor allem bei den Niedrigqualifizierten.

Während die grundsätzlichen Parameter der Verhandlung, vergangene und zukünftig zu erwartende Inflationsrate sowie Produktivitätsfortschritt des vergangenen Jahres, einigermaßen klar sind, schafft vor allem die Tatsache, dass die verhandelten Löhne in der Zukunft, d. h. unter potenziell sehr **divergenten** ökonomischen Umfeldbedingungen bezahlt werden müssen, Probleme. Das wurde bei den Verhandlungen deutlich: Während die Gewerkschaft eine Abgeltung für das sehr gute vorige Jahr argumentierte, warnten die Unternehmen

vor der aufziehenden konjunkturellen Schlechtwetterlage. So hat diese möglicherweise drastische konjunkturelle Trendumkehr zusammen mit der generell höchst unsicheren und krisenhaften Lage in Europa die Verhandlungen signifikant erschwert. Hinzu kommt, dass das Verhandlungsergebnis selbst Einfluss auf die Größe des zu verteilenden Kuchens nimmt, weil die festgelegten Preise in Form von Lohnsätzen auf die am Arbeitsmarkt gehandelten Mengen in Form von Arbeitsstunden einwirken. Kommt es etwa aufgrund eines sich im Nachhinein als zu hoch herausstellenden Abschlusses zur Pleite von Unternehmen, reduziert sich der Kuchendurchmesser. Auch wurde in der aktuellen Diskussion angeführt, dass Streiks über darauf folgende Investitionszurückhaltung der Unternehmen ebenfalls negativ auf die Kuchengröße einwirken könnten.

## Kampforganisation Gewerkschaft

Die Lohnverhandlungen der Metaller haben damit in mehrerlei Hinsicht „Normalität“ signalisiert: Erstens sind die Gewerkschaften letztlich Kampforganisation; ihre strategische Ressource und Geschäftsbasis ist die Institution des Streiks. Diese wurde durch jüngst ergangene Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zum Streikrecht entscheidend gestärkt. Dass der Streik gerade in härteren Zeiten auch zum Einsatz kommt, sollte niemanden überraschen. Es ist ja auch keineswegs so, dass die Unternehmensseite ohne Druck- und Drohgebärden auskommen muss, im

Gegenteil: Die Drohung der Abwanderung und Verlagerung einzelner Produktionsschritte (Outsourcing) ist durch größere Güter- und Kapitalmobilität glaubwürdiger geworden und wird von Arbeitgeberseite strategisch ausgenutzt, um ökonomische Renten zu den eigenen Gunsten zu verteilen. Diese Verlagerungsdrohung hat das Instrument der Aussperrung von ArbeitnehmerInnen als traditionelles Pendant zum Streik auf Unternehmensebene weitgehend abgelöst und gehört mittlerweile zur alltäglichen Lobbying-Maschinerie der Unternehmenswelt. Tatsächlich wurden dadurch viele Flexibilisierungsvorhaben und Lohnzurückhaltungsforderungen erfolgreich durchgesetzt. Freilich wirkt das Instrument der Verlagerungsdrohung etwas eleganter als der Streik und kann zudem mit Sachzwängen hervorragend argumentiert werden. Wer kennt schon tatsächlich die Kostenrechnungen der Unternehmen, um die Plausibilität der Argumente zu überprüfen?

Zweitens hat sich auch gezeigt, dass Kapital und Arbeit in Verteilungsfragen nach wie vor diametral unterschiedliche Interessenlagen haben. Auch das sollte ja eigentlich nicht wirklich verwundern. Im Gegenteil, sorgt doch der Standortwettbewerb für neue akzentuierte Ungleichheiten und wachsenden Druck auf Unternehmen und ArbeitnehmerInnen.

Drittens hat das zeitliche Aufeinandertreffen eines konjunkturell sehr guten Jahres, auf das möglicherweise ein deutlich unterdurchschnittliches Jahr folgen wird, zusammen mit stark erhöhter, globaler makroökonomischer Unsicherheit zusätzliche Komplexität für die verhandelnden Akteure verursacht.

Viertens ist zu berücksichtigen, dass Verhandlungen zwischen stets gleichen Vertragspartnern Verrechnungen über die Zeit hinweg ermöglichen. Die hervorragenden Exportleistungen der heimischen Industrie sind nämlich auch das Ergebnis einer Politik der Lohnzurückhaltung relativ zu den Handelspartnern. Durch die Nichtweitergabe von Produktivitätsgewinnen in den vergangenen Jahren wurden die relativen Lohnstückkosten der heimischen Industrie immer konkurrenzfähiger: Im Durchschnitt der Jahre 2005–2010 nahmen diese Kosten in Österreich nur

um 0,5 Prozent pro Jahr zu, beim Exportweltmeister Deutschland um 1,6 Prozent. Diese Phase der lohnpolitischen **Austerität** und der damit verbundenen Außenhandelsgewinne sollte nach Ansicht der Gewerkschaft nunmehr auch an die ArbeitnehmerInnen weitergegeben werden. Fakt ist weiterhin, dass diese Lohnpolitik ohnehin nur deswegen funktioniert, weil nicht alle Staaten gleichzeitig eine solche Strategie verfolgen, sondern eben ihre Löhne entsprechend der Produktivitätsentwicklung – oder noch höher, was auch nicht gut ist (siehe Griechenland) – anpassen. Insofern legt auch die ökonomische Vernunft im Sinne einer Re-Balancierung europäischer Leistungsbilanzen ein Umdenken nahe.

Last but not least sorgt die ständige Lohnzurückhaltung auch für fragwürdige Innovationsanreize, weil anstatt neuen und besseren Produkten und Produktionsmethoden billigere Arbeitskräfte eingesetzt werden können. Anstatt durch lohnkostengetriebene Exporterfolge sollte Österreich vor allem mittels innovativer Produkte und Produktionsverfahren auf den Weltmärkten reüssieren. So könnte der Weg zum Innovation-Leader, Ziel der Bundesregierung bis 2020, schwieriger werden.

### Neue Konflikte sind zu erwarten

Zusammengenommen bleibt daher eigentlich wenig Überraschendes unter der Sonne. Neue Konflikte sind vor diesem Hintergrund gleichsam zu erwarten. Dass diese aber nach wie vor auf signifikant geringerem Eskalationsniveau als in den meisten anderen Staaten ablaufen, bestätigt nur die hohe Kompetenz der Sozialpartner, auch komplexe Aushandlungsprozesse tendenziell in eine Win-win-Situation umzuwandeln.

Internet:

Aktionsseite zum Streik  
[www.streik.at](http://www.streik.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[christian.reiner@joanneum.at](mailto:christian.reiner@joanneum.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

Während die Gewerkschaft eine Abgeltung für das sehr gute vorige Jahr argumentierte, warnten die Unternehmen vor der aufziehenden konjunkturellen Schlechtwetterlage.



# Arbeiten können, Arbeit haben

*Die Regierung hat bestellt, die Sozialpartner haben geliefert: ein Konzept, wie das öffentliche Pensionssystem finanzierbar bleiben kann.*

**Autor: Florian Kräftner**

Redakteur im ÖGB-Referat für  
Öffentlichkeitsarbeit

In Bad Ischl treffen einander laufend Monarchisten in der Kaiservilla und einmal jährlich die Sozialpartner im Kongress- und Theaterhaus. Während die letzten Kaisertreuen in der Vergangenheit schwelgen, sind ÖGB, AK, Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer zukunftsorientierter. Heuer fand der Bad Ischler Dialog der Sozialpartner am 10. und 11. Oktober statt, und es ging um die Altersversorgung, also um die Sicherung des öffentlichen Pensionssystems. Der Auftrag dazu kam von der Bundesregierung, und die Sozialpartner haben sich trotz naturgemäß widersprüchlicher Interessen auf gemeinsame Positionen geeinigt, damit das faktische Pensionsalter steigen kann. Jetzt ist wieder die Regierung am Zug. Setzt sie die Vorschläge der Sozialpartner um, wird das öffentliche Pensionssystem auch langfristig finanzierbar sein.

## Hauptproblem Invalidität

Die Ausgangslage sieht auf den ersten Blick trist aus. Das Pensionsantrittsalter lag 2010 im Schnitt bei 58,2 Jahren (Männer 59,1 und Frauen 57,1) – deutlich schlechtere Werte als im Schnitt der OECD-Länder. Dazu kommt: Die Menschen werden älter, durch steigende Lebenserwartung und weil in den kommenden Jahren geburtenstarke Jahrgänge ins Pensionsalter kommen werden. WKÖ-Präsident Christoph Leitl warnt: „Künftig wird laut Hochrechnungen auf zwei

Erwerbstätige ein/e PensionistIn kommen. Heute beträgt das Verhältnis noch 4:1.“ Auf 1.000 Personen im Erwerbsalter zwischen 15 und unter 65 werden dann voraussichtlich 480 ältere und alte Personen entfallen (demografische Altersquote), heute sind es 260.

Die einfache Herangehensweise wäre, einfach per Gesetz das Pensionsalter hinaufzusetzen. Das bringt aber nichts, wie die Pensionsreformen 2000 und 2003 gezeigt haben: Das faktische Antrittsalter hat sich dadurch kaum verändert. Denn „um später in Pension gehen zu können, brauchen die Menschen zwei Dinge: Gesundheit und einen Arbeitsplatz. Es geht darum: Arbeiten können, Arbeit haben“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar bei der Präsentation der Sozialpartnervorschläge in Bad Ischl. Eine aktuelle Auswertung der Pensionsversicherung hat ergeben, dass ein Großteil der Invaliditätspensionszugänge aus Langzeitarbeitslosigkeit erfolgt.

Um das faktische Pensionsantrittsalter zu erhöhen, haben sich die Sozialpartner auf „ein ganzes Bündel von Maßnahmen geeinigt, die wie ein Getriebe ineinander greifen“, so Foglar. Das Hauptproblem sei die große Anzahl an InvaliditätspensionistInnen, die das Durchschnittsalter drücken würden. Im Jahr 2010 wurden 18.000 Anträge auf Invaliditätspension gestellt, 7.465 wurden zuerkannt (85 Prozent davon befristet), rund 10.000 Anträge wurden abgelehnt. Anzusetzen gilt es zum Beispiel bei psychischen Krankheiten, die bereits Spitze bei den Anträgen auf I-Pension sind. 54 von 100 neuen Inva-

liditäts- bzw. ArbeitsunfähigkeitspensionistInnen zwischen 15 bis 49 Jahren müssen wegen psychiatrischer Erkrankungen in Pension gehen. Foglar: „Man kann nur bei der Gesundheit ansetzen, bei der Arbeitsfähigkeit und beim Arbeitsplatz. Ziel der Gewerkschaft war immer: Gesund in die Arbeit, gesund von der Arbeit. Die Menschen brauchen einen Arbeitsplatz, auf dem sie auch bis zum Regelpensionsalter bleiben können.“

## Schon bei den Jungen anfangen

Wenn man will, dass die Menschen länger arbeiten können, muss man bei denjenigen ansetzen, die noch gesund sind, also bei den Jungen. Die Bad Ischler Einigung der Sozialpartner sieht daher konkrete Maßnahmen für die 15- bis 49-Jährigen vor. Zum Beispiel sollen die Belastungen in den Betrieben laufend erhoben werden; der Umstieg auf weniger belastende Tätigkeiten soll gefördert werden. Wer im neuen Job dann weniger verdient als im alten, soll eine Förderung bekommen.

Damit der Umstieg gut vorbereitet ist, wollen die Sozialpartner, dass ArbeitnehmerInnen in belastungsintensiven Berufen schon ab 35 Jahren an entsprechenden Weiterbildungen teilnehmen, zum Beispiel alle zwei Jahre zwei Wochen lang. Wenn jemand 40 oder mehr Tage in einem Jahr in Krankenstand geht, soll die Krankenkasse Alarm schlagen und den Betroffenen eine verpflichtende Beratung zur Verfügung stellen. So kann spätere Invalidität vermieden werden.



**Zum Beispiel sollen die Belastungen in den Betrieben laufend erhoben werden; der Umstieg auf weniger belastende Tätigkeiten soll gefördert werden. Wer im neuen Job dann weniger verdient als im alten, soll eine Förderung bekommen.**

„Die Menschen wollen nicht krank und arbeitslos auf die Pension warten – sie wollen gesund auf einem guten Arbeitsplatz ihren Lebensunterhalt verdienen“, sagte AK-Präsident Herbert Tumpel, „daher muss man alles tun, damit die Menschen einen Arbeitsplatz haben und arbeiten können.“ Je besser die Ausbildung, desto besser die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Ein weiterer wesentlicher Faktor für die Bewältigung der demografischen Entwicklung ist das Ausschöpfen der Beschäftigungspotenziale bei allen Bevölkerungsgruppen, speziell bei Jugendlichen, Älteren, Frauen und MigrantInnen. Die Erwerbstätigkeit der Frauen muss durch noch bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Beruf auf skandinavisches Niveau angehoben werden.

### Wer länger bleibt, kriegt mehr

Darüber hinaus soll es auch Zuckerl geben: Die Sozialpartner empfehlen Anreize für ArbeitnehmerInnen, die länger arbeiten als bis zum erstmöglichen Pensionsantrittsalter. Könnte jemand etwa die Hacklerregelung von den Voraussetzungen her antreten und tut das nicht, bekommt er fürs erste Jahr eine Prämie von 2.000 Euro, fürs zweite von 3.000 und fürs dritte Jahr von 4.000 Euro. Zusätzlich steigt die Pension entsprechend. Für die Arbeitgeber gibt es dieselbe Prämie. Auch eine „Teilpension“ soll es geben: halbe Arbeitszeit, halbe Pension. Das Modell soll versicherungsmathematisch neutral sein und auf eine längere Beschäftigung abzielen. Ein weiterer Ansatzpunkt: Information. Alle ab 55 sollen wissen, wann sie frühestens in Pension gehen

können, wie viel Pension sie dann bekommen – und um wie viel mehr, wenn sie länger im Job bleiben würden. Um die Pensionsrechnung einfacher und transparenter zu machen, wäre ein schnellerer Umstieg ins Pensionskonto ein wichtiger Beitrag, denn aufgrund der sich überlagernden Pensionsreformen der vergangenen Jahre ist das Pensionsberechnungssystem für die Einzelnen auch kaum nachvollziehbar. Die Pensionsberechnung muss vereinfacht werden, damit für die Versicherten klar darstellbar ist, dass sich ein längerer Verbleib im Erwerbsleben für die Pensionshöhe lohnt.

Werden die vorgeschlagenen Maßnahmen ausreichend finanziert und vollständig umgesetzt, kann nach Ansicht der Sozialpartner das faktische Pensionsantrittsalter unter Einrechnung schon beschlossener Maßnahmen in den nächsten zehn Jahren um zwei Jahre angehoben werden. Laut WKÖ-Präsident Leitl bringt es 1,5 Milliarden Euro Einsparung. Kurzfristig wird das Pensionspaket aber Geld kosten, zum Beispiel für den Ausbau der Rehabilitation oder für Prämien und Umschulungskosten. „Diese Investitionen sind aber zu rechtfertigen, weil sie in den kommenden Jahren eine deutliche Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters mit sich bringen werden“, sagte Foglar.

Die zuständigen Minister, ebenfalls nach Bad Ischl gereist, unterstützen die Forderungen der Sozialpartner: Sozialminister Rudolf Hundstorfer, der ÖGB und Kammern um Vorschläge gebeten hatte, erklärte, die Maßnahmen würden sicher ausreichen, dass man im kommenden Jahrzehnt das Antrittsalter um

zwei Jahre heben könnte. Auch Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner sprach von einem positiven Ansatzpunkt. Explizit unterstützt wurde von ihm das Prinzip Rehab vor Zwangsmaßnahmen. Umsetzungsgespräche auf ExpertInnenebene wurden in den beiden Ministerien bereits gestartet. Jedenfalls der konstruktivere Weg, als die zahlreichen Unkenrufe, wonach all die Sozialpartnervorschläge zu wenig seien und ohnehin nichts brächten.

### Umsetzen statt nur kritisieren

Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, kritisierte die Kritiker: „Deren Vorschläge zielen nur darauf ab, Pensionen zu kürzen, aber niemand hat Vorschläge gemacht, wie man Betriebe dazu bringen kann, die Menschen länger zu beschäftigen. Aber wenn jemand keinen Arbeitsplatz hat oder zu krank zum Arbeiten ist und nicht in Pension gehen kann, werden nur die Kosten zwischen Arbeitslosen-, Kranken- und Pensionsversicherung verschoben. Das wäre keine nachhaltige Reform.“

Internet:

Alle Sozialpartner-Vorschläge  
für das Pensionssystem:  
[www.sozialpartner.at](http://www.sozialpartner.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[florian.kraeftner@oegb.at](mailto:florian.kraeftner@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Schule im Wandel?

## Wie wandeln? Wohin wandeln?

*Unser Schulsystem braucht dringend Reformen.*

**Autorin: Gabriele Schmid**  
Abteilungsleiterin Bildungspolitik  
der AK Wien

**U**nterrichtsministerin Claudia Schmied ist ehrgeizig. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, das Riesenschulreformprojekt „Schulreform zum Wohle unserer Kinder“ auf den Weg zu bringen. Tatsächlich ist es in den letzten drei Jahren gelungen, wichtige Meilensteine (Lehre mit Matura, **Zentralmatura**, „Neue Mittelschule“, Ausbau ganztägiger Schulangebote) zu setzen; für viele Anliegen war es zudem erst einmal wichtig, dass sie überhaupt auf die politische Tagesordnung kommen (z. B. Wiederholen einer Klasse ersetzen durch individuelle Förderung in den Problemfächern).

Dazu kommen umsetzungsreife Konzepte zu LehrerInnenausbildung, LehrerInnendienst- und besoldungsrecht, Schulverwaltungsreform, Schulinvestitionsprogramm. Für zusätzliche ganztägige Schulplätze und das Schulinvestitionsprogramm ist zusätzliches Geld<sup>1</sup> locker gemacht worden und steht bereit.

### Ein Drittel RisikoschülerInnen

Über unser Schulwesen wird viel geredet. Das wichtigste, alarmierendste und gleichzeitig beschämendste Problem ist wohl: Ein Drittel der SchülerInnen sind nach neun Jahren Schulpflicht RisikoschülerInnen, kann nicht sinnzusammenhängend lesen, nicht ausreichend

rechnen und steht in grundlegenden Fragen etwa bei den Naturwissenschaften „auf der Seife“.

Politische Widerstände verpackt als pädagogische Vorbehalte hindern am Weiterkommen. Einige wenige Lobbygruppen halten an Standesdünkeln, am konservativen Familienbild („Mütter als die Nachhilfelehrerinnen der Nation“) und unzeitgemäßen Arbeitsweisen des LehrerInnenberufs (Frontalunterricht) fest. Leitsatz fortschrittlicher Schulpolitik: Im Mittelpunkt die SchülerInnen klingt selbstverständlich, ist es aber nicht. Wir brauchen LehrerInnen, DirektorInnen, Schulverwaltungen und Ministerien im Schulsystem, die sich an Wertschätzung, Engagement, humanistischen Bildungszielen, an einem Menschenbild der Gleichberechtigung und Solidarität orientieren.

Viele Schulen denken an die Auslastung ihrer LehrerInnen, ihren guten Ruf, an den Wettbewerb im Kampf um SchülerInnen, vor allem „problemlose“ SchülerInnen. Diese Anliegen haben ihre Berechtigung. Nur: da ist wohl der grundlegende Sinn der Einrichtung aus den Augen verloren worden. Es geht nicht um einen Wettbewerb um die „Besten“, sondern Schulen sollten es als ihre Aufgabe sehen, die besten Begabungen und Neigungen aller SchülerInnen zu fördern. Die „alte“ Herausforderung an das grundlegend liberale Gerechtigkeitsempfinden – Chancengleichheit unabhängig von sozialer Herkunft beim Zugang zu Bildung – ist um neue Herausforderungen angereichert: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund aus häufig bildungsbe-

nachteiligten Elternhäusern sind die größte schulische Herausforderung an Zusammenhalt, Demokratie und Entwicklungsgeist. Dieser muss sich die Schule wieder annehmen.

LehrerInnen sind nicht nur Vortragende für SchülerInnen, die am Vormittag an Wissen aufnehmen, was sie wollen oder können. Die Schule muss zum eigenständigen Wissenserwerb motivieren und junge Menschen auf eine Welt vorbereiten, die es noch nicht gibt. Die Fähigkeit, bisher unbekannte Fragestellungen zu lösen und in Interaktion mit anderen zu agieren, sind die Schlüsselkompetenzen der Gegenwart und Zukunft. Es bedarf weniger an zusätzlichem „Wissen“ als vielmehr zusätzlicher Bildung, an Wissen um Zusammenhänge und der Fähigkeit, Informationen einordnen und bewerten zu können. Last, but not least: Demokratie lernen.

Demokratie ist kein Gegenstand, sondern eine Lebensform. Und das geht heute über gemeinsam Lernen: Vielfalt ist eine Chance, sei es in Bezug auf Lernbegabung, auf ethnische Zugehörigkeit, auf Geschlecht, auf sozialen Hintergrund. Hehre Ziele, aber wo ansetzen? Gleichzeitigkeit ist angebracht. Einzelprojekte gehen unter im Meer der „alten“ Schule; da schlägt die „alte“ Welle darüber zusammen. Viele neue Enttäuschungen sind dem Schulwesen nicht mehr zuzumuten.

### Der Schlüssel sind die LehrerInnen

Nur Menschen, die sich für dieses anspruchsvolle Arbeitsfeld eignen und qua-

<sup>1</sup> 320 Mio. € bis 2015 für den Ausbau ganztägiger Betreuungsformen; 1,8 Mrd. € bis 2018 Schul-Infrastruktur

lizieren, sollen LehrerInnen werden. Mehr Menschen mit Migrationshintergrund, die als Brücke für eine interkulturelle SchülerInnenpopulation dienen, und mehr Männer sollen für den Beruf begeistert werden. An größeren Schulstandorten soll die Einführung eines mittleren Managements die Schulleitung unterstützen, um die LehrerInnen von administrativen Tätigkeiten freizuspieren. Weitere Unterstützung soll durch den Einsatz von Berufsgruppen wie z. B. SozialarbeiterInnen erfolgen.

Der Arbeitsplatz der LehrerInnen ist an der Schule: dort sind LehrerInnen ansprechbar für SchülerInnen zu Lernen, Üben, Vertiefen, Nachfragen. Und auch LehrerInnen gehen ohne Schultasche nach Hause, weil ihr Auftrag nach einem ereignisreichen Arbeitstag erledigt ist. Zwei Schultypen für eine Altersgruppe vertiefen soziale Unterschiede und legen viel zu früh fest, welche Bildungswege wem künftig offenstehen. An die Hochschule kommen HauptschülerInnen zu 25 Prozent im Vergleich zu 75 Prozent der AHS-UnterstufenschülerInnen. Um keine Unklarheit aufkommen zu lassen: HauptschülerInnen sind benachteiligt, nicht unintelligenter.

In der gemeinsamen Schule wird auf unterschiedliche Lernbedürfnisse eingegangen. Talent und Neigung werden im sozialen Rahmen individuell gefördert.

Von den Hochbegabten bis zu SchülerInnen mit Lernproblemen und Behinderungen werden alle bestmöglich nach Bedarf in Kleingruppen, im Einzelunterricht, in der Klasse, in Neigungsgruppen unterrichtet.

## Ganztägige Schulformen

Ganztägige Schulformen unterstützen die ganzheitliche Entwicklung der SchülerInnen, sie entlasten Eltern von der Überforderung neben Beruf und Kindererziehung auch noch umfassende Lernförderung zu übernehmen. Ein sinnvoll abgestimmtes Angebot von Lernen, Wiederholen und Üben sowie freizeitpädagogischer Akzente mit sportlichen, kreativen und musischen Aktivitäten stellt sicher, dass den Kindern mehr Zeit und Raum gewidmet wird.

„Jedes Kind hat drei Lehrer: Der erste Lehrer sind die anderen Kinder,

der zweite Lehrer ist der Lehrer selbst und der dritte Lehrer ist der Schulraum (schwedisches Schulverständnis).“

Die Schule soll schön, architektonisch anspruchsvoll, viel Platz bieten und als ein Ort der Kreativität konzipiert sein. Schulen sollen zum Zentrum kultureller Bildung und Innovation weit über den Schulalltag hinaus werden.

Die Erneuerung der Lehr- und Lernmethoden schließt den Bogen hin zur „neuen“ Schule. Statt Zugang und Aufstieg zu beschränken, sollen Zeugnisse und Rückmeldungen motivieren. Noten sind für Förderung und Entwicklung von Kreativität, von sportlicher Betätigung nicht weiter sinnvoll.

Individualisierung des Unterrichts – kein Sitzenbleiben mehr: in den Oberstufen Unterricht im Kurssystem wie an der Universität. Bei unzureichenden Leistungen in einem Modul wird das Modul wiederholt und nicht die gesamte Schulstufe.

Eine moderne Schulverwaltung gibt Unterstützung und zieht die Grenzen der Schulautonomie dort, wo der gleichberechtigte öffentliche Zugang behindert wird. Nicht mehr und nicht weniger. Ein engagiertes Schulteam in einer Region ist allein in der Lage, sich um das Wohl der SchülerInnen ohne große bürokratische Vorgaben bestmöglich zu kümmern. Unterstützung aber dort, wo das größte Wollen auf soziale oder pädagogische Schranken trifft. Sogenannte „Brennpunktschulen“ mit den Kindern der Bildungsfernen, der sozial Benachteiligten brauchen mehr LehrerInnen, mehr Geld, mehr Zusatzhilfen.

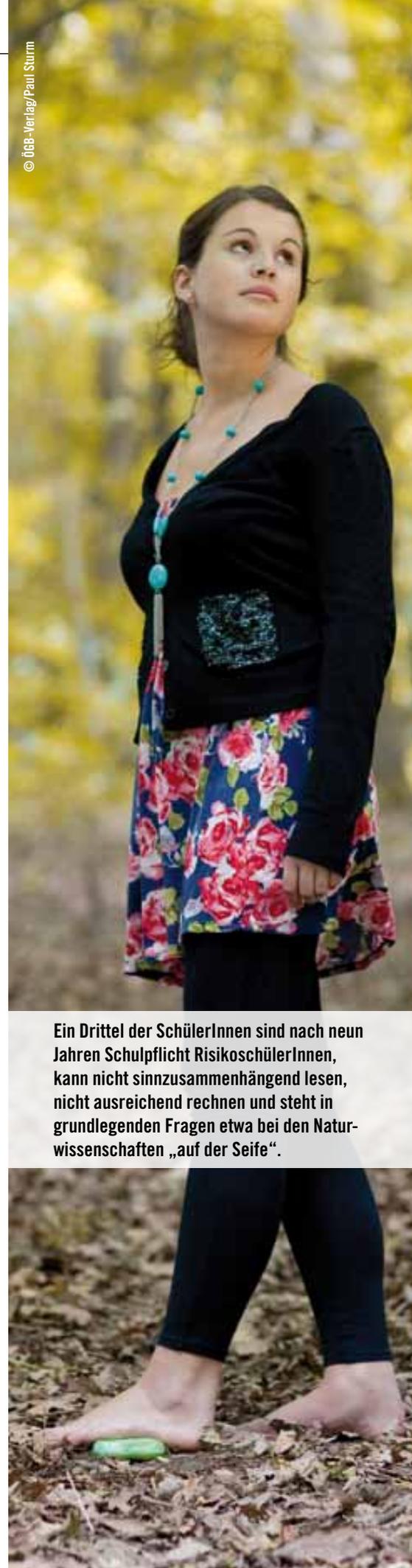
Und dies ist die größte Herausforderung an eine demokratische, eine solidarische Gesellschaft: dass jene, die mehr brauchen in der Schule auch mehr bekommen.

Internet:

Österreichs Plattform für Bildung  
[www.bildungsdeck.at](http://www.bildungsdeck.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[gabriele.schmid@akwien.at](mailto:gabriele.schmid@akwien.at)

oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



Ein Drittel der SchülerInnen sind nach neun Jahren Schulpflicht RisikoschülerInnen, kann nicht sinnzusammenhängend lesen, nicht ausreichend rechnen und steht in grundlegenden Fragen etwa bei den Naturwissenschaften „auf der Seife“.

# Griechenland: Rettungsschirme als Krieg gegen das Volk?

*Von der autoritären Wende in Europa, ihren Ursachen und ihren Folgen.*

**Autor: Sepp Wall-Strasser**

*Bereichsleiter für Bildung und Zukunftsfragen  
im ÖGB*

In Windeseile ändern sich derzeit dramatisch die politischen Rahmenbedingungen in der EU. Beispiel Griechenland: Zunächst nahm der griechische Premier Papandreou zähneknirschend neue demütigende Auflagen für ein weiteres „Rettungspaket“ hin, dann schlug er – weil er wusste, dass dieses nie Akzeptanz finden würde – eine Volksabstimmung über das Verhandlungsergebnis vor. Das offizielle Europa reagiert mit Entsetzen und Panik, die Börsen mit Kursstürzen. Einige Tage später wurde er gezwungen, die Volksabstimmung abzusagen und in Konsequenz davon auch zurückzutreten. In Windeseile wurde ein Notenbanker gefunden, das Land aus der Krise zu führen. Vorübergehend zumindest. Beinahe zeitgleich dazu passierte das Gleiche in Rom. Zwar ist die Figur Berlusconi in keiner Weise vergleichbar mit Papandreou, der neue Premierminister Mario Monti ist aber genau so wenig politisch legitimiert wie sein neuer Amtskollege Papademos. Zufrieden reagieren „die Märkte“. Zumindest vorerst. Einer „Expertenregierung“ traut man doch viel mehr zu, als einer durch das Volk gewählten Parteienregierung.

## Massive Entdemokratisierung

Vor unseren Augen spielt sich in den vergangenen Jahren in Europa eine massive Entdemokratisierung und damit ein eklatanter Rechtsruck ab, eingeleitet und ausgeführt von den etablierten (Volks-)

Parteien links und rechts der Mitte, die dem Diktat des Marktes folgten, ihm die nötige Freiheit verschafften, und jetzt – nach der Selbstentsorgung der Politik – wie der Zauberlehrling auf das Unwesen starren, das sie losgeschickt haben. Der „Fall Griechenland“ (im doppelten Sinne) veranschaulicht dies par excellence.

## Massive Rezession

Nach zwei „Rettungsschirmen“ und vor einem „freiwilligen Haircut“ sieht es im Land wie folgt aus: Die Rezession der griechischen Wirtschaft wird heuer laut Prognosen fünf bis sieben Prozent betragen, und dies nach der gewaltigen Rezession von 4,5 Prozent im Jahr 2010. Insgesamt ist die griechische Wirtschaft seit 2008 um etwa 13 Prozent geschrumpft. Im Durchschnitt betragen die Einkommensverluste griechischer ArbeitnehmerInnen bis dato rund drei Monatslöhne, die Pensionen werden um 20 bis 35 Prozent gekürzt.

Die Arbeitslosenrate liegt bei 17 Prozent, das sind über 800.000 Menschen. Die Jugendarbeitslosigkeit nähert sich der 50-Prozent-Marke an. Zu den offiziellen Zahlen kommt mittlerweile eine große Anzahl an ehemals selbstständigen KleinunternehmerInnen, die ihr Geschäft schließen mussten, aber keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Trotz zum Teil massiver Anhebung der Mehrwertsteuer gehen die Steuereinnahmen zurück, und der Schuldenstand steigt unaufhörlich. „Die Arbeits- und Lebensbedingungen werden an die der sogenannten Dritten Welt herangeführt“, sagte der Wirt-

schaftsexperte des griechischen Gewerkschaftsinstitutes INE\_GSEE Christos Triantafyllou beim Forum Jägermayrhof im September in Linz. Denn neben den unmittelbaren finanziellen Einbußen wird hier die immer geforderte „Strukturreform“ beinhaltet durchgezogen. Im Bereich der ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechte heißt das, dass z. B. im Bereich des öffentlichen Sektors nicht nur das 13. und 14. Monatsgehalt mehr oder weniger abgeschafft und Beamte einfach entlassen werden, sondern dass auch Tarifverträge im Bereich des öffentlichen Verkehrs einfach abgeschafft werden und die Wochenarbeitszeit von 37,5 Stunden auf 40 Stunden erhöht wird. In der Privatwirtschaft werden unter anderem die Löhne für drei Jahre eingefroren, das System der Tarifverhandlungen ausgeschaltet und es besteht die Möglichkeit von Tarifverträgen unter dem vereinbarten nationalen Mindestlohn.

## Ausverkauf von Staatseigentum

Dazu kommt der erzwungene Ausverkauf von Staatseigentum. Von Energie- und Wasserversorgung über Flughäfen, Häfen, Eisenbahnen bis hin zu Glücksspiel und Inseln steht alles auf der Verkaufsliste. Große internationale Konzerne und chinesische Investoren sind seit geraumer Zeit als Schnäppchenjäger unterwegs. Eine „Rettung“ sind diese Maßnahmen ja nun wohl nicht. Denn nichts von den offiziell angegebenen Zielen (Abbau des Staatsdefizits, Rückzahlung der Schulden, Wirtschaftswachstum) wird dadurch erreicht. Im



**Derzeit richten sich die legitimen Proteste der BürgerInnen gegen ihre eigenen Herrscher, die fügsame Marionetten der Märkte sind. Werden sie ihre Wut morgen gegen die Europäische Union richten?**

Gegenteil: die Wirtschaft schrumpft, die Ratings werden schlechter, die Situation immer auswegloser. Fazit: Diese Politik ist ökonomisch dumm, sozialpolitisch verheerend und demokratiepolitisch äußerst gefährlich.

### Die PIGS und die „Hausaufgaben“

Die Maßnahmen gegen Griechenland – aber auch gegen alle anderen PIGS (so nennt man in „Fachkreisen“ nicht ohne Genuss die Staaten Portugal, Irland, Griechenland und Spanien) – dienen als Labor für Sozialabbau in ganz Europa. Diese sogenannten „Hausaufgaben“ werden über kurz oder lang von uns allen verlangt werden. Frankreich, Belgien, und Österreich sind ja auch bereits „unter Beobachtung der Märkte“. Deshalb wird nun unter der politischen Führung Deutschlands von einer Elite an einer neuen Wirtschaftsregierung gebastelt, und der (gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Grünen) beschlossene „Six-Pack“ ist die erste der „Aufgaben“, die in Zukunft für uns alle angeordnet werden.

Eine gemeinsame Wirtschaftsregierung war einer der Träume von Jacques Delors und Forderung von Gewerkschaften, SozialdemokratInnen und Linken in Europa. Ihr Ziel war eine soziale Union. Jetzt wird sie in ihr Gegenteil verkehrt: Sie propagiert eine radikale Spar- und Lohnsenkungspolitik, die die bisher schon für den Euroraum schädlichen Leitlinien und monetaristischen Dogmen durch Recht versteinert und letztlich genau zu jenen Resultaten führen wird, die sie angeblich

verhindern will. Dass daneben Ratingagenturen und „die Märkte“ weiterhin ihr Unwesen treiben, stört Merkel, Ackermann und Co. nicht. Das Ergebnis wird eine verarmte europäische Gesellschaft zum Wohle der Banken, Konzerne und der internationalen Spekulation sein. Derzeit richten sich die legitimen Proteste der BürgerInnen gegen ihre eigenen Herrscher, die fügsame Marionetten der Märkte sind. Werden sie ihre Wut morgen gegen die Europäische Union richten?

Die Diskreditierung und Demontage der Demokratie ist wahrscheinlich die schlimmste aller Folgen der aktuellen Politik in Europa. Die Menschen in den Krisenländern fühlen sich enttäuscht, von der Politik im Stich gelassen, ja verraten. In Griechenland wurde nach Jahren einer korrupten Regierungsepoche mit großer Mehrheit eine sozialistische Regierung gewählt, die mit dem Schlamassel aufräumen wollte. Privatisierungspläne wurden rückgängig gemacht, die Finanzlage des Staates durchforstet, die Menschen fassten wieder Vertrauen in die Politik.

Dann kamen die weltweit aktiven Spekulanten auf die Idee, nach den USA Europa abzugrasen. Griechenland bot sich da als erstes an, und mit der nötigen Stimmungsmache von den „faulen PIGS“ lieferten sie es als erstes Schwein dem Schlachtmesser aus. Und jetzt muss diese junge Regierung Schritt für Schritt ausführen, was der IWF, die Hardliner der EU und die dahinter liegenden Kapitalinteressen verlangen. Die politische und wirtschaftliche Elite vollzieht unter dem Vorwand, Europa

zu retten, einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit. Sie hat sich zu einem Regieren gegen die Mehrheit der Bevölkerung entschieden. Das Ganze nennt sich nicht von ungefähr „Austeritätspolitik“. Auch dieser Ausdruck kommt aus Griechenland und bezeichnet unter anderem jene Herrscher, die ihr Land streng – mit eiserner Faust – regieren.

### Schlittern in die Gesellschaftskrise

Von der Finanz- über die Wirtschaftskrise schlittern wir immer mehr in eine Gesellschaftskrise. Viele leben noch immer in der Welt des wohlfahrtsstaatlichen Europas des vorigen Jahrhunderts und glauben, diese sei grundsätzlich gesichert, man habe nur ein bisschen übertrieben. In Wahrheit stehen wir vor einem neuen, jedoch sehr kalten, von enormer wirtschaftlicher Dummheit geprägten, sozial und politisch immer mehr verarmenden Europa. Vor einem undemokratischen, autoritären, politisch äußerst rechtem Austerity-Europa. Ein Meister der Verdrängung, wer es nicht wahrhaben will.

Internet:

Podcast – Vortrag von Christos Triantafyllou  
[tinyurl.com/cz6vbe4](http://tinyurl.com/cz6vbe4)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an den Autor  
[wall-strasser@oegb.at](mailto:wall-strasser@oegb.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Die Ausgaben privater Haushalte

*Die Ergebnisse der Konsumerhebung 2009/2010 geben Aufschluss über die Ausgabenstruktur der privaten Haushalte.*

**Autor: Reinhold Russinger**

*Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien*

**L**aut einer Rahmenverordnung<sup>1</sup> sind die Staaten der Europäischen Union verpflichtet, in Fünfjahresabständen eine sogenannte Konsumerhebung durchzuführen. Primäres Ziel der Stichprobenerhebung ist die detaillierte Erfassung der gesamten Verbrauchsausgaben der Haushalte. Die Ergebnisse geben zum einen Aufschluss über die Ausgabenstruktur der privaten Haushalte, d. h. letztlich über die Lebensbedingungen der unterschiedlichen sozialen Gruppen. Zum anderen bildet das Konsumprofil die Basis für die Spezifizierung des Warenkorb, der wiederum bei der Berechnung des Verbraucherpreisindex (VPI) und damit der monatlichen Inflationsrate Verwendung findet.

## Einige statistische Basisdaten

Die Erhebung erstreckte sich über den Zeitraum April 2009 bis Mai 2010. Insgesamt nahmen 6.534 Haushalte daran teil: Als zentrales Erhebungsinstrument diente das Haushaltsbuch. Darin wurden alle privaten Ausgaben verzeichnet. Im konkreten Ausgaben für

- » Lebensmittel, Getränke, Tiernahrung,
- » Ausgaben im Restaurant,
- » alle übrigen Ausgaben,
- » Entnahmen für den Eigenbedarf aus Garten oder Betrieb.

Neben Konsumausgaben mussten Fragen zur Person beantwortet werden:

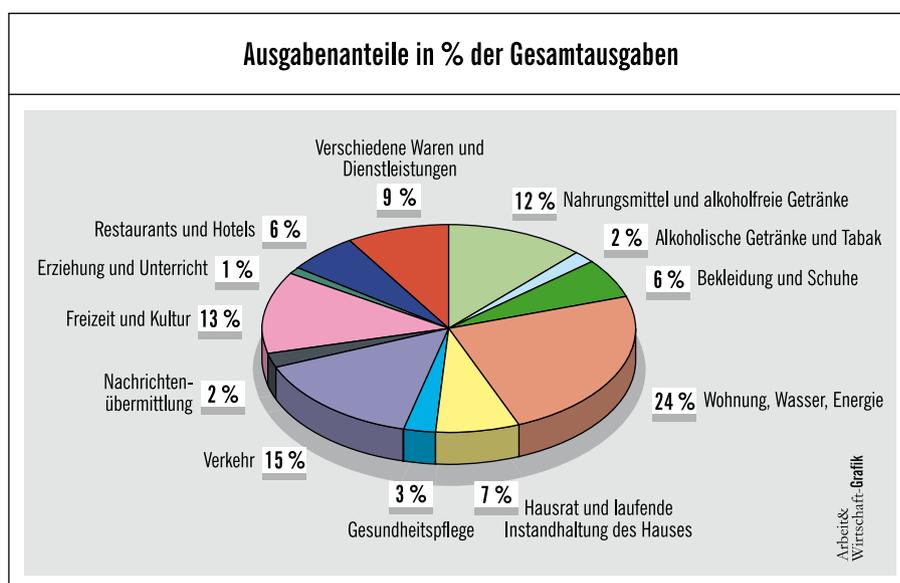
- » Geschlecht,
- » Staatsbürgerschaft,
- » Familienstand
- » Geburtsdatum,
- » berufliche Stellung,
- » höchste abgeschlossene Schulbildung usw.

Diese Merkmalsdaten lassen über Datenverknüpfungen sozialstatistische Auswertungen verschiedenster Art zu. Eine derartige Verknüpfung wäre etwa die Zuordnung der einzelnen Haushaltsausgaben (Ernährung, Bekleidung, Wohnen etc.) zu den Gesamtausgaben (siehe Grafik oben). Aber nicht nur die Konsumausgaben wurden erhoben; es wurden auch Fragen zum Ausstattungsgrad der Haushalte gestellt. So etwa verfügen 91 Prozent aller Haushalte lt. KE 2009/2010 über mindestens ein Mobiltelefon. Im Jahr 2000 waren es noch

60 Prozent. Interessant sind auch die Daten zur Mobilität: In Wien besitzen 40 Prozent aller Haushalte kein Kfz. In Haushalten in Regionen mit weniger als 10.001 EinwohnerInnen hingegen nur 13 Prozent. Damit lassen sich u. a. PendlerInnenbewegungen erklären.

## Durchschnittliche Haushaltsausgaben

Die durchschnittlichen Haushaltsausgaben betragen 2.910 Euro. Insgesamt beträgt die Anzahl der Haushalte, die von der Statistik Austria hochgerechnet wurde, 3,605.100 Einheiten. Die durchschnittliche Haushaltsgröße umfasst 2,29 Personen. Betrachtet man nun die Ausgaben bezüglich des Merkmals Haushaltsgröße, so geben Haushalte mit einer Person im Durchschnitt 1.930 Euro monatlich für den Konsum aus; Haushalte



Quelle: Statistik Austria, 2011

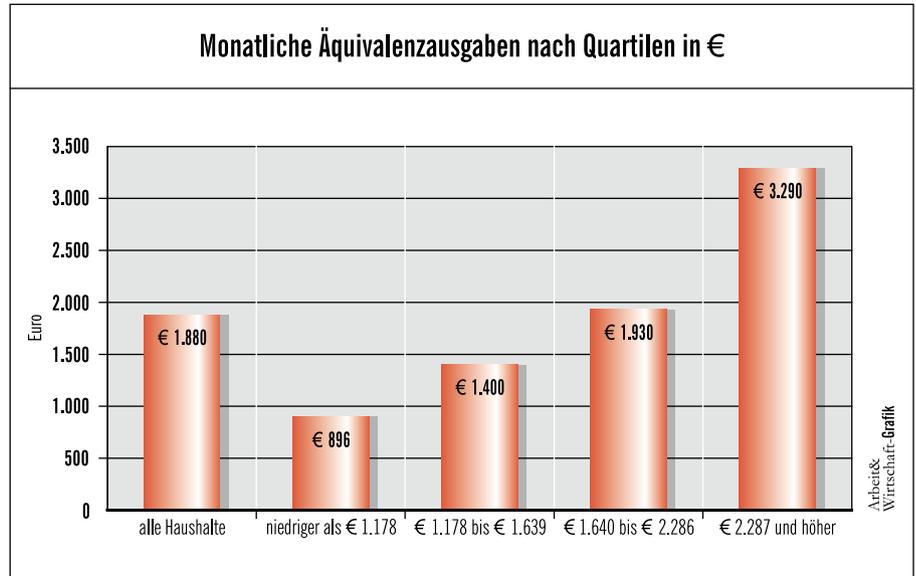
<sup>1</sup> EU-Rahmenverordnung Nr. 2494/95, Abl.Nr. L257, Oktober 1995.

mit zwei Personen 2.990 und schließlich Haushalte mit fünf und mehr Personen 4.110 Euro. Wichtig ist darauf hinzuweisen, dass lediglich die Ausgaben erfragt werden, nicht deren Finanzierung. Die kann durch Kredite, durch Auflösen von Sparguthaben etc. erfolgen. Generell muss man daher bei der Interpretation dieser Statistiken mit großer Behutsamkeit vorgehen. Individuelle Muster lassen sich in aller Regel daraus nicht ableiten. Statistik dient zur Beschreibung von Massenphänomenen.

### Verteilung der Ausgaben

Die Grafik „Monatliche Äquivalenzausgaben nach Quartilen“ veranschaulicht die Ausgabenverteilung nach der Höhe der Gesamtausgaben. So geben etwa die ausgabenstärksten Haushalte – also jene mit 2.287 Euro und mehr Ausgaben – im Durchschnitt 3,5-mal so viel aus wie die ausgabenschwächsten Haushalte. Betrachtet man den österreichischen Ausgabendurchschnitt, so liegen die ausgabenschwächsten Haushalte um 52 Prozent darunter. Haushalte in der höchsten Ausgabenstufe geben für Ernährung 8,5 Prozent aus – gemessen an ihren Gesamtausgaben. Für die unterste Ausgabenstufe beträgt der Anteil 18,4 Euro – also mehr

<sup>2</sup> Nach einem von der OECD entwickelten Klassifikationsschema lassen sich Haushaltsausgaben in Pro-Kopf-Ausgaben (Äquivalenzausgaben) umrechnen. Demnach wird eine erwachsene Person mit dem Faktor 1, jede weitere Person im Haushalt mit 0,5 und Kinder unter 14 mit 0,3 bewertet.



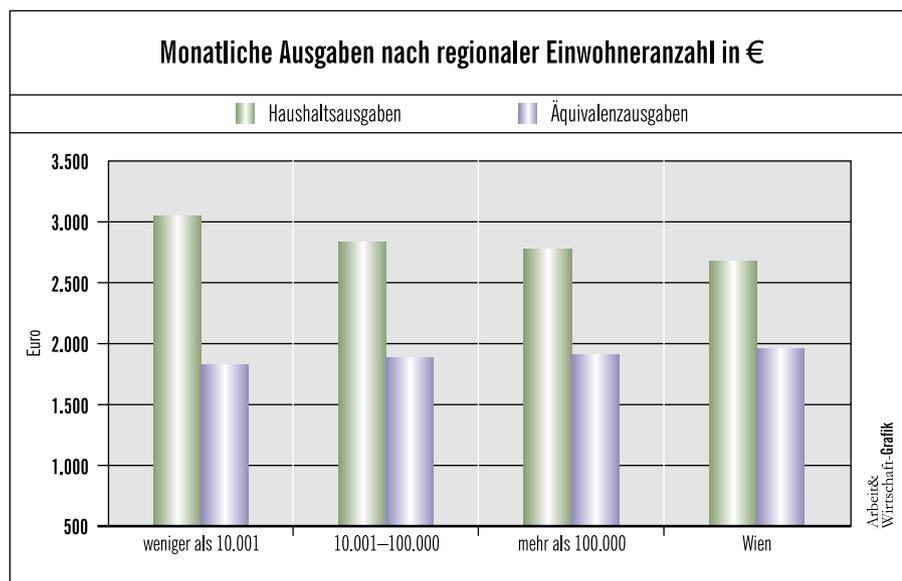
Quelle: Statistik Austria, AK Wien

als doppelt so viel. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Ausgabenkategorie Wohnen und Energie: 19,1 Euro der Gesamtausgaben, das sind im Durchschnitt 628 Euro, entfallen auf die Gesamtausgaben der höchsten Ausgabenstufe und 37,2 Prozent – rund 333 Euro – auf jene der niedrigsten Ausgabenstufe. Für den Verkehr gibt ein Haushalt in der obersten Ausgabenstufe etwa dreimal mehr aus (19 Prozent) als ein Haushalt unterster Ausgabenstufe (6,8 Prozent) – wiederum gemessen an den jeweiligen Gesamtausgaben. Betrachtet man die Ausgabenprofile unter dem Regionalaspekt/EinwohnerInnenanzahl, so stellt man fest, dass die Haushaltsausgaben in Regionen

mit zunehmender EinwohnerInnenanzahl sinken (siehe Grafik unten). Gänzlich anders sieht die Datenlage aus, wenn man zu Vergleichen nicht die Haushaltsausgaben heranzieht, sondern die Äquivalenzausgaben<sup>2</sup>. Hier steigen die Ausgaben: Regionen mit kleiner EinwohnerInnenanzahl geben im Durchschnitt weniger aus als jene mit höherer EinwohnerInnenanzahl. Einer der Gründe dafür ist die Belagsdichte (Anzahl der in einer Wohnung lebenden Personen). Bei sinkender Belagszahl steigen die Äquivalenzausgaben.

### Nach Männern und Frauen ...

Zu guter Letzt noch einen schmunzeln-der Blick auf das Konsumverhalten im Frühling. Nicht verwunderlich ist, dass Haushalte während der Monate März bis Mai für Kleingartengeräte um 176 Prozent mehr ausgeben als während der restlichen Monate. Schon erstaunlicher ist das Mehr an Schokoladekonsum, es ist im Frühling um elf Prozent höher als während der anderen Jahreszeiten. Und der um 17 Prozent höhere Eierkonsum ist wohl auf die Osterfeiertage zurückzuführen.



Quelle: Statistik Austria

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor [reinhold.russinger@akwien.at](mailto:reinhold.russinger@akwien.at) oder die Redaktion [aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

**Aleviten:** Mitglieder einer rund 700 Jahre alten, in Anatolien entstandenen Konfession, die sich zum Teil aus dem schiitischen Islam entwickelt hat. Aleviten beten nicht in einer Moschee, sondern treffen sich zu verschiedenen Kulthandlungen, wobei Frauen und Männer gleichberechtigt sind. Unter den Osmanen wurden die Aleviten als Häretiker verfolgt. Die alevitische Bevölkerungsgruppe war eine der tragenden Kräfte bei der Gründung der türkischen Republik, weil sie sich eine Gleichberechtigung mit der sunnitischen Glaubensrichtung erhoffte. Vom türkischen Staat sind die Aleviten bis heute nicht als religiöse Minderheit anerkannt. (Seite 31)

**Austerität:** Strenge, Sparsamkeit, meist in ökonomischem Zusammenhang (Seite 37)

**diametral:** völlig entgegengesetzt (Seite 36)

**dissen:** umgangssprachlich hauptsächlich von Jugendlichen verwendet für jemanden runtermachen, respektlos behandeln, in Misskredit bringen (diskriminieren, diskreditieren u. Ä.) etc. (Seite 29)

**divergent:** entgegengesetzt (Seite 36)

**egalitär:** auf Gleichheit ausgerichtet (Seite 14)

**Franco-Regime:** Nach dem spanischen Bürgerkrieg regierte Francisco Franco (1892–1975) von 1939 bis zu seinem Tod als Diktator, 1946 führte er in Spanien die Monarchie ein, ohne einen König zu ernennen. (Seite 13)

**Graue Wölfe:** Bezeichnung für Mitglieder der 1961 gegründeten rechtsextremen türkischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) und deren Schwesterorganisationen. Ziel der Grauen Wölfe ist eine Nation, die vom Balkan über Zentralasien bis nach China alle Türkvölker vereint. Die Grauen Wölfe bezeichnen sich selbst als „Idealisten“, das Logo der Partei zeigt einen Wolf mit einem Sichelmond. (Seite 24)

**Haderlap, Maja:** österreichische Autorin, geb. 1961, war u. a. Redakteurin und Herausgeberin der slowenischen Kulturzeitschrift mladje; erhielt 2011 den Ingeborg-Bachmann-Literaturpreis. (Seite 22)

**Lega Nord:** politische Partei Italiens, die für die Föderalisierung des Landes eintritt, zeitweise sogar die Abspaltung des wohlhabenderen Nordens vom Süden forderte. (Seite 21)

**libertär:** extrem freiheitlich, anarchistisch (Seite 14)

**Major-Label:** Bezeichnung für ein Unternehmen, das zur Gruppe der marktführenden Platten- und CD-Firmen (Labels) gezählt wird. Major-Labels werden meist als eigenständige Rechtsform eines Medienkonzerns geführt und bilden dort den Vertriebsbereich für Tonträgerprodukte. (Seite 28)

**Negt, Oskar:** deutscher Sozialphilosoph, geb. 1934, seit den frühen 1960er-Jahren ist er den Gewerkschaften eng verbunden; 1994 begründete Negt die Loccumer-Initiative kritischer Wissenschaftler mit, die sich nach eigenen Angaben aus Sorge um „die geistig-politische Vorherrschaft konservativer und neo-liberaler Ideologien im öffentlichen Leben“ zusammengefunden hat. In seinen neueren Büchern beschäftigt Negt sich hauptsächlich mit den Themen Arbeit, Würde und Globalisierung. (Seite 13)

**Poetry Slam:** Literarischer Vortragswettbewerb, bei dem innerhalb einer bestimmten Zeit selbst geschriebene Texte vorgetragen werden. Das Publikum entscheidet dann über den Sieger/die Siegerin. Die erste Veranstaltung dieser Art fand 1986 in Chicago statt. (Seite 28)

**Rap:** Teil der Hip-Hop-Kultur; Sprechgesang, der Ende der 1960er-Jahre in der afroamerikanischen Community in den Großstädten daraus entstanden ist, dass DJs beim Plattenauflegen ihre Ansagen in Reimen und zum Rhythmus der Musik machten. Erst einige Zeit nach den ersten Rap-Hits Anfang der 1980er-Jahre behandelten die Songs auch politische und soziale Themen. Im Laufe der 90er-Jahre wurde der Stil oft aggressiver (Gangsta-Rap). Diese Titel verkauften sich besser als jene mit anspruchsvollen Texten, das aggressiv-sexistische Image wurde von den Labels zum Teil gezielt gefördert. (Seite 28)

**Schlacht am Kahlenberg:** beendete im September 1683 nach knapp zwei Monaten die zweite Wiener Türkenbelagerung durch ein deutsch-polnisches Entsatzheer unter Führung von Polens König Johann III. Sobieski. (Seite 20)

**Sonneborn, Martin:** deutscher Satiriker, geb. 1965, 2000 bis 2005 Chefredakteur des Satiremagazins Titanic, 2004 gründete er gemeinsam mit Titanic-Kollegen die Spaß-Partei „Die PARTEI“, deren Vorsitzender (GröVaZ = größter Vorsitzender aller Zeiten) er bis heute ist. Sonneborn, derzeit u. a. verantwortlich für die Satire-Rubrik Spam bei Spiegel online ist bekannt für seine medienwirksamen Aktionen. So etwa trat er im Wahlkampf in Thüringen als vermeintlicher FP-Politiker auf. [www.die-partei.de](http://www.die-partei.de) (Seite 28)

**Sparkling-Science:** Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, das seit 2007 einen unkonventionellen und in Europa einzigartigen Weg der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung geht. In mehr als 150, zum Teil bereits abgeschlossenen Projekten arbeiteten und arbeiten WissenschaftlerInnen gemeinsam mit Jugendlichen an aktuellen wissenschaftlichen Forschungen. Gefördert werden sowohl große Forschungsprojekte als auch kleinere Schulprojekte.

Das Programm soll bis 2017 laufen und ist mit rund drei Millionen Euro jährlich dotiert. (Seite 8)

**Ständestaat:** Ursprünglich Bezeichnung für den Staat des Spät-Mittelalters und der frühen Neuzeit, in dem die Stände (Adel, Geistliche, Bürgertum etc.) Inhaber unabhängiger Herrschaftsgewalt waren und politische Rechte hatten. In Anlehnung daran entstand Mitte des 19. Jahrhunderts als Protest gegen die Abwertung von Bauern und Handwerkern durch den Kapitalismus das Konzept einer staatlichen Ordnung, in der die Berufsstände als Repräsentanten des Volkes staatstragende Aufgaben übernehmen sollten. Das Parteiensystem würde dadurch abgeschafft. Nach dem Staatsstreich von Engelbert Dollfuß und den Februartagen wurde die Verfassung geändert, Österreich in einen „christlichen Ständestaat“ ohne demokratisch gewähltes Parlament umgewandelt. Von den vorgesehenen sieben Kammern wurden schließlich nur die Landwirtschaftskammer und die Kammer für den Öffentlichen Dienst tatsächlich eingerichtet. Als Einheitspartei wurde die Vaterländische Front geschaffen. (Seite 13)

**Templerorden:** geistlicher Ritterorden, gegründet 1118, er unterstand direkt dem Papst und galt bei den Kreuzzügen als Eliteeinheit; 1312 nach Anklagen wegen Ketzerei und Sodomie (= Homosexualität) auf Betreiben von König Philipp IV. aufgelöst. (Seite 20)

**Ustascha:** deutsch: Die Aufständischen – Kroatische Revolutionäre Organisation; 1929 gegründete, ursprünglich als Unabhängigkeitsbewegung gegen die serbische Hegemonie in Jugoslawien gedachte faschistische Bewegung, die 1941 mithilfe der Achsenmächte eine Diktatur in Kroatien errichtete. Es wurden Rassengesetze nach nationalsozialistischem Vorbild erlassen, mehrere Hunderttausend Menschen (v. a. Juden, Roma und Serben) getötet. Im Gegensatz zu den Nazis war die Ustascha allerdings nie eine echte Massenbewegung. Mit Kriegsende 1945 wurden Ustascha-Angehörige zum Teil an die Tito-Partisanen ausgeliefert bzw. erschossen, von der Führungsriege setzten sich einige rechtzeitig ins Ausland ab. (Seite 24)

**Zentralmatura:** Ab 2015 werden zur österreichischen Matura in den verschiedenen Schulfächern zur selben Zeit einheitliche Fragen an allen Allgemein- und Berufsbildenden Schulen gestellt werden. (Seite 40)

**Ziegler, Jean:** Schweizer Soziologe, Politiker und Autor, geb. 1934, Globalisierungskritiker, der unter anderem den Hungertod als Mord bezeichnet und die „Refederalisierung der Welt“ anprangert. Ziegler ist u. a. im beratenden Ausschuss des Menschenrechtsrats und im Beirat der Bürger- und Menschenrechtsorganisation Business Crime Control vertreten. (Seite 17)

Verlag des Österreichischen  
 Gewerkschaftsbundes GmbH  
 Kontaktadresse: Fachbuchhandlung  
 Rathausstraße 21 | 1010 Wien  
 Telefon: +43 1 405 49 98-132  
 Fax: +43 1 405 49 98-136  
 fachbuchhandlung@oegbverlag.at  
 www.oegbverlag.at

**OGB VERLAG**

garantiert gut informiert

## DEMAGOGEN ENTZAUBERN

Hetzer stoppen. Propaganda entlarven. Vorurteile entkräften.



Reihe: Betriebsratsarbeit kompakt

Willi Mernyi, Michael Niedermaier

2010 || 208 Seiten || EURO 19,80 (inkl. USt., exkl. Versandkosten)

ISBN 978-3-7035-1453-1

Dieses Buch wendet sich an Menschen, für die Zivilcourage mehr ist als ein Schlagwort. Es ist für diejenigen, die dem demagogischen Klima, das sich am Arbeitsplatz, im persönlichen Umfeld und in der Öffentlichkeit auszubreiten droht, etwas entgegensetzen wollen.

Und DU? Willst auch du aktiv werden?

Mit Hilfe dieses Buches wirst du die Tricks der Demagogen durchschauen. Du findest darin Infos und Tipps, die dir helfen, in schwierigen Gesprächssituationen Vorurteile zu entkräften und Menschen für dich zu gewinnen. Es werden dir jene Methoden vorgestellt, die du brauchst, um die Attacken demagogischer Hetzer erfolgreich abzuwehren.

**BESTELLUNG:**

im Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at) || per Mail: [bestellung@oegbverlag.at](mailto:bestellung@oegbverlag.at)

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

**JA, ICH BESTELLE ...**

Anzahl der Exemplare

Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			

[www.oegb.at](http://www.oegb.at) **OGB**

[www.facebook.at/oegb.at](https://www.facebook.at/oegb.at)

# LEISTUNGSTRÄGERIN

Wer jeden Tag ab vier Uhr früh arbeitet, damit rechtzeitig die frischen Semmerln auf den Tisch kommen.

## KEIN LEISTUNGSTRÄGER

Wer nur sein Geld arbeiten lässt.

Die ArbeitnehmerInnen haben mit ihren Steuern die Vermögen der Reichen gerettet. Die sollen jetzt Vermögenssteuer zahlen.

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse

\_\_\_\_\_  
Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

Besten Dank

AW